

MONITOR

WAHL- UND SOZIALFORSCHUNG

Vermessung der Wählerschaft vor der Bundestagswahl 2021

Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zu politischen Einstellungen

Viola Neu, Sabine Pokorny

- › Nur etwa jeder vierte Befragte mit Wahlabsicht kann sich vorstellen, nur eine Partei zu wählen. Lediglich bei der AfD ist dies knapp jede/jeder zweite Befragte. Alle anderen haben eine Zweitwahlpräferenz.
- › Problemlösung, inhaltliche Positionen, Durchsetzungsstärke und Kandidaten sind für alle Wähler wichtige Wahlmotive. Soziale Ausrichtung und Klimaschutz werden in den Anhängerschaften der FDP und AfD als weniger wichtig eingeschätzt.
- › Die CDU wird sehr häufig mit den Begriffen Stabilität, Konservativ, Beständigkeit, Ordentliches Regieren, Sicherheit und Wohlstand in Verbindung gebracht, die Grünen mit dem Begriff Nachhaltig und seltener mit den Begriffen Modern, Weltoffen, Neugierig und Tolerant.
- › In der Positionierung in der Klima-, Zuwanderungs- und Steuerpolitik nehmen fast alle Anhängerschaften eine ausgewogene mittlere Position ein. Die größten Unterschiede ergeben sich zwischen den Anhängerschaften der AfD auf der einen sowie den Anhängerschaften der Grünen und der Linken auf der anderen Seite.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
Parteinähe	3
Wahlmotive	9
Regierungshandeln und öffentliche Meinung	22
Politische Streitfragen	23
Steuern und sozialstaatliche Leistungen	23
Zuwanderung.....	29
Klima versus Wirtschaftswachstum	35
Politische Themen	40
Die Wahrnehmung politischer Begriffe	42
Politisches Interesse	51
Der Wählerraum	52
Die Studie	59
Literatur	60
Impressum	62
Die Autorinnen.....	62

Einleitung

In einer breit angelegten Studie wurden grundlegende Strukturen und Einstellungen der Wahlberechtigten untersucht. Aktuelle Veränderungen des Meinungsklimas stehen dabei nicht im Fokus. Hierfür sind die regelmäßigen Erhebungen bspw. der Forschungsgruppe Wahlen, Infratest dimap oder vom Institut für Demoskopie Allensbach einschlägig. Uns ging es um die unterschiedlichen Formen der Bindung an Parteien und wie sie begründet sind.

Daher haben wir neben Studien zu Lebensstilen¹ und regionalen Unterschieden² u.a. die Bindung an Parteien, politische Einstellungen, den politischen Raum ausgewählter Themen und die Bedeutung von politischen Begriffen untersucht.

Parteinähe

Neben der klassischen Parteibindung wurde die Nähe zu und Ablehnung von Parteien erfasst. Dabei sollten die Befragten zu jeder der derzeit im Bundestag vertretenen Parteien angeben, ob sie die Partei sehr mögen, etwas mögen, etwas ablehnen, sehr ablehnen oder ob sie ihnen gleichgültig ist. Besonders beliebt sind dabei die CDU und die Grünen, besonders unbeliebt ist die AfD, während die größte Indifferenz gegenüber der FDP besteht.

Die **CDU** mögen 13 Prozent sehr und 31 Prozent etwas. Insgesamt geben somit 44 Prozent an, die CDU zu mögen. Ein gutes Viertel sagt, die CDU sei ihnen gleichgültig. Die Ablehnung der CDU fällt gering aus. Lediglich 11 bzw. 16 Prozent lehnen die CDU sehr bzw. etwas ab.

Etwas geringer fällt die Nähe zur Schwesterpartei aus Bayern aus. 9 Prozent mögen die **CSU** sehr, weitere 21 Prozent etwas. Die Gleichgültigkeit fällt dagegen höher aus als bei der CDU. Ein Drittel der Befragten steht der CSU indifferent gegenüber. Abgelehnt wird die CSU von 16 (sehr) und 17 (etwas) Prozent. Da die CSU jedoch nur in Bayern wählbar ist, ist sie in der restlichen Republik nicht unmittelbar vor Ort erfahrbar. Dadurch sind die Werte für die CSU nicht direkt mit anderen Parteien vergleichbar.

Wie bei der CSU gibt auch fast jeder Zehnte an, die **SPD** sehr zu mögen. Weitere 32 Prozent mögen die Partei etwas. Insgesamt kommt die SPD auf 41 Prozent, womit sie einen ähnlichen Sympathiewert erreicht wie die CDU. 31 Prozent sagen, die SPD sei ihnen gleichgültig. Zudem lehnen 11 Prozent die Sozialdemokraten sehr und weitere 14 Prozent etwas ab.

Fast jeder Fünfte mag die **Grünen** sehr und weitere 31 Prozent mögen die Partei etwas. Insgesamt mag damit jeder Zweite die Grünen sehr oder etwas. Die Indifferenz gegenüber den Grünen fällt mit 20 Prozent vergleichsweise gering aus. Die Ablehnung liegt auf einem ähnlichen Niveau wie bei CDU und SPD. 16 Prozent lehnen die Grünen sehr und weitere 11 Prozent etwas ab.

Deutlich geringere Beliebtheitswerte verzeichnet die **FDP**. Nur 3 Prozent mögen die FDP sehr, 17 Prozent etwas. 37 Prozent sagen, die Liberalen seien ihnen gleichgültig. Das ist der höchste Wert aller Parteien. Auch die Ablehnung fällt höher aus als bei den Unionsparteien, SPD und Grünen. Jeweils 20 Prozent lehnen die FDP sehr und etwas ab, insgesamt ergibt das also 40 Prozent Ablehnung.

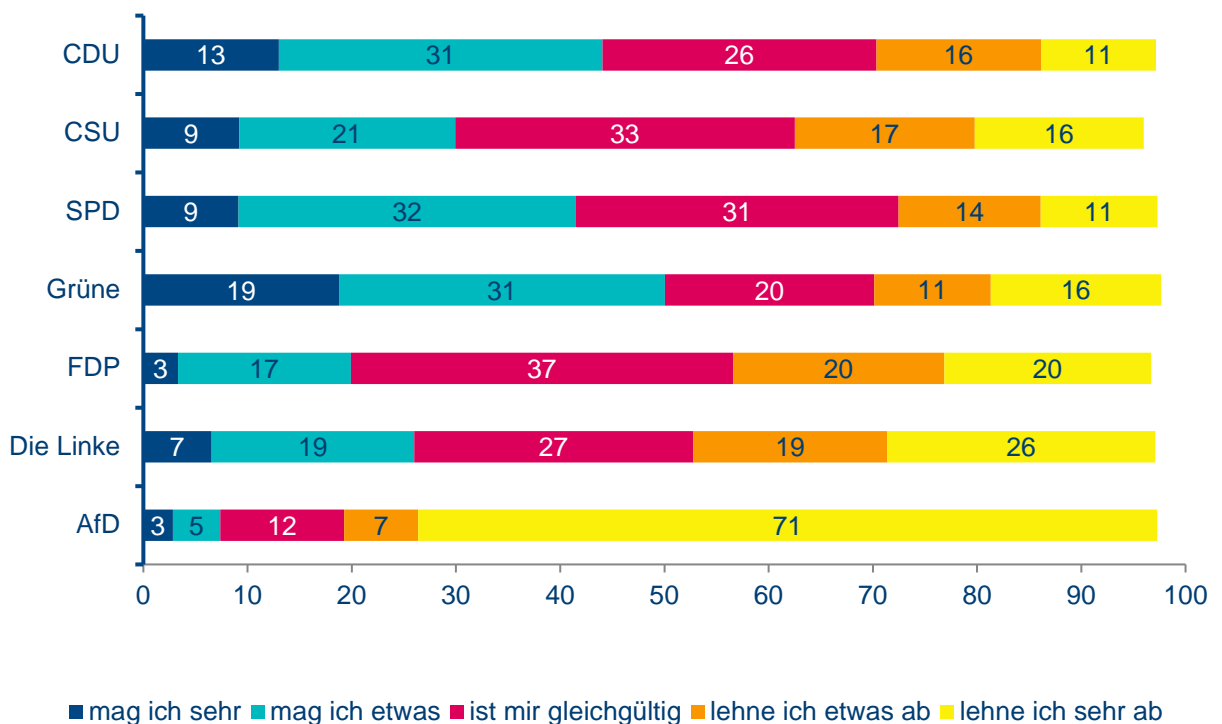
Die **Linke** ist etwas beliebter als die FDP. 7 Prozent mögen die Linke sehr, 19 Prozent etwas. Ein gutes Viertel steht der Linken indifferent gegenüber. Die Ablehnung fällt noch etwas größer aus als bei der FDP. 19 Prozent lehnen die Linke etwas, weitere 26 Prozent sehr ab. Insgesamt wird die Linke damit von 45 Prozent der Befragten abgelehnt.

Die geringste Beliebtheit findet sich bei der **AfD**. Lediglich 3 Prozent mögen die AfD sehr und 5 Prozent mögen sie etwas. Damit liegt die Gesamtbellebtheit der Partei mit 8 Prozent im einstelligen Bereich. Das ist der schlechteste Wert aller untersuchten Parteien. Zugleich stehen mit 12 Prozent auch die wenigsten Menschen der AfD gleichgültig gegenüber. Stattdessen wird die Partei von der überwiegenden Mehrheit (sehr) abgelehnt. 7 Prozent lehnen die AfD etwas ab, 71 Prozent lehnen sie sehr ab. Das ist mit Abstand die größte Ablehnung aller untersuchten Parteien.

Abbildung 1

Parteinähe und -ablehnung

Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die...?



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Wenn man die Nähe zu den Parteien nach Wählerschaften (anhand der sogenannten „Sonntagsfrage“) betrachtet, fallen drei Dinge sofort auf:

1. Die Anteile an Personen, die eine Partei mögen, sind unter der jeweiligen Wählerschaft dieser Partei am höchsten.
2. Auch unter den anderen Wählerschaften gibt es teils beträchtliche Anteile an Personen, die eine Partei mögen, auch wenn sie sie aktuell nicht wählen wollen. Es existiert also ein hohes Wechselpotenzial zwischen den Wählerschaften.
3. Die AfD ist die einzige Partei, die lediglich in der eigenen Wählerschaft beliebt ist.

Wenig überraschend weist die **CDU** die höchste Beliebtheit unter den Unionswählerinnen und -wählern auf, gefolgt von der CSU und – mit deutlichem Abstand – von den Grünen. Am wenigsten

beliebt sind in der Unionswählerschaft die Linke und die AfD. 82 Prozent der Unionswählerinnen und -wähler geben an, die CDU zu mögen. Bei der **CSU** fällt der Wert mit 62 Prozent unter der Unionswählerschaft etwas geringer aus als bei der Schwesterpartei. Zusätzlich geben 37 Prozent der Unionswählerschaft an, die SPD zu mögen und weitere 41 Prozent mögen die Grünen. Ein gutes Viertel der Unionswählerschaft mag zudem die FDP. Lediglich jede und jeder zehnte CDU/CSU-Wählerin und -Wähler mag dagegen die Linke und nur 4 Prozent der Unionswählerinnen und -wähler äußern eine Sympathie für die AfD.

Ähnlich verhält es sich bei der **SPD**-Wählerschaft. Mit 82 Prozent äußert die Mehrheit eine Nähe zur SPD. Gleichzeitig bekunden 39 Prozent der SPD-Wählerinnen und -Wähler Sympathien für die CDU und 22 Prozent für die CSU. Die Grünen sind mit 57 Prozent bei mehr als der Hälfte der SPD-Wählerschaft beliebt. Mit 17 Prozent schneidet die FDP deutlich schlechter ab. 29 Prozent der SPD-Wählerinnen und -Wähler mögen die Linke. Die AfD findet dagegen nur bei 2 Prozent der SPD-Wählerschaft Sympathien.

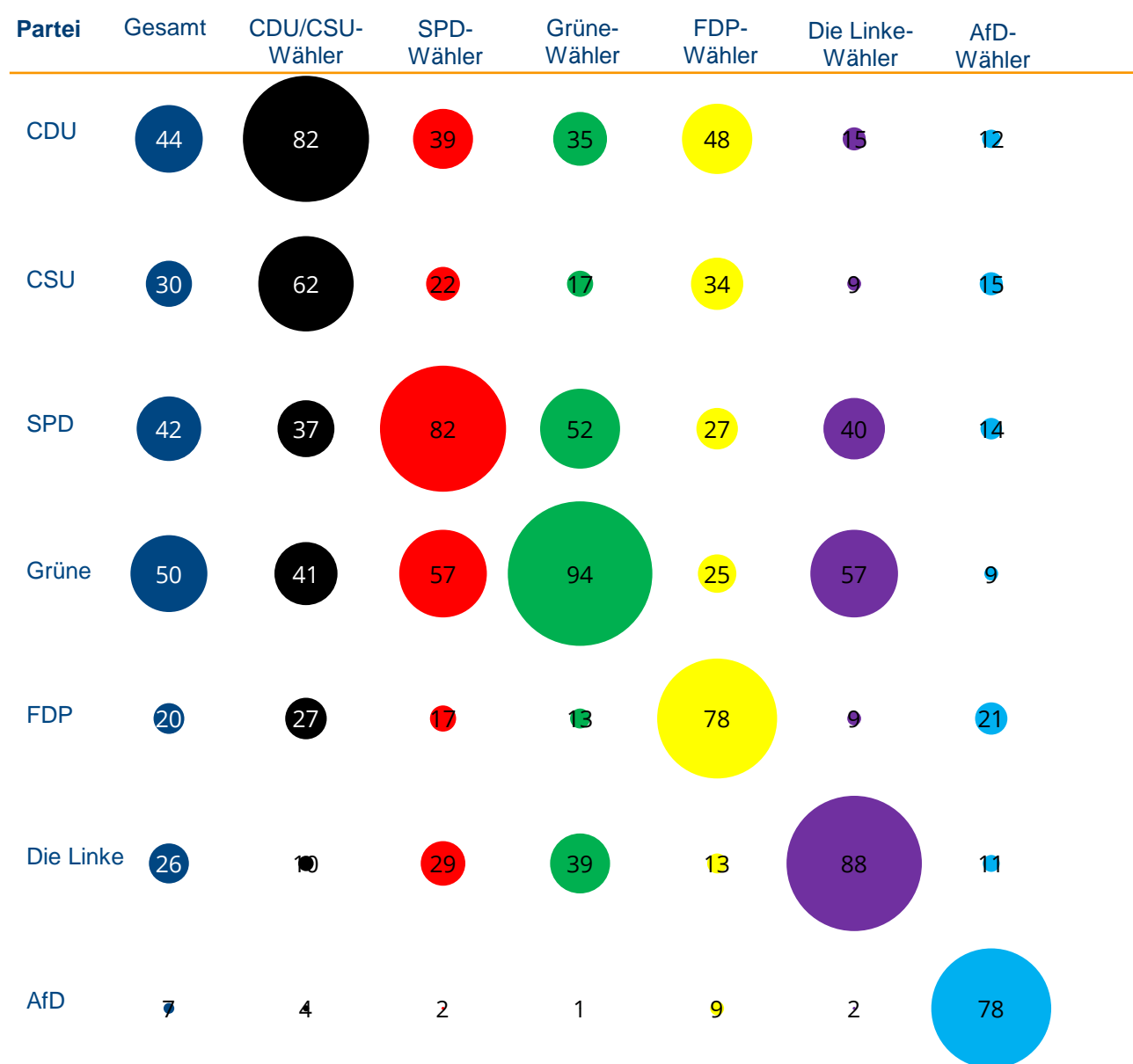
Die Wählerschaft der **Grünen** ist von allen am stärksten von ihrer Partei überzeugt. 94 Prozent der Grünen-Wählerinnen und -Wähler mögen die Grünen. Der CDU bringen 35 Prozent Sympathien entgegen und 17 Prozent mögen die CSU. Die SPD ist dagegen bei gut jeder und jedem zweiten Grünen-Wählerin und -Wähler beliebt. Die FDP findet in der Grünen-Wählerschaft mit 13 Prozent nur wenig Gegenliebe, während die Linke mit 39 Prozent durchaus auf Sympathien stößt. Die AfD hingegen mag nur 1 Prozent der Grünen-Wählerschaft.

Auch bei der **FDP**-Wählerschaft ist die eigene Partei am beliebtesten. Gleichzeitig finden sich mit 78 Prozent aber weniger FDP-Wählerinnen und -Wähler, die die eigene Partei mögen, als in den meisten anderen Wählerschaften. Auf Platz zwei landet in der FDP-Wählerschaft die CDU. Fast jede und jeder zweite FDP-Wählerin und -Wähler mag die CDU, 34 Prozent mögen die CSU. Weitere 27 Prozent äußern Sympathien für die SPD und 25 Prozent für die Grünen. Die Linke mögen nur 13 Prozent der FDP-Wählerinnen und -Wähler. Die AfD landet mit 9 Prozent auch in der FDP-Wählerschaft auf dem letzten Platz, wenn auch auf einem leicht höheren Niveau als in den anderen Wählerschaften.

88 Prozent der Wählerinnen und Wähler der **Linken** äußern Sympathien für die Linke. Lediglich 15 Prozent mögen die CDU und nur 9 Prozent die CSU. Dagegen mögen 40 Prozent der Wählerinnen und Wähler der Linken die SPD. Ganze 57 Prozent bekunden Sympathien für die Grünen. Weniger beliebt ist die FDP. Nur 9 Prozent der Linken-Wählerschaft mögen die FDP. Die AfD stößt mit 2 Prozent auf die geringste Beliebtheit bei den Linken-Wählerinnen und -Wählern.

Bei den Wählerinnen und Wählern der **AfD** fallen die geringen Beliebtheitswerte aller anderen Parteien auf. 78 Prozent der AfD-Wählerschaft mögen die AfD. Alle anderen Parteien stoßen nur auf wenig Sympathien. 12 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler mögen die CDU, 15 Prozent die CSU. Gegenüber der SPD äußern 14 Prozent Sympathien und 9 Prozent mögen die Grünen. Die FDP ist immerhin bei 21 Prozent der AfD-Wählerschaft beliebt, das ist der beste Wert nach der AfD. Die Linke mögen dagegen nur 11 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler.

Abbildung 2: Nähe und Ablehnung nach Sonntagsfrage
Präferenz Sonntagsfrage



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent.

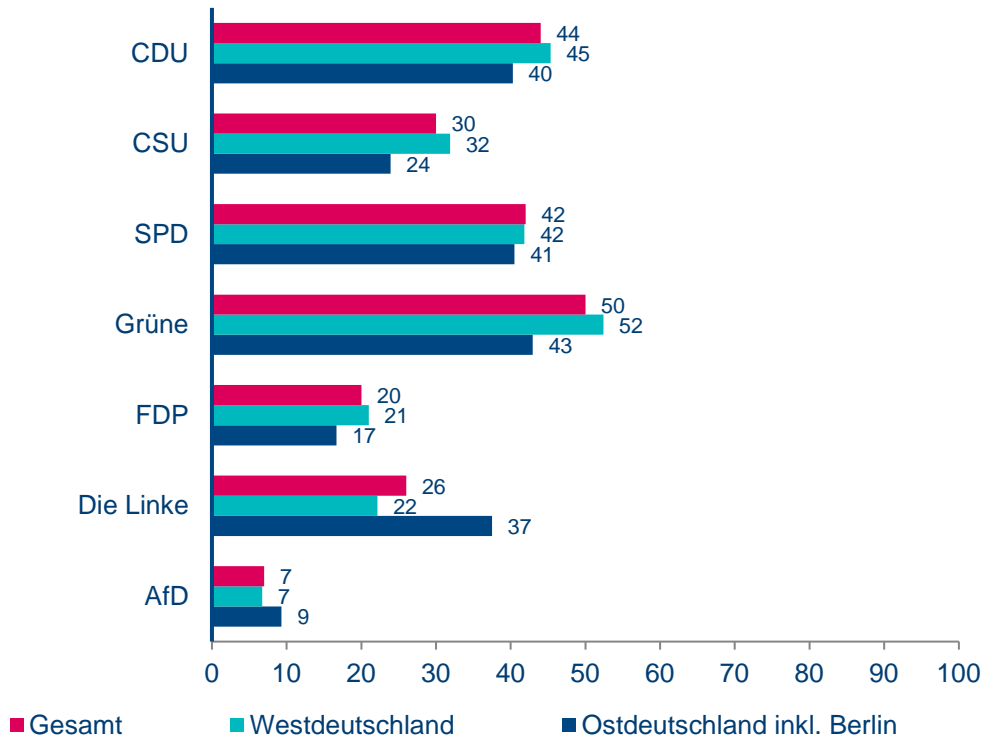
Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die CDU/CSU/SPD/Grünen/FDP/Linke/AfD?“ Antwortkategorien: „mag ich sehr“, „mag ich etwas“, „ist mir gleichgültig“, „lehne ich etwas ab“, „lehne ich sehr ab“.

Die Beliebtheit der Parteien variiert zum Teil zwischen Ost- und Westdeutschland. CDU und CSU sind beide in den westdeutschen Bundesländern etwas beliebter als in den ostdeutschen Ländern. Auch die Grünen können in Westdeutschland mehr Sympathien verbuchen als in Ostdeutschland. Genau umgekehrt verhält es sich bei der Linken, die in den ostdeutschen Bundesländern beliebter ist als in Westdeutschland. SPD, FDP und AfD sind in Ost- wie Westdeutschland ähnlich beliebt bzw. nicht beliebt.

Abbildung 3:

Parteinähe und -ablehnung

Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die...? (Antworten "mag ich sehr" und "mag ich etwas")



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent.
Antwortkategorien: „mag ich sehr“, „mag ich etwas“, „ist mir gleichgültig“, „lehne ich etwas ab“, „lehne ich sehr ab“.

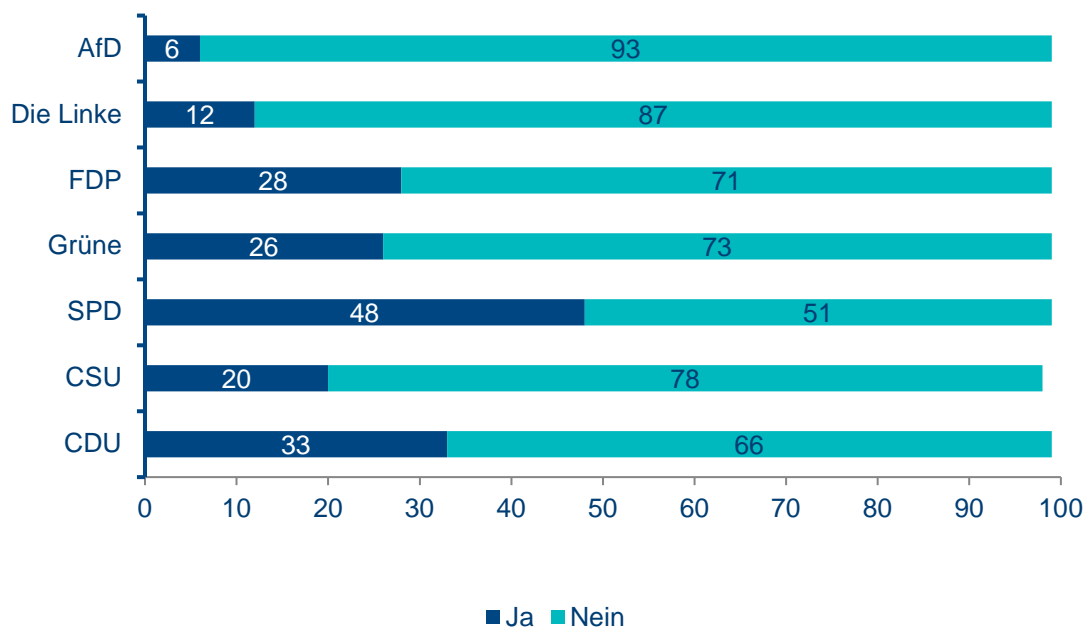
Alle Befragten, die bei einer Partei angaben, diese Partei abzulehnen oder ihr gegenüber gleichgültig zu sein, wurden anschließend gefragt, ob sie früher einmal besser über diese Partei gedacht haben. Am höchsten ist dieser Anteil unter denjenigen, die die SPD ablehnen oder ihr gegenüber indifferent sind, am geringsten fällt er bei der AfD aus.

Ein Drittel derjenigen, die nicht angaben, die CDU zu mögen, haben früher einmal besser über die CDU gedacht. Das gleiche gilt für ein Fünftel derjenigen, die die CSU nicht mögen. Bei der SPD sagt fast die Hälfte derjenigen, die ihr jetzt ablehnend oder indifferent gegenüberstehen, dass sie früher eine bessere Meinung über die Sozialdemokraten hatte. Die SPD hat also offenbar frühere Unterstützer verloren. Bei den Grünen meint das ein gutes Viertel und bei der FDP 28 Prozent. Am niedrigsten fallen die Anteile bei der Linken mit 12 Prozent und der AfD mit 6 Prozent aus. Die stark ausgeprägte Ablehnung der AfD beruht also nicht auf der Abwendung früherer Unterstützer, sondern auf einer eher dauerhaften Ablehnung der Partei.

Abbildung 4: Parteien frühere Nähe (nur Befragte, die die Partei ablehnen oder ihr gleichgültig gegenüberstehen)

Parteinähe und -ablehnung

Wie war das denn früher? Haben Sie früher einmal besser über [...] gedacht?



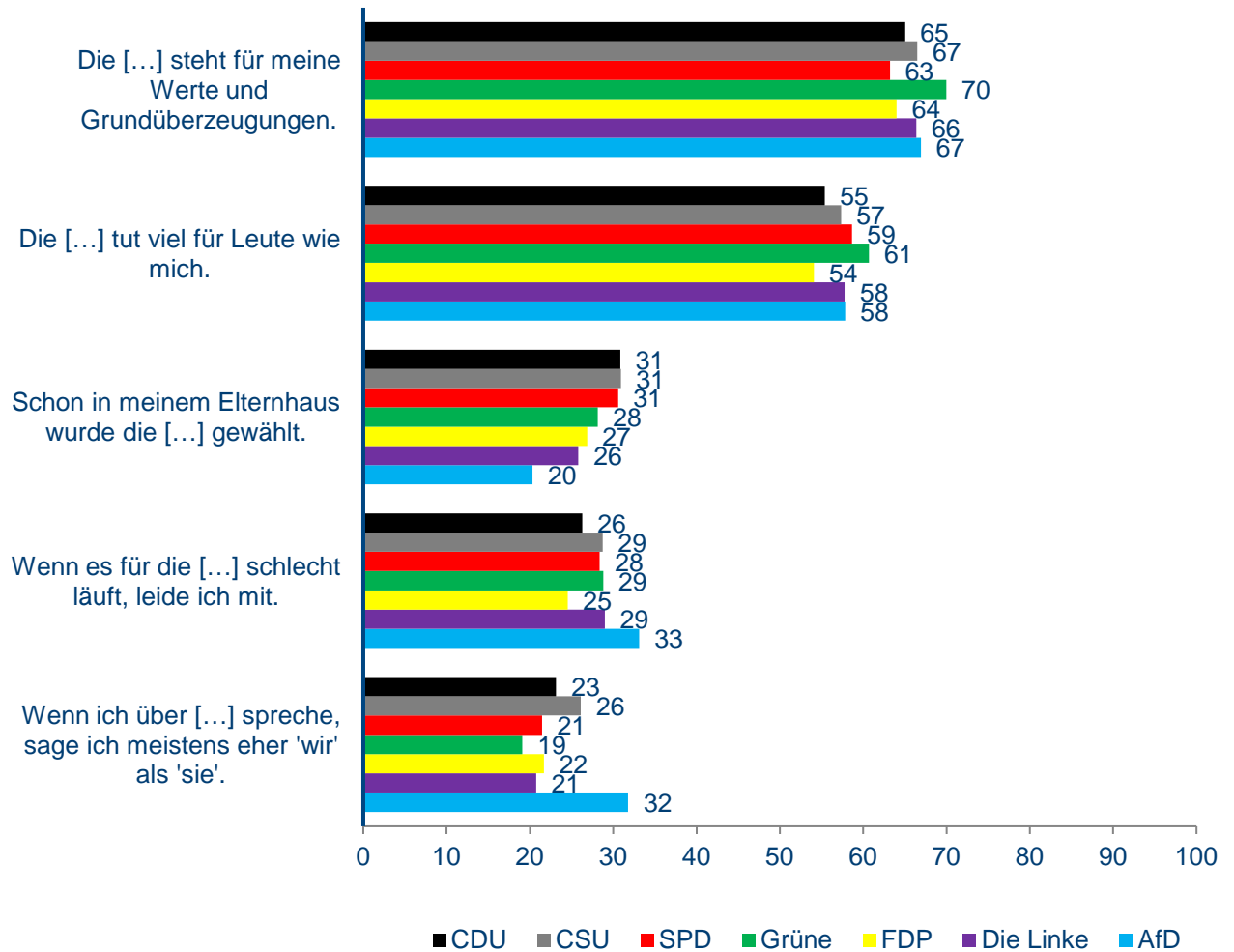
Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Alle Befragten, die angaben, eine Partei zu mögen, wurden anschließend nach möglichen Motiven für die Parteisympathie gefragt. Bei allen Parteien überwiegt die Aussage, die jeweilige Partei stehe für die eigenen Werte und Grundüberzeugungen. Am häufigsten geben das die Sympathisantinnen und Sympathisanten der Grünen an (70 Prozent), am seltensten die Unterstützerinnen und Unterstützer der SPD (63 Prozent). Auf Platz zwei findet sich die Aussage „Die [Partei] tut viel für Leute wie mich“. Zwischen 61 (Grüne) und 54 (FDP) Prozent stimmen hier zu. Dass die jeweilige Partei schon im Elternhaus gewählt wurde, geben deutlich weniger Befragte an. Jeweils 31 Prozent der Sympathisantinnen und Sympathisanten von CDU, CSU und SPD geben an, die Partei sei schon im Elternhaus gewählt worden. Bei der AfD sagen das 20 Prozent. Da die AfD noch nicht so lange existiert, beziehen sich die Befragten hier vermutlich nicht auf ihre Kindheit und Jugend, sondern auf das jüngste Wahlverhalten ihrer Eltern. Dass sie mitleiden, wenn es für die jeweilige Partei schlecht läuft, sagen 25 Prozent der FDP-Sympathisantinnen und –Sympathisanten und 33 Prozent derjenigen, die die AfD mögen. Zusätzlich stimmen die Sympathisantinnen und Sympathisanten der AfD mit 32 Prozent häufiger als andere der Aussage zu „Wenn ich über die [Partei] spreche, sage ich meistens eher ‚wir‘ als ‚sie‘“. Am seltensten stimmen hier die Sympathisantinnen und Sympathisanten der Grünen zu mit 19 Prozent.

Abbildung 5: Motive Parteienähe (nur Befragte, die die Partei mögen)

Parteienähe: Motive

Ich lese Ihnen jetzt einige Aussagen zur [...] vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie persönlich zustimmen oder nicht. (Antwort "trifft zu")



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent.
 Antwortkategorien: „trifft zu“, „trifft nicht zu“.

Wahlmotive

Die Konrad-Adenauer-Stiftung wollte wissen, was den Menschen bei der Wahlentscheidung für eine Partei wichtig ist. Auf Platz eins liegt dabei die Problemlösung. 94 Prozent der Befragten ist bei einer Partei, die sie wählen, wichtig oder sehr wichtig, dass sie die politischen Probleme löst. Darin unterscheiden sich die Wählerschaften der verschiedenen Parteien nur minimal voneinander.

Auf Platz zwei stehen die inhaltlichen Positionen der Parteien. 92 Prozent ist wichtig oder sehr wichtig, dass die inhaltlichen Positionen einer Partei überzeugen. Auch hier gibt es nur sehr geringe Unterschiede zwischen den Wählerschaften.

Ähnlich wichtig ist den Menschen mit 91 Prozent, dass eine Partei, die sie wählen, sozial ausgerichtet ist. Hier zeigen sich größere Unterschiede zwischen den Wählerschaften. Besonderen Wert auf eine soziale Ausrichtung legen die Wählerinnen und Wähler der Linken (98 Prozent), der Grünen (97 Prozent) und der SPD (96 Prozent). Etwas niedriger, aber immer noch sehr hoch, fällt die

Bedeutung der sozialen Ausrichtung bei den Wählerinnen und Wählern der Union aus mit 92 Prozent. Deutlich weniger wichtig ist die soziale Komponente den Wählerinnen und Wählern der AfD (82 Prozent) und der FDP (77 Prozent). Aber auch in diesen beiden Wählerschaften legt eine deutliche Mehrheit Wert darauf, dass eine Partei sozial ausgerichtet ist.

Durchsetzungsstärke wünschen sich 89 Prozent der Wahlberechtigten von einer Partei, die sie wählen. Hier fallen die Unterschiede zwischen den Wählerschaften gering aus. Am wenigsten wichtig ist die Durchsetzungskraft den Wählerinnen und Wählern der Linken (87 Prozent), am wichtigsten den Wählerinnen und Wählern der CDU und der AfD (je 93 Prozent).

Für 88 Prozent der Wahlberechtigten sind überzeugende Kandidaten sehr wichtig oder wichtig. Auch hier gibt es recht geringe Unterschiede zwischen den Wählerschaften. Am wenigsten Wert auf die Kandidaten legen die Wählerinnen und Wähler der FDP (85 Prozent), am meisten diejenigen der Union (93 Prozent).

Direkt hinter den Kandidaten folgt der Klimaschutz. 87 Prozent erwarten von einer Partei, die sie wählen, dass sie sich für den Klimaschutz einsetzt. Erwartungsgemäß zeigen sich teils große Unterschiede zwischen den Wählerschaften. Den Wählerinnen und Wählern der Grünen ist Klimaschutz am wichtigsten. 99 Prozent erwarten das von einer Partei, die sie wählen. Aber auch 95 Prozent der Wählerinnen und Wähler der Linken, 90 Prozent der SPD-Wählerschaft und 88 Prozent der Unionswählerschaft wünschen sich von einer Partei, dass sie sich um den Klimaschutz kümmert. Geringer fallen diese Anteile unter den Wählerschaften von FDP und AfD aus. Aber auch hier ist Klimaschutz ein Thema, das der Mehrheit wichtig ist. 72 Prozent der FDP-Wählerschaft und 62 Prozent der Wählerinnen und Wähler der AfD erwarten von einer Partei, sich um den Klimaschutz zu kümmern.

Die Geschlossenheit einer Partei ist drei Viertel der Wahlberechtigten wichtig oder sehr wichtig. Auch hier gibt es Unterschiede zwischen den Wählerschaften. Besonderen Wert legen die Wählerschaften der Union (84 Prozent) und der SPD (83 Prozent) auf die Geschlossenheit. Auch 79 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler wünschen sich, dass eine Partei geschlossen auftritt. Mit 76 Prozent legen die Wählerinnen und Wähler der FDP leicht weniger Wert auf die Geschlossenheit einer Partei. Den Wählerschaften der Linken (71 Prozent) und der Grünen (69 Prozent) ist ein geschlossenes Auftreten am wenigsten wichtig, aber auch hier wünscht sich das eine deutliche Mehrheit.

Die Verbundenheit mit einer Partei, die die Wahlberechtigten wählen, spielt nur für gut zwei Drittel eine Rolle. Den Wählerschaften der SPD (74 Prozent) und der Union (72 Prozent) sind besonders wichtig, sich mit der Partei verbunden zu fühlen. Etwas weniger Wert auf Verbundenheit legen die Wählerinnen und Wähler der Grünen (69 Prozent), der AfD (68 Prozent) und der Linken (65 Prozent). Am wenigsten Bedeutung hat die Verbundenheit mit der Partei für die Wählerschaft der FDP (58 Prozent).

61 Prozent der Wahlberechtigten wünschen sich von einer Partei, die sie wählen, dass sie kompromisslos ihre Anliegen verfolgt. Besonders hoch ist dieser Anteil unter den Wählerinnen und Wählern der AfD mit 81 Prozent. Bei den Wählerschaften von Union, SPD, FDP und der Linken schwankt der Wert nur geringfügig zwischen 66 und 63 Prozent. Mit Abstand am wenigsten Wert auf Kompromisslosigkeit legen die Wählerinnen und Wähler der Grünen mit 49 Prozent. Das deutet nicht auf eine starke Verbreitung fundamentalistischer Positionen in der Grünen-Wählerschaft hin.

Dass eine Partei Deutschland grundsätzlich verändert, wünschen sich 60 Prozent der Wahlberechtigten. Auch hier fällt die Zustimmung unter den Wählerinnen und Wählern der AfD am höchsten aus (73 Prozent), diesmal dicht gefolgt von der Wählerschaft der Linken (71 Prozent). Weniger Wert auf eine grundsätzliche Veränderung legen die Wählerschaften der SPD (62 Prozent), der

Grünen (60 Prozent) und der Union (58 Prozent). Am wenigsten Zustimmung findet sich unter den Wählerinnen und Wählern der FDP (55 Prozent).

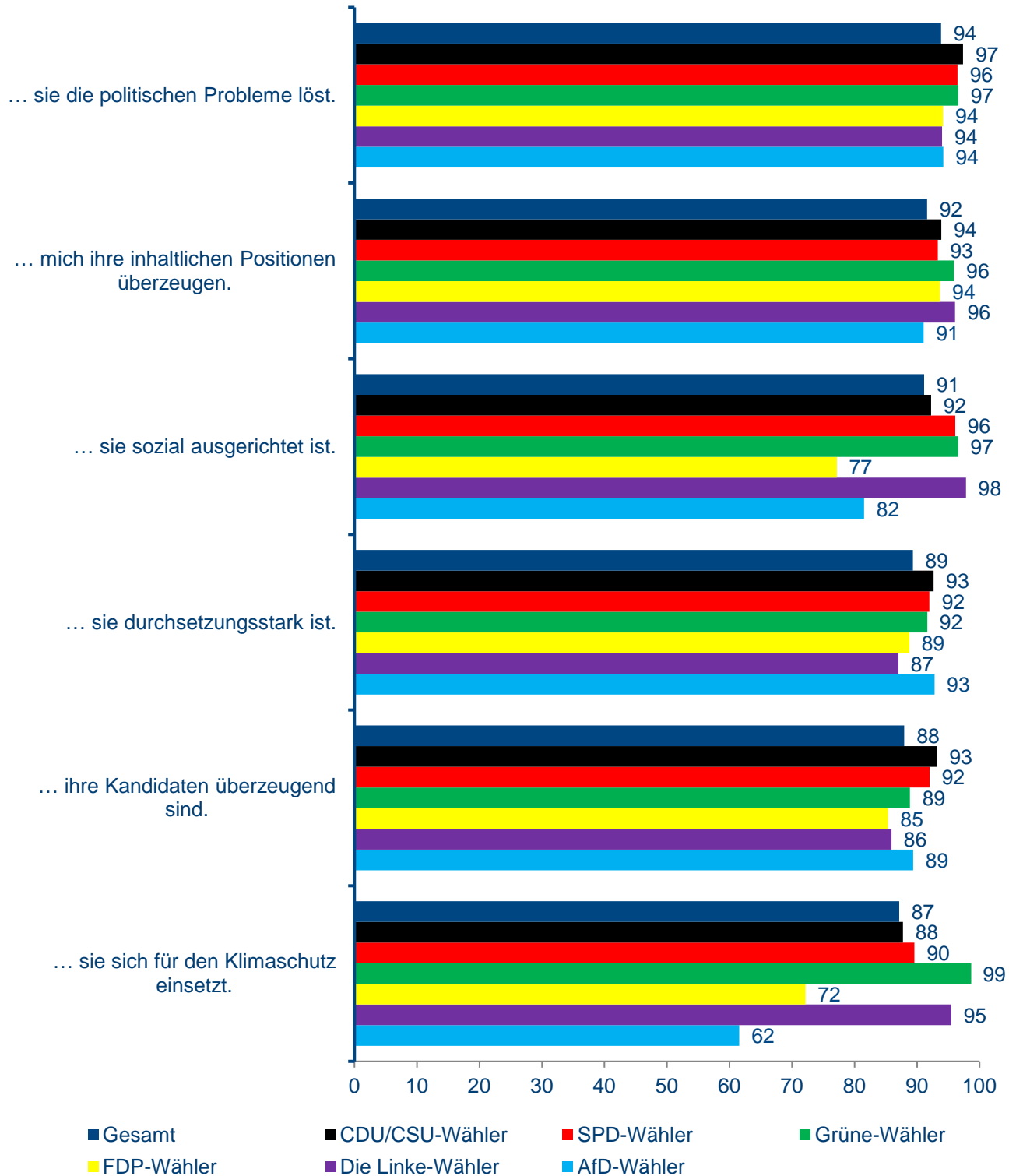
Auf dem vorletzten Platz befindet sich eine konservative Ausrichtung einer Partei. Lediglich 36 Prozent ist wichtig oder sehr wichtig, dass eine Partei, die sie wählen, konservativ ist. Den größten Wert darauf legen die Wählerinnen und Wähler der AfD (62 Prozent), gefolgt von der Wählerschaft der Union (54 Prozent). Von den FDP-Wählerinnen und -Wählern geben 43 Prozent an, ihnen sei wichtig, dass eine Partei konservativ ist. 30 Prozent der Wählerschaft der SPD sagen das ebenfalls. Am wenigsten Wert auf ein konservatives Profil legen die Wählerschaften der Linken (21 Prozent) und der Grünen (15 Prozent).

Eine christliche Ausrichtung einer Partei landet auf dem letzten Platz. Nur 30 Prozent wünschen sich bei einer Partei, dass sie christlich ausgerichtet ist. Unter den Wählerinnen und Wählern der Union ist der Wert mit 50 Prozent am höchsten. Gleichzeitig landet die christliche Ausrichtung damit auch in dieser Wählergruppe auf dem letzten Platz. In der Wählerschaft der AfD legen 32 Prozent Wert auf eine christliche Ausrichtung, gefolgt von den Wählerschaften der FDP (28 Prozent) und der SPD (27 Prozent). Am wenigsten wichtig ist eine christliche Ausrichtung den Wählerinnen und Wählern der Grünen (17 Prozent) und der Linken (11 Prozent).

Abbildung 6: Erwartungen an gewählte Partei nach Sonntagsfrage

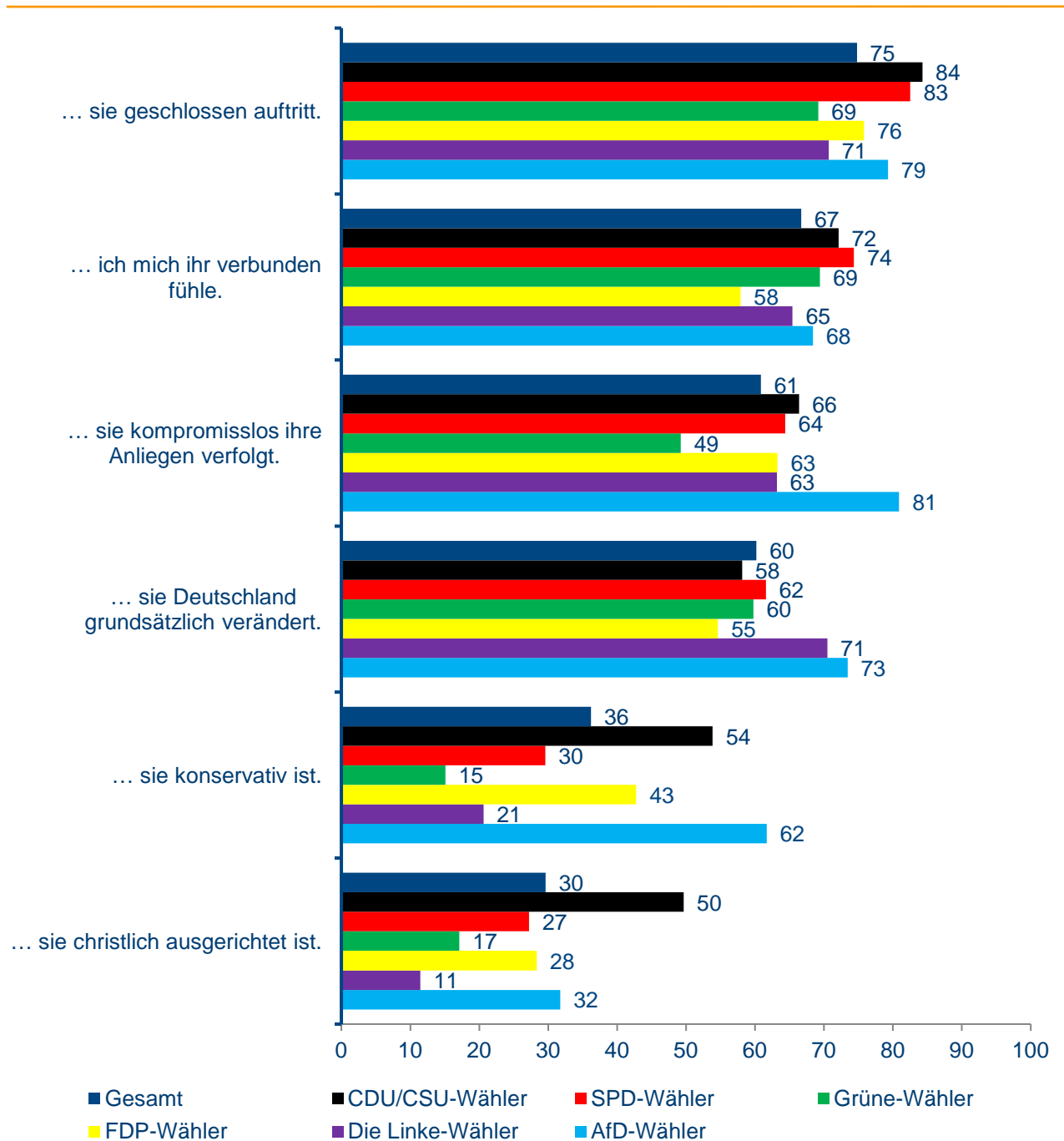
Erwartungen an Parteien

Bei einer Partei, die ich wähle, ist mir wichtig, dass ... (Antworten "sehr wichtig" und "wichtig")



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent.
 Antwortkategorien: „sehr wichtig“, „wichtig“, „weniger wichtig“, „unwichtig“.

Abbildung 7: Erwartungen an gewählte Partei nach Sonntagsfrage
Erwartungen an Parteien



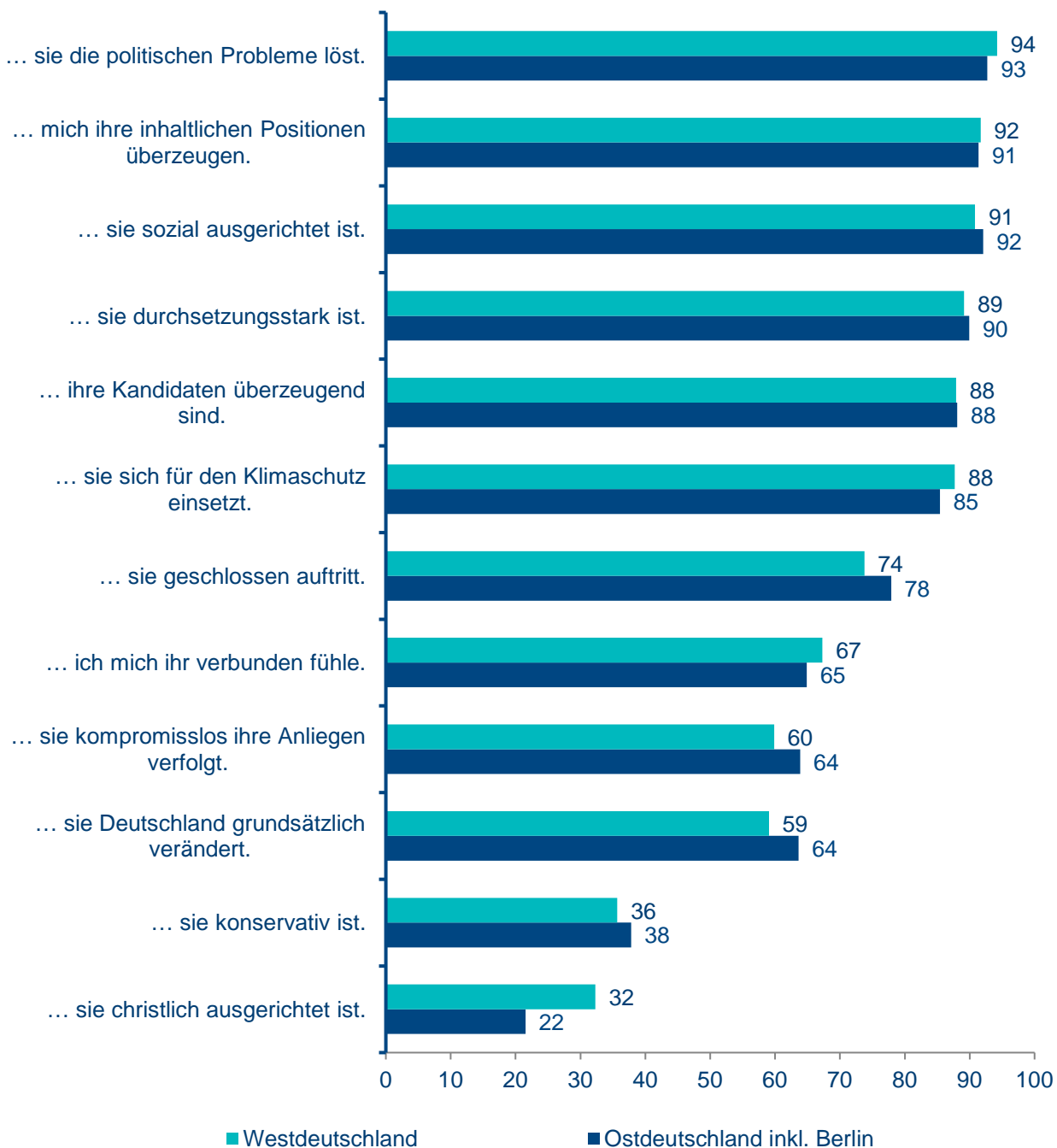
Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent.
 Antwortkategorien: „sehr wichtig“, „wichtig“, „weniger wichtig“, „unwichtig“.

Zwischen Ost- und Westdeutschland gibt es nur sehr geringe Unterschiede bei den Erwartungen an Parteien. In Ostdeutschland legen etwas mehr Menschen Wert darauf, dass eine Partei kompromisslos ihre Anliegen verfolgt, als in den westdeutschen Bundesländern (64:59 Prozent). Dafür ist den Westdeutschen wichtiger als den Ostdeutschen, dass eine Partei christlich ausgerichtet ist (32:22 Prozent).

Abbildung 8: Erwartungen an gewählte Partei in Ost- und Westdeutschland

Erwartungen an Parteien

Bei einer Partei, die ich wähle, ist mir wichtig, dass ... (Antworten "sehr wichtig" und "wichtig")



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent.

Antwortkategorien: „sehr wichtig“, „wichtig“, „weniger wichtig“, „unwichtig“.

Zwischen den Bundesländern gibt es durchaus den ein oder anderen Unterschied. Insgesamt kann man aber auch viele Ähnlichkeiten feststellen.

Bei den ostdeutschen Bundesländern fällt auf, dass in Sachsen besonders viel Wert darauf gelegt wird, dass eine Partei die politischen Probleme löst (96 Prozent). Aber auch in allen anderen ost-

deutschen Ländern sind über 90 Prozent der Wahlberechtigten die Problemlösung bei einer Partei wichtig oder sehr wichtig. In den westdeutschen Ländern spielt die Problemlösung vor allem für die Menschen in Rheinland-Pfalz und Niedersachsen eine große Rolle mit je 97 Prozent. Aber auch in den anderen westdeutschen Ländern liegt der Anteil an Menschen, denen wichtig ist, dass eine Partei die politischen Probleme löst, zwischen 93 und 95 Prozent.

Auch die inhaltlichen Positionen sind den Sachsen wichtiger als den Menschen in den anderen ostdeutschen Bundesländern. 95 Prozent der Sachsen ist wichtig oder sehr wichtig, dass sie die inhaltlichen Positionen einer Partei überzeugen. In den anderen ostdeutschen Bundesländern sagen das jeweils 90 bis 91 Prozent. In den westdeutschen Bundesländern liegen die Anteile an Personen, denen die inhaltlichen Positionen wichtig sind, meist zwischen 91 und 94 Prozent. Lediglich Schleswig-Holstein (81 Prozent) und Bremen (71 Prozent) fallen durch geringere Werte auf.

Eine soziale Ausrichtung einer Partei ist vor allem den Menschen in Thüringen (96 Prozent) und Sachsen (94 Prozent) wichtig. Aber auch in den anderen ostdeutschen Ländern sagen 90 bzw. 91 Prozent der Wahlberechtigten, ihnen sei wichtig, dass eine Partei sozial ausgerichtet ist. In den meisten westdeutschen Ländern liegen die Anteile ebenfalls bei 91 bis 94 Prozent, sodass die soziale Ausrichtung auch hier eine große Rolle spielt. Etwas weniger wichtig ist das Soziale den Hamburgern (88 Prozent), den Schleswig-Holsteinern (83 Prozent) und den Bremern (81 Prozent).

Dass eine Partei durchsetzungsstark ist, erwarten erneut überdurchschnittlich häufig die Thüringer (94 Prozent) und Sachsen (92 Prozent). In Westdeutschland gibt es kaum Unterschiede zwischen den Ländern. Lediglich in Schleswig-Holstein wird etwas weniger Wert auf die Durchsetzungsstärke gelegt (84 Prozent) als in anderen Bundesländern.

Dass die Kandidaten einer Partei überzeugend sind, wünschen sich die Menschen in allen ostdeutschen Ländern in einem ähnlichen Ausmaß. In den westdeutschen Ländern legen die Hamburger (94 Prozent) besonders viel Wert auf überzeugende Kandidaten, während die Bremer (79 Prozent) und Schleswig-Holsteiner (77 Prozent) seltener als der Durchschnitt angeben, die Kandidaten seien ihnen wichtig.

Der Einsatz für den Klimaschutz findet in den ostdeutschen Bundesländern in Berlin (90 Prozent) noch etwas mehr Unterstützung. In den westdeutschen Ländern stechen Bremen (97 Prozent) und Hamburg (93 Prozent) hervor. Aber auch in allen anderen Bundesländern legt eine sehr große Mehrheit von 83 bis 89 Prozent Wert darauf, dass sich eine Partei für den Klimaschutz einsetzt.

Auf ein geschlossenes Auftreten wird überdurchschnittlich häufig in Mecklenburg-Vorpommern (85 Prozent), Thüringen (83 Prozent), Brandenburg (83 Prozent), Sachsen (80 Prozent) und Bremen (81 Prozent) Wert gelegt. Unterdurchschnittlich wichtig ist die Geschlossenheit einer Partei den Menschen in Berlin (66 Prozent), Hamburg (66 Prozent), Hessen (69 Prozent) und Schleswig-Holstein (70 Prozent).

Bei der Verbundenheit zu einer Partei gibt es in Ostdeutschland nur geringe Unterschiede. In Sachsen-Anhalt (62 Prozent) finden es etwas weniger Menschen wichtig, sich einer Partei verbunden zu fühlen als im Durchschnitt. In Westdeutschland legen Hamburger und Schleswig-Holsteiner (je 63 Prozent) etwas weniger Wert auf die Verbundenheit zu einer Partei als die Menschen in Nordrhein-Westfalen (71 Prozent) und Hessen (69 Prozent).

In Ostdeutschland ist den Thüringern (71 Prozent) und den Sachsen (67 Prozent) überdurchschnittlich wichtig, dass eine Partei kompromisslos ihre Anliegen verfolgt. In Westdeutschland legen die Bremer (75 Prozent) und die Saarländer (67 Prozent) mehr Wert auf Kompromisslosigkeit als der Durchschnitt. Unterdurchschnittlich wichtig ist die Kompromisslosigkeit einer Partei dagegen den Hessen (54 Prozent).

In Ostdeutschland gibt es nur geringe Unterschiede zwischen den Bundesländern bei der grundsätzlichen Veränderung Deutschlands durch eine Partei. Zwischen 61 Prozent (Mecklenburg-Vorpommern) und 65 Prozent (Sachsen) der Wahlberechtigten wünschen sich, dass eine Partei Deutschland grundsätzlich verändert. In Westdeutschland fallen die Unterschiede zwischen den Ländern deutlich größer aus. Im Saarland (70 Prozent) wünschen sich am meisten Menschen, dass eine Partei Deutschland grundsätzlich verändert. Am geringsten ist dieser Wunsch in Bremen (47 Prozent) und Hamburg (55 Prozent) ausgeprägt.

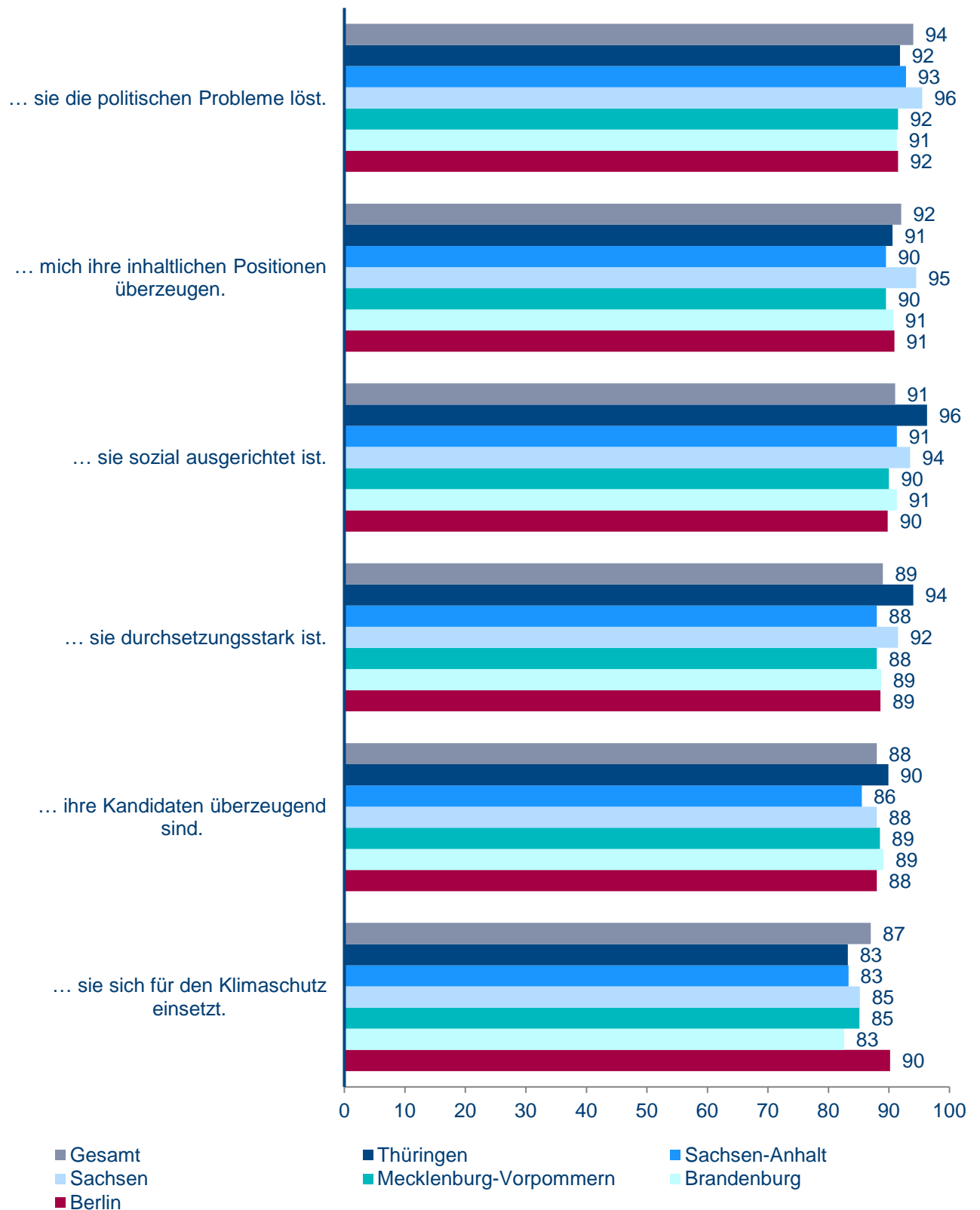
Dass eine Partei konservativ ist, wünschen sich überdurchschnittlich viele Menschen in Mecklenburg-Vorpommern (44 Prozent). In den westdeutschen Ländern gibt es Abweichungen vom bundesweiten Mittel eher in die andere Richtung. Der Wunsch nach einer konservativen Partei ist in Bremen (19 Prozent) und Hamburg (29 Prozent) unterdurchschnittlich ausgeprägt. Die höchste Bedeutung in Westdeutschland besitzt ein konservatives Profil in Bayern mit 40 Prozent.

Eine christliche Ausrichtung wird in allen ostdeutschen Ländern unterdurchschnittlich häufig bei einer Partei gesucht (30 Prozent). Brandenburger (18 Prozent) und Berliner (19 Prozent) legen am wenigsten Wert darauf, dass eine Partei christlich ausgerichtet ist. In den anderen ostdeutschen Bundesländern liegt der Anteil zwischen 22 und 24 Prozent. In den westdeutschen Ländern fallen die Unterschiede etwas größer aus. In Rheinland-Pfalz (37 Prozent) und Bayern (35 Prozent) ist eine christliche Ausprägung überdurchschnittlich vielen Menschen wichtig. In Hamburg (24 Prozent) hat eine christliche Ausrichtung eine geringere Bedeutung.

Abbildung 9: Erwartungen an gewählte Partei in den ostdeutschen Bundesländern

Wahlmotive nach Bundesländern

Bei einer Partei ist mir wichtig, dass ...

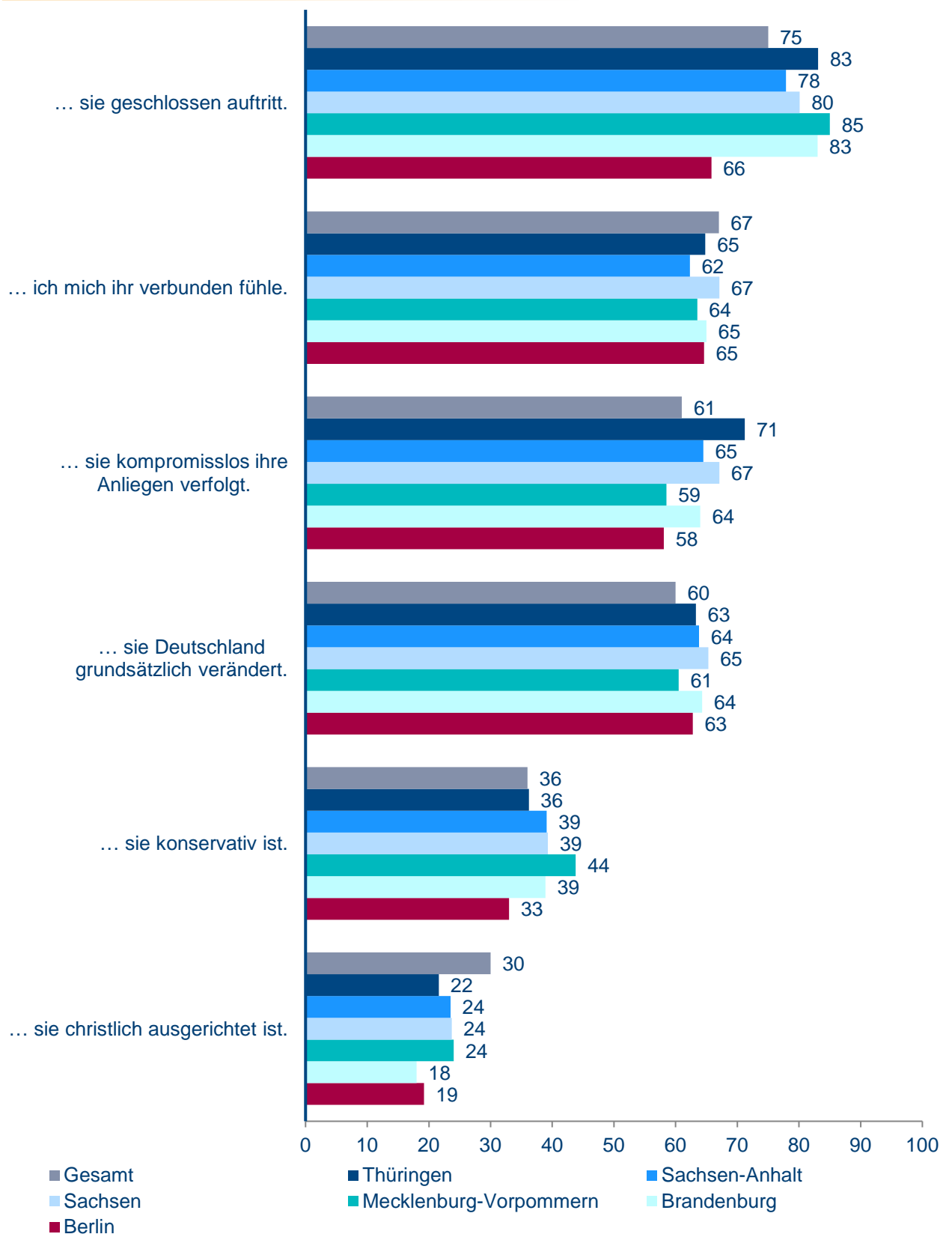


Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent.
 Antwortkategorien: „sehr wichtig“, „wichtig“, „weniger wichtig“, „unwichtig“.

Abbildung 10: Erwartungen an gewählte Partei in den ostdeutschen Bundesländern

Wahlmotive nach Bundesländern

Bei einer Partei ist mir wichtig, dass ...

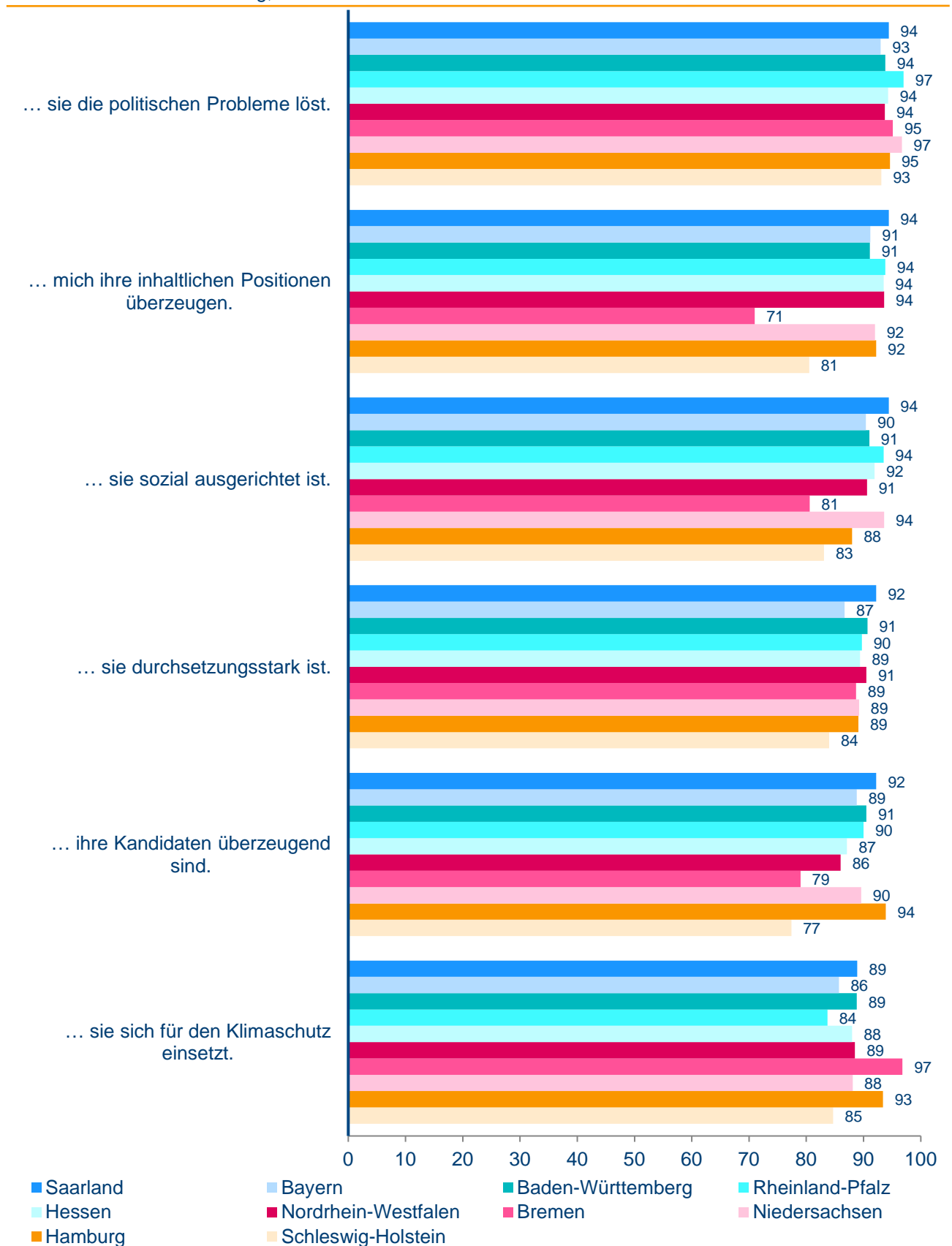


Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent.
 Antwortkategorien: „sehr wichtig“, „wichtig“, „weniger wichtig“, „unwichtig“.

Abbildung 11: Erwartungen an gewählte Partei in den westdeutschen Bundesländern

Wahlmotive nach Bundesländern

Bei einer Partei ist mir wichtig, dass ...

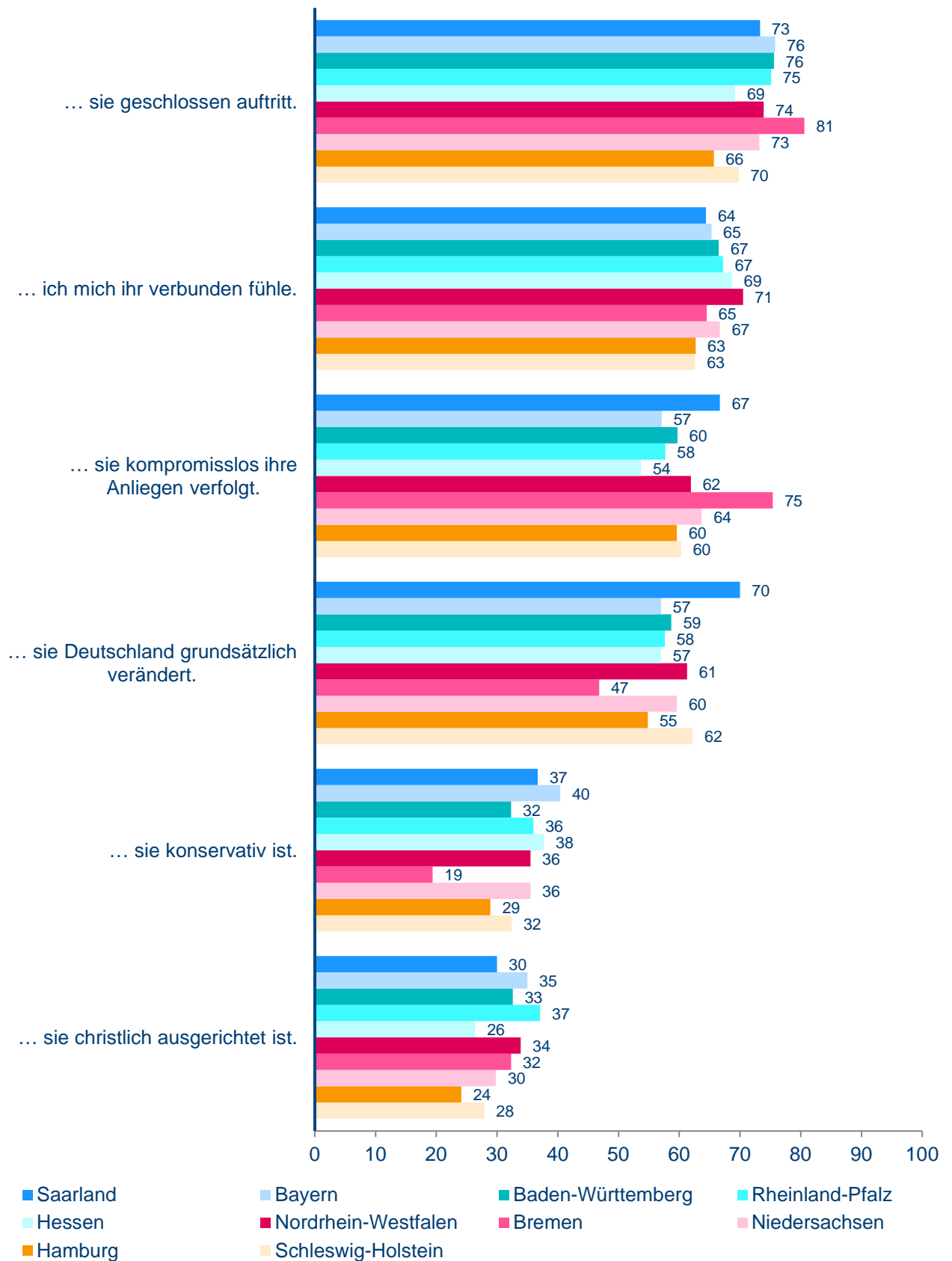


Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent.
 Antwortkategorien: „sehr wichtig“, „wichtig“, „weniger wichtig“, „unwichtig“.

Abbildung 12: Erwartungen an gewählte Partei in den westdeutschen Bundesländern

Wahlmotive nach Bundesländern

Bei einer Partei ist mir wichtig, dass ...



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent.

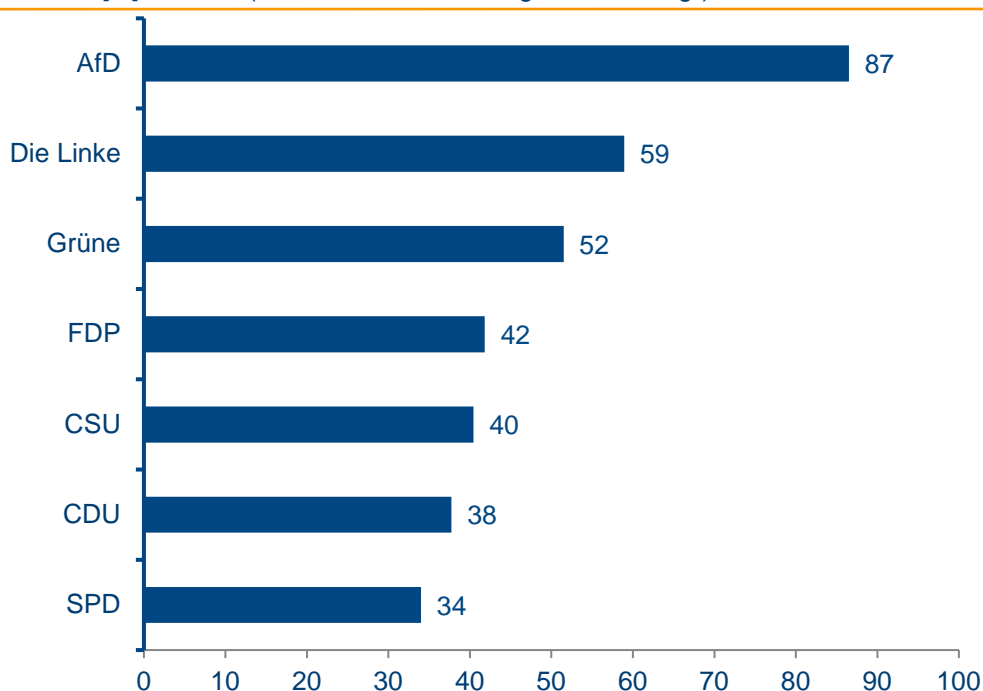
Antwortkategorien: „sehr wichtig“, „wichtig“, „weniger wichtig“, „unwichtig“.

In vielen Umfragen vor Landtags- oder Bundestagswahlen wird die Zustimmung zu verschiedenen Koalitionsoptionen erhoben. Wir wollten dagegen wissen, ob es auch Parteien gibt, mit denen Koalitionen ausgeschlossen werden sollten. Daher wurden alle Personen, die angaben, eine Partei etwas oder sehr abzulehnen, anschließend gefragt, wie wichtig es ihnen ist, dass eine Partei, die sie wählen, nicht mit dieser Partei koalitiert. Besonders wichtig ist das den Befragten, die die AfD ablehnen. 87 Prozent derjenigen, die die AfD ablehnen, erwarten, dass eine Partei, die sie wählen, nicht mit der AfD koalitiert. Das ist mit Abstand der höchste Wert. Auch 59 Prozent derjenigen, die die Linke ablehnen, möchten nicht, dass ihre präferierte Partei eine Koalition mit der Linken eingeht. Ebenso sehen das 52 Prozent der Gegnerinnen und Gegner der Grünen. 40 Prozent derjenigen, die die CSU ablehnen, wünschen keine Koalition mit der CSU. Ähnlich hoch liegt der Wert bei denjenigen, die die CDU ablehnen. Von ihnen wünschen sich 38 Prozent, dass eine Partei, die sie wählen, nicht mit der CDU koalitiert. Am geringsten fällt dieser Anteil bei den Gegnerinnen und Gegnern der SPD aus. 34 Prozent derjenigen, die die SPD ablehnen, möchten nicht, dass ihre gewählte Partei mit der SPD in eine Koalition eintritt.

Abbildung 13: Erwartungen an gewählte Partei: Koalitionsausschluss (Befragte, die die jeweilige Partei ablehnen)

Erwartungen an Parteien

Bei einer Partei, die ich wähle, ist mir wichtig, dass ...
... sie nicht mit [...] koalitiert. (Antworten "sehr wichtig" und "wichtig")



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent.
Antwortkategorien: „sehr wichtig“, „wichtig“, „weniger wichtig“, „unwichtig“.

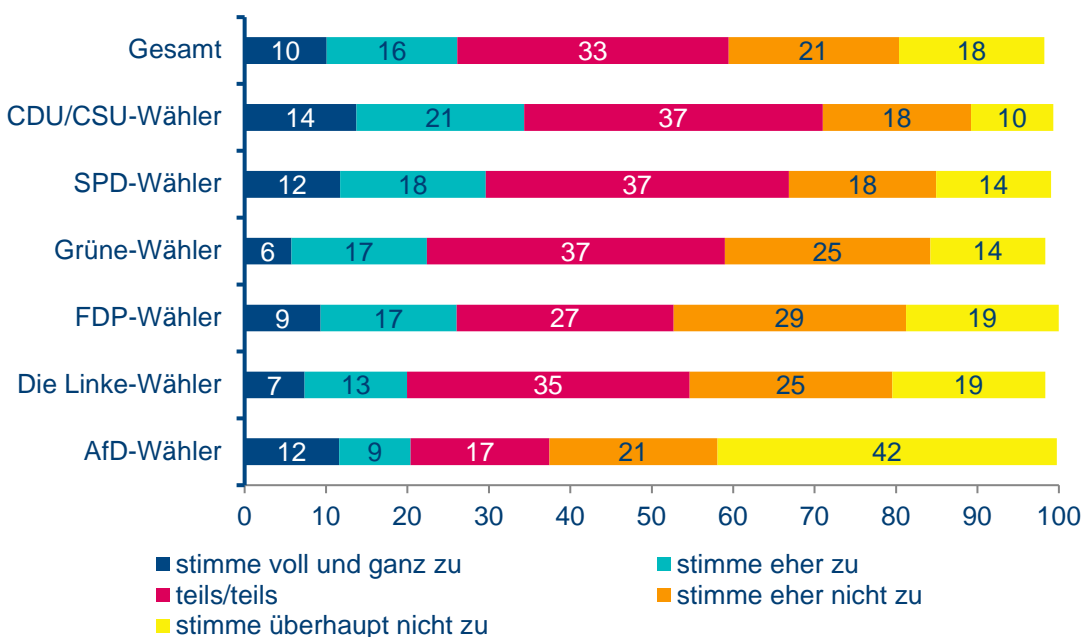
Regierungshandeln und öffentliche Meinung

Laut Gesetz sind die Abgeordneten nur ihrem Gewissen verpflichtet. Gerade von populistischen Parteien wird aber immer wieder gefordert, Abgeordnete sollten die Meinung der Bürgerinnen und Bürger widerspiegeln, wobei implizit angenommen wird, dass es „die“ eine Bürgermeinung gäbe. Die Konrad-Adenauer-Stiftung wollte daher wissen, wie die Menschen zu dieser Frage stehen. Sollte die Regierung an geplanten Maßnahmen festhalten, auch wenn die Mehrheit der Bürger dagegen ist? Insgesamt stimmt dem nur ein gutes Viertel der Befragten voll und ganz oder eher zu. Ein Drittel ist unentschlossen und antwortet mit teils-teils. 39 Prozent stimmen dem eher oder überhaupt nicht zu. Eine relative Mehrheit meint also, die Regierung sollte nicht an Maßnahmen festhalten, wenn die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dagegen ist.

Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Wählerschaften. Am größten fällt die Zustimmung zu einer von der Mehrheitsmeinung unabhängigen Maßnahmenplanung unter den Wählerinnen und Wählern von CDU und CSU aus. 35 Prozent der Unionswählerschaft stimmen voll und ganz oder eher zu. Etwas geringer ist die Zustimmung unter SPD-Wählerinnen und -Wählern. 30 Prozent der SPD-Wählerschaft stimmen zu, dass die Regierung an unbeliebten Maßnahmen festhalten solle. Noch etwas weniger Zustimmung findet sich unter den Wählerinnen und Wählern der FDP (26 Prozent) und der Grünen (23 Prozent). Am geringsten fällt die Zustimmung unter den Wählerschaften der Linken (20 Prozent) und der AfD (21 Prozent) aus. Allerdings gibt es auch zwischen diesen beiden Gruppen Unterschiede: Während bei den Wählerinnen und Wählern der Linken 35 Prozent unentschlossen sind und 34 Prozent der Aussage nicht zustimmen, sind in der Wählerschaft der AfD lediglich 17 Prozent unentschlossen. Stattdessen stimmen 63 Prozent nicht zu, dass die Regierung an unbeliebten Maßnahmen festhalten solle. Das ist mit Abstand die höchste Ablehnung in allen Wählerschaften.

Abbildung 14: Regierungshandeln und öffentliche Meinung
Regierungshandeln und öffentliche Meinung

Wie sehr stimmen Sie der folgenden Aussage zu: Die Regierung sollte auch dann an geplanten Maßnahmen festhalten, wenn die Mehrheit der Bürger dagegen ist?



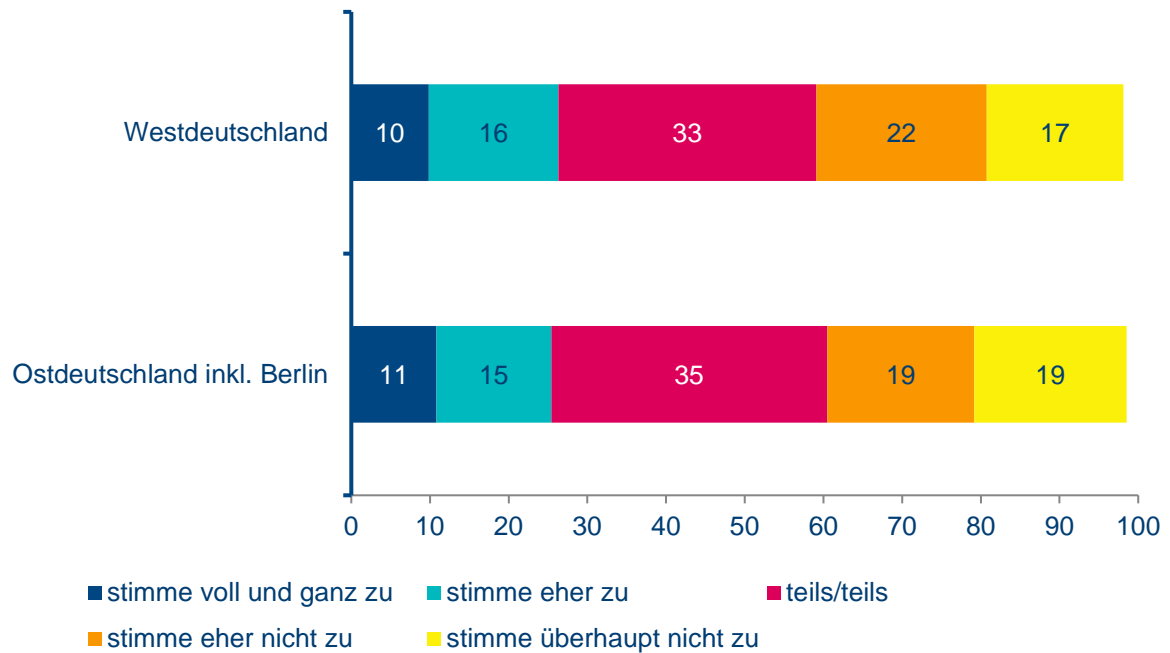
Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Zwischen Ost- und Westdeutschland zeigen sich hingegen keine nennenswerten Unterschiede. Es gibt lediglich Differenzen im Bereich von 1 bis 3 Prozentpunkten. Das liegt innerhalb der Fehlertoleranz der Umfrage.

Abbildung 15: Regierungshandeln und öffentliche Meinung

Regierungshandeln und öffentliche Meinung

Wie sehr stimmen Sie der folgenden Aussage zu: Die Regierung sollte auch dann an geplanten Maßnahmen festhalten, wenn die Mehrheit der Bürger dagegen ist?



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Politische Streitfragen

Drei politische Streitfragen wurden in der Umfrage erhoben, mit denen der politische Raum strukturiert werden kann:

1. eine sozioökonomische Streitfrage,
2. eine Streitfrage zu Migration,
3. eine ökologische Streitfrage.

Steuern und sozialstaatliche Leistungen

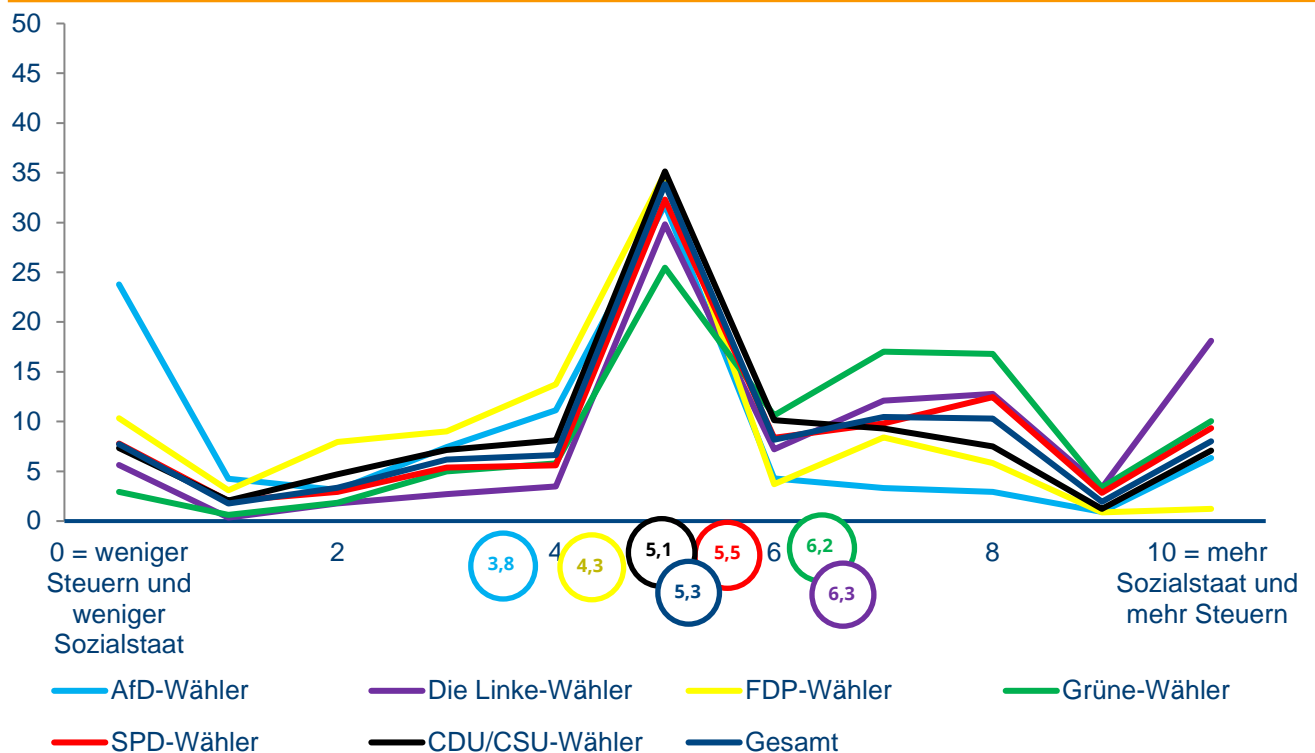
Für die sozioökonomische Streitfrage wurden die Befragten gebeten, sich auf einer Skala von 0 bis 10 zu positionieren, wobei 0 bedeutet „weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet“ und 10 steht für „mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet“.

Die Verteilung über die gesamte Skala zeigt Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede zwischen den Wählerschaften. Allen gemeinsam ist eine Konzentration auf den mittleren Skalenwert 5. Eine relative Mehrheit aller Wähler positioniert sich also genau in der Mitte. Das spiegelt auch der Gesamt-Mittelwert über alle Befragten von 5,3 wider. Die Wählerinnen und Wähler der Union unterscheiden sich kaum von der Gesamtverteilung. Entsprechend liegt ihr Mittelwert mit 5,1 auch sehr nah an der Gesamtbevölkerung. Auch die SPD-Wählerinnen und -Wähler unterscheiden sich kaum von der Gesamtbevölkerung, ihr Mittelwert liegt bei 5,5. Die Wählerinnen und Wähler der Grünen zeigen wiederum bei der Gesamtverteilung eine stärkere Tendenz in Richtung „mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet“. Das zeigt sich auch in einem Mittelwert von 6,2. Bei der Wählerschaft der FDP verhält es sich genau umgekehrt. Sie weist eine etwas höhere Tendenz in Richtung weniger Steuern und weniger sozialstaatliche Leistungen auf. Der Mittelwert der FDP-Wählerschaft liegt entsprechend bei 4,3. Wenig überraschend neigen die Wählerinnen und Wähler der Linken stärker zu mehr Sozialstaat und mehr Steuern. Vor allem bei der Extremposition vom Skalenpunkt 10 weisen sie deutlich höhere Anteile auf als alle anderen Wählerschaften. Ihr Mittelwert liegt bei 6,3. Die AfD-Wählerschaft steht hingegen am deutlichsten von allen Wählerschaften auf der Position für weniger Steuern und weniger Sozialstaat. Die Extremposition des Skalenpunktes 0 ist bei ihnen mit über 20 Prozent stark besetzt. Ihr Mittelwert liegt mit 3,8 noch stärker im Bereich der Steuerreduktion als bei der FDP-Wählerschaft.

Abbildung 16: Sozialstaatliche Leistungen nach Sonntagsfrage

Steuern und sozialstaatliche Leistungen

Manche wollen weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet. Andere wollen mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet. Wie stehen Sie dazu?



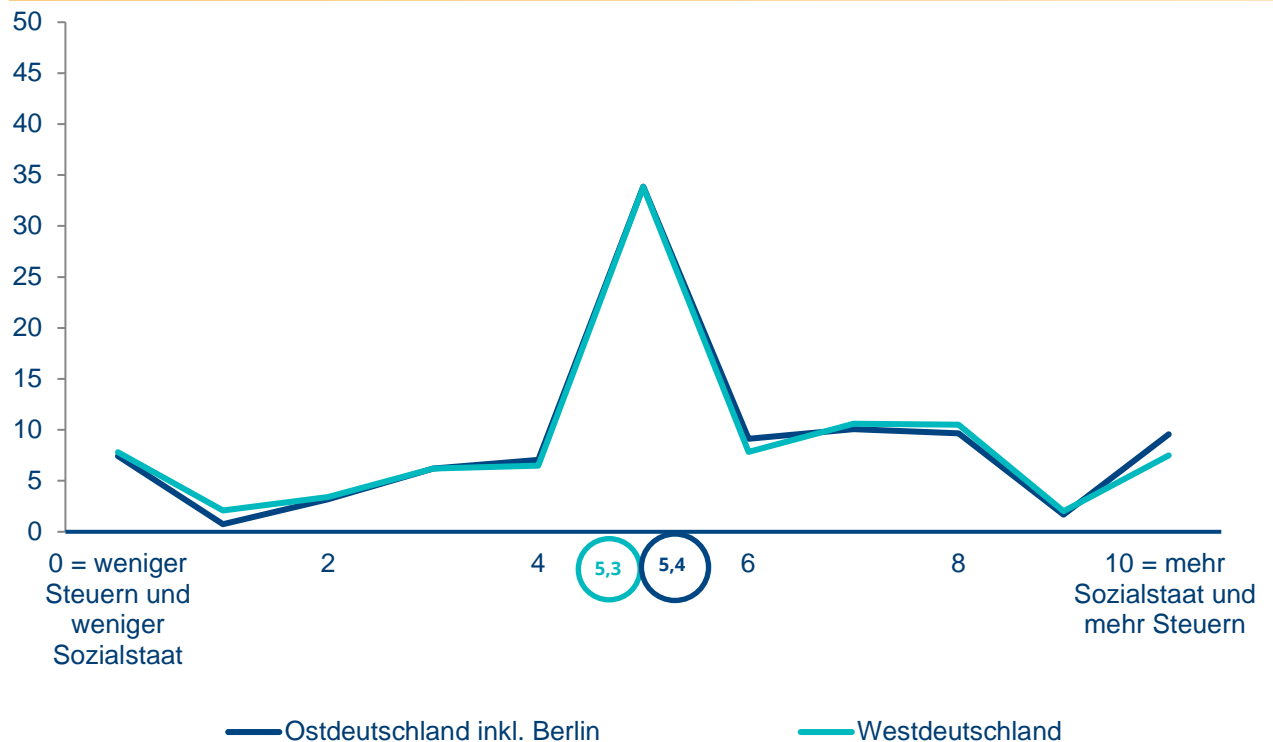
Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Ost- und Westdeutschland unterscheiden sich nur minimal voneinander. Die Gesamtverteilungen verlaufen nahezu identisch und die Mittelwerte liegen mit 5,4 und 5,3 auch sehr nah zusammen.

Abbildung 17: Sozialstaatliche Leistungen in Ost- und Westdeutschland

Steuern und sozialstaatliche Leistungen

Manche wollen weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet. Andere wollen mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet. Wie stehen Sie dazu?



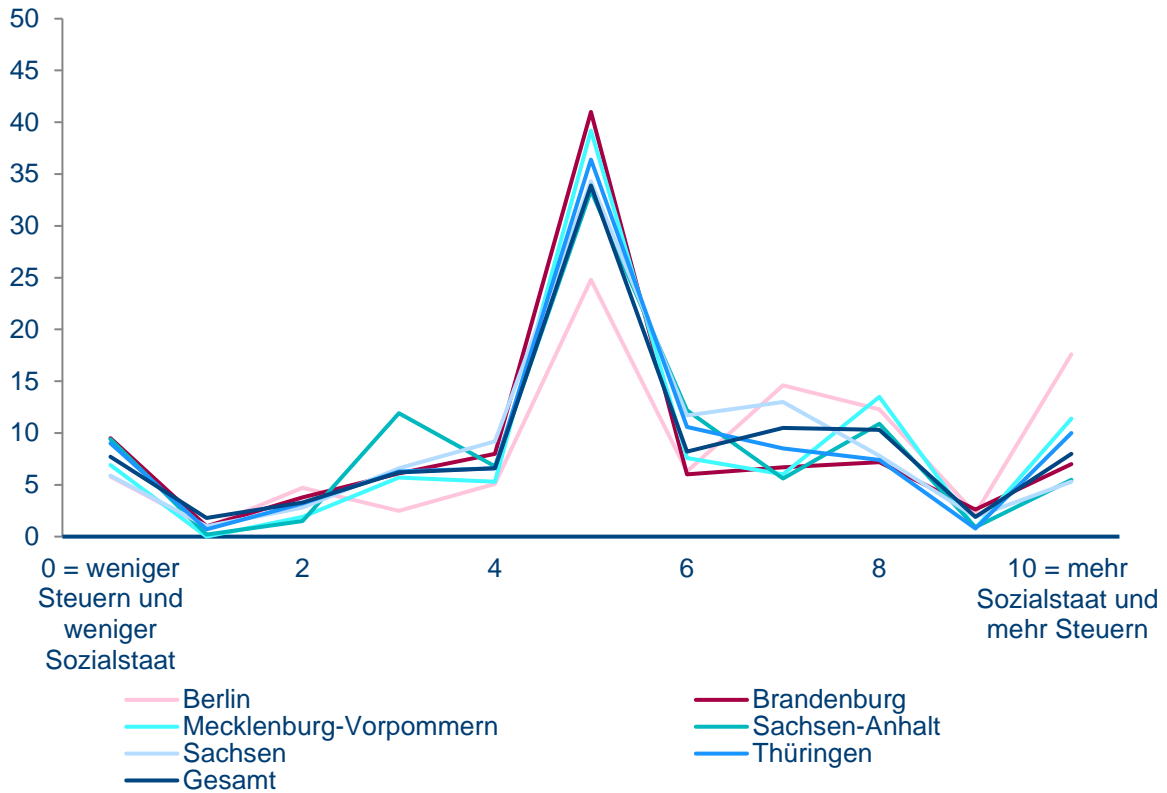
Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Eine Betrachtung nach Bundesländern ergibt eher geringe Unterschiede zwischen den ostdeutschen Bundesländern. Berliner neigen etwas stärker zu mehr Steuern und mehr Sozialstaat, auch in Mecklenburg-Vorpommern gibt es diese Tendenz, wenn auch schwächer ausgeprägt. In den westdeutschen Ländern weisen die Menschen in Hamburg, Bremen³ und dem Saarland eine leicht stärkere Präferenz für höhere Steuern bei höheren sozialstaatlichen Leistungen auf. Ansonsten verlaufen die Gesamtverteilungen der westdeutschen Bundesländer erstaunlich parallel.

Abbildung 18: Sozialstaatliche Leistungen in den ostdeutschen Bundesländern

Steuern Ostdeutschland

Manche wollen weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet. Andere wollen mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet. Wie stehen Sie dazu?

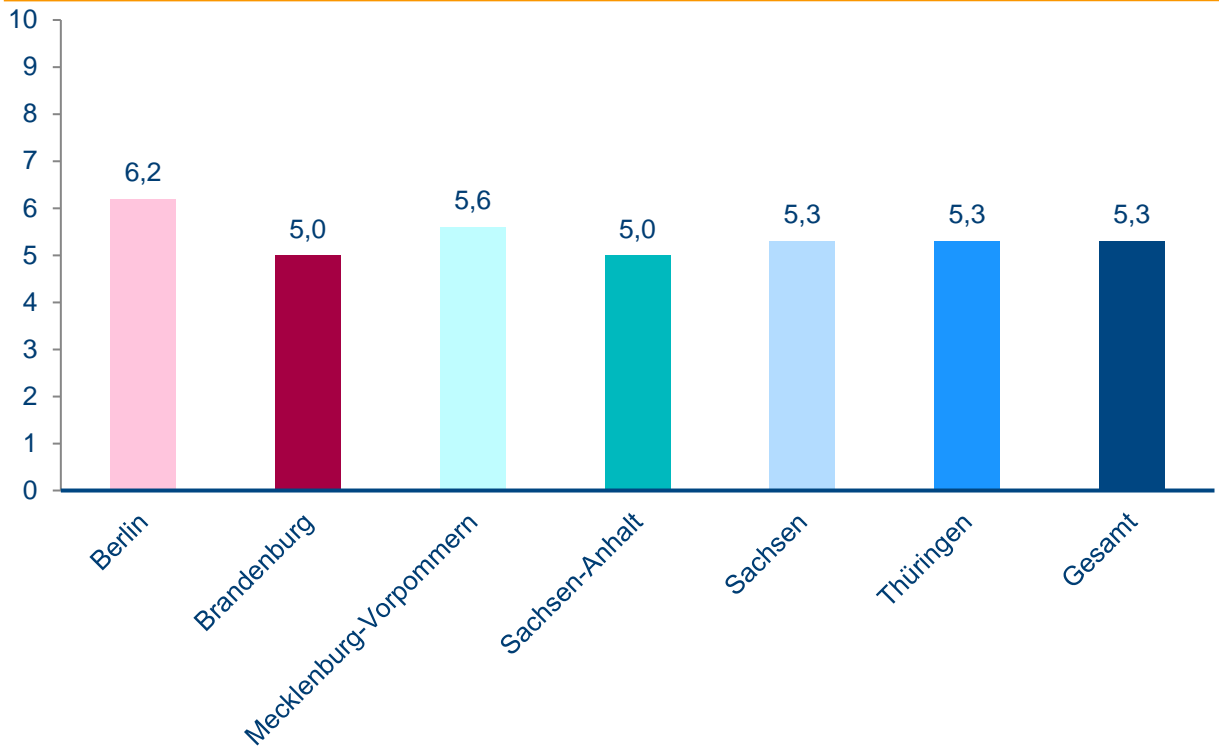


Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Abbildung 19: Sozialstaatliche Leistungen in den ostdeutschen Bundesländern

Steuern Ostdeutschland: Mittelwerte

Manche wollen weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet. Andere wollen mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet. Wie stehen Sie dazu?

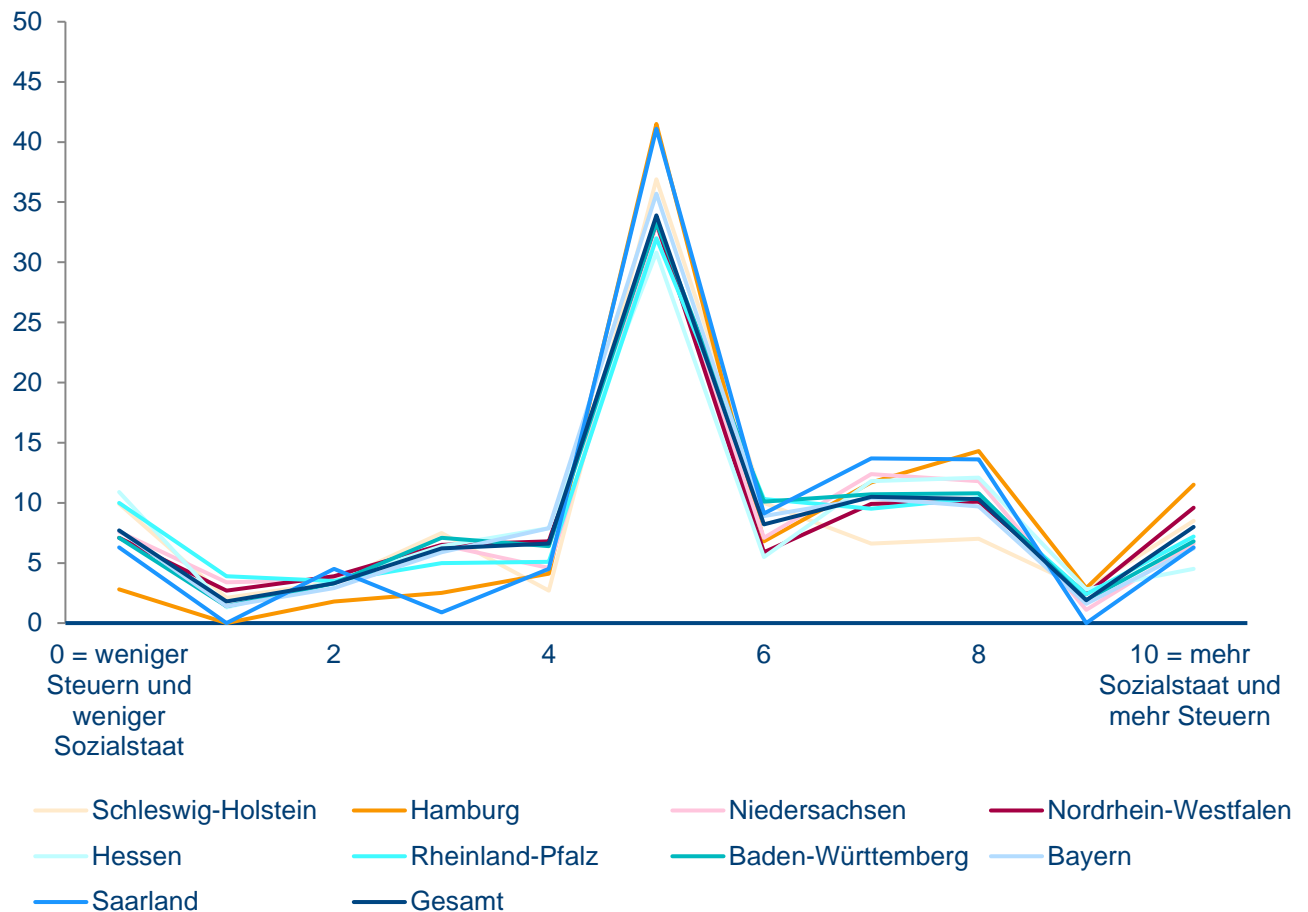


Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020.

Abbildung 20: Sozialstaatliche Leistungen in den westdeutschen Bundesländern

Steuern Westdeutschland

Manche wollen weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet. Andere wollen mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet. Wie stehen Sie dazu?

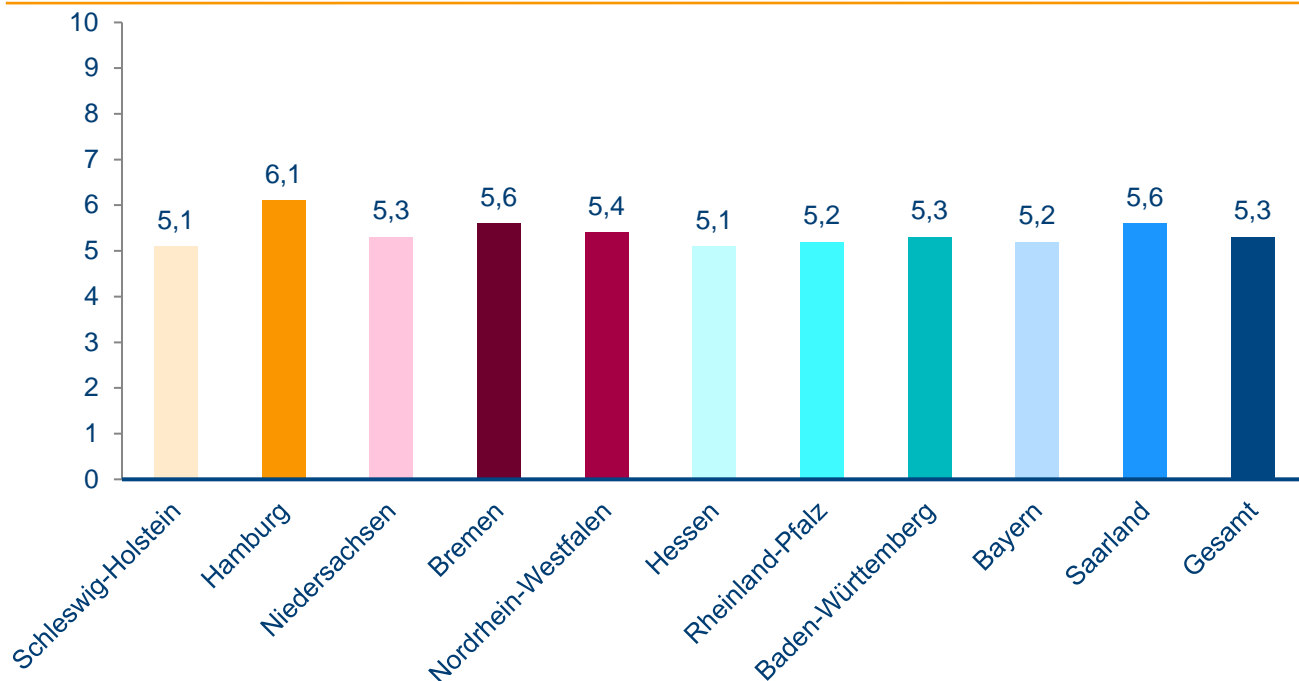


Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Abbildung 21: Sozialstaatliche Leistungen in den westdeutschen Bundesländern

Steuern Westdeutschland: Mittelwerte

Manche wollen weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet. Andere wollen mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet. Wie stehen Sie dazu?



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020.

Zuwanderung

Die Streitfrage zur Migration wurde mit einer Skala von 0 „Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten erleichtert werden“ bis 10 „Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten eingeschränkt werden“ erfasst. Insgesamt stuft sich die deutsche wahlberechtigte Bevölkerung auch hier mit einem Durchschnittswert von 4,8 relativ mittig ein. Gleichzeitig werden starke Unterschiede zwischen den Wählerschaften deutlich. Die Wählerschaften der Grünen (3,5) und der Linken (3,8) tendieren stärker in Richtung „Zuzugsmöglichkeiten erleichtern“, während sich die Wählerschaft der Union (5,2) eher mittig positioniert. Die Anhängerschaft der FDP (5,8) wiederum steht im Durchschnitt leicht auf der Seite „Zuzugsmöglichkeiten einschränken“. Am stärksten fallen die Wählerinnen und Wähler der AfD auf. Sie sprechen sich mit Abstand am deutlichsten für eine Einschränkung der Zuzugsmöglichkeiten von Ausländerinnen und Ausländern aus. Das zeigt sich nicht nur in einem Durchschnittswert von 7,8, sondern auch darin, dass der Skalenendpunkt 10 mit knapp 45 Prozent sehr stark besetzt ist. Gleichzeitig sind alle Skalenpunkte zwischen 0 und 4 nur sehr gering besetzt. AfD-Wählerinnen und -Wähler eint folglich eine ablehnende Haltung zu Zuwanderung.

Abbildung 22: Zuwanderung nach Sonntagsfrage

Zuzug

Manche wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtern, andere wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer einschränken. Wie stehen Sie dazu?



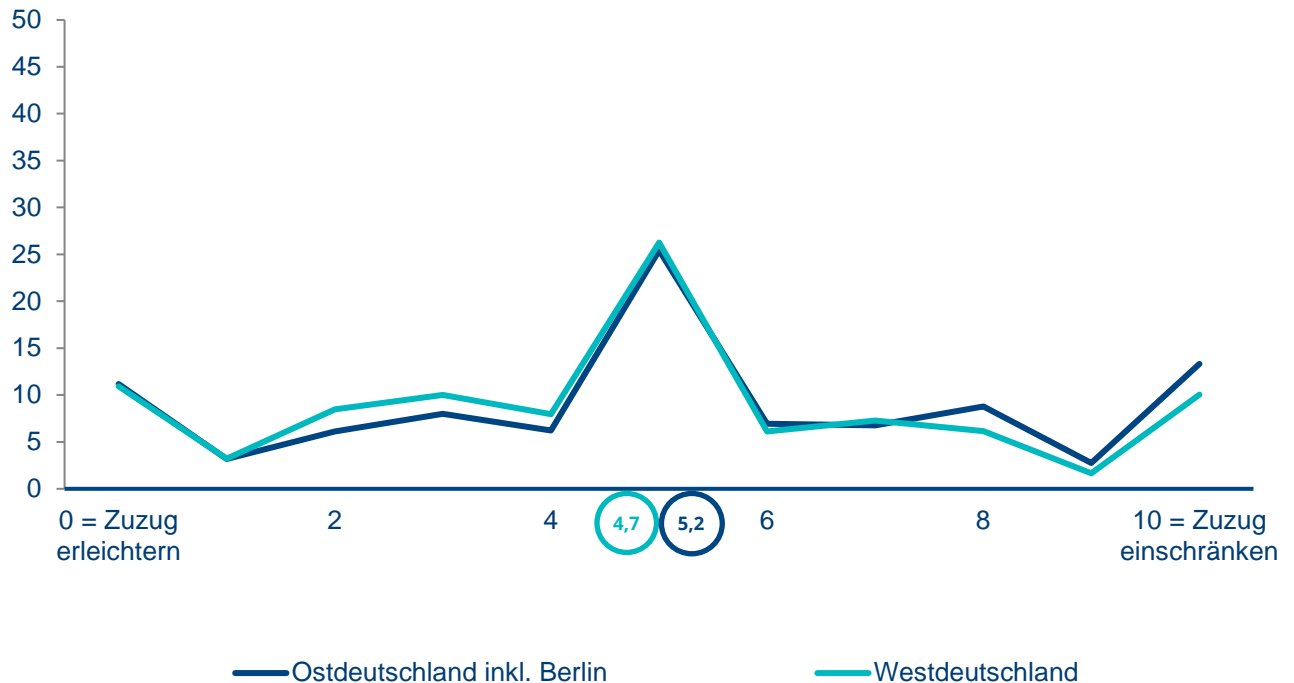
Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen dagegen nicht allzu große Unterschiede. In Ostdeutschland positionieren sich die Befragten mit einem Durchschnittswert von 5,2 knapp rechts der Mitte, in Westdeutschland mit 4,7 knapp links der Mitte. Auch beim Verlauf der Gesamtverteilung zeigt sich eine geringfügig ablehnendere Haltung gegenüber Zuwanderung in Ostdeutschland.

Abbildung 23: Zuwanderung in Ost- und Westdeutschland

Zuzug

Manche wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtern, andere wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer einschränken. Wie stehen Sie dazu?



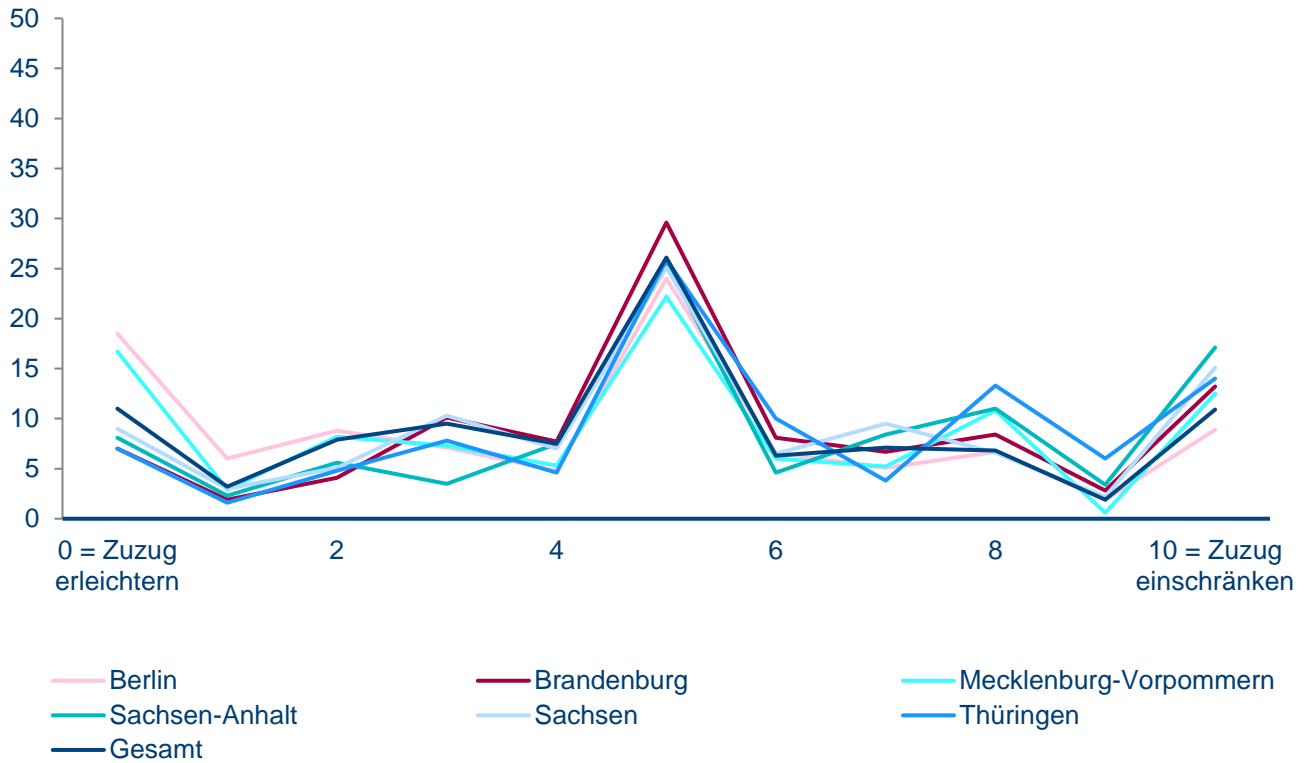
Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

In keinem westdeutschen Bundesland liegt der Durchschnittswert im ablehnenden Bereich der Skala, während die Mehrheit der ostdeutschen Bundesländer durchschnittlich eine ablehnende Haltung aufweist. Ein Vergleich der ostdeutschen Bundesländer zeigt eine auf der Skala linkere Haltung in Berlin (4,3) und Mecklenburg-Vorpommern (4,7) gegenüber Zuwanderung, während die Menschen in Thüringen (5,8) und Sachsen-Anhalt (5,7) am restriktivsten eingestellt sind. Sachsen (5,3) und Brandenburg (5,4) liegen dazwischen, weisen aber ebenfalls einen höheren, also ablehnenderen Durchschnittswert auf als das bundesweite Mittel. Auch zwischen den westdeutschen Bundesländern gibt es gewisse Unterschiede. Die Bundesländer Hamburg (3,9), Bremen (3,9) und das Saarland (4,2) positionieren sich in der Frage der Zuwanderung weiter links auf der Skala als die anderen Bundesländer. Die höchsten Durchschnittswerte weisen Baden-Württemberg und Bayern auf. Mit einem Wert von jeweils 5,0 positionieren sich die Menschen im Süden im Durchschnitt genau in der Mitte der Skala.

Abbildung 24: Zuwanderung in den ostdeutschen Bundesländern

Zuzug Ostdeutschland

Manche wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtern, andere wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer einschränken. Wie stehen Sie dazu?

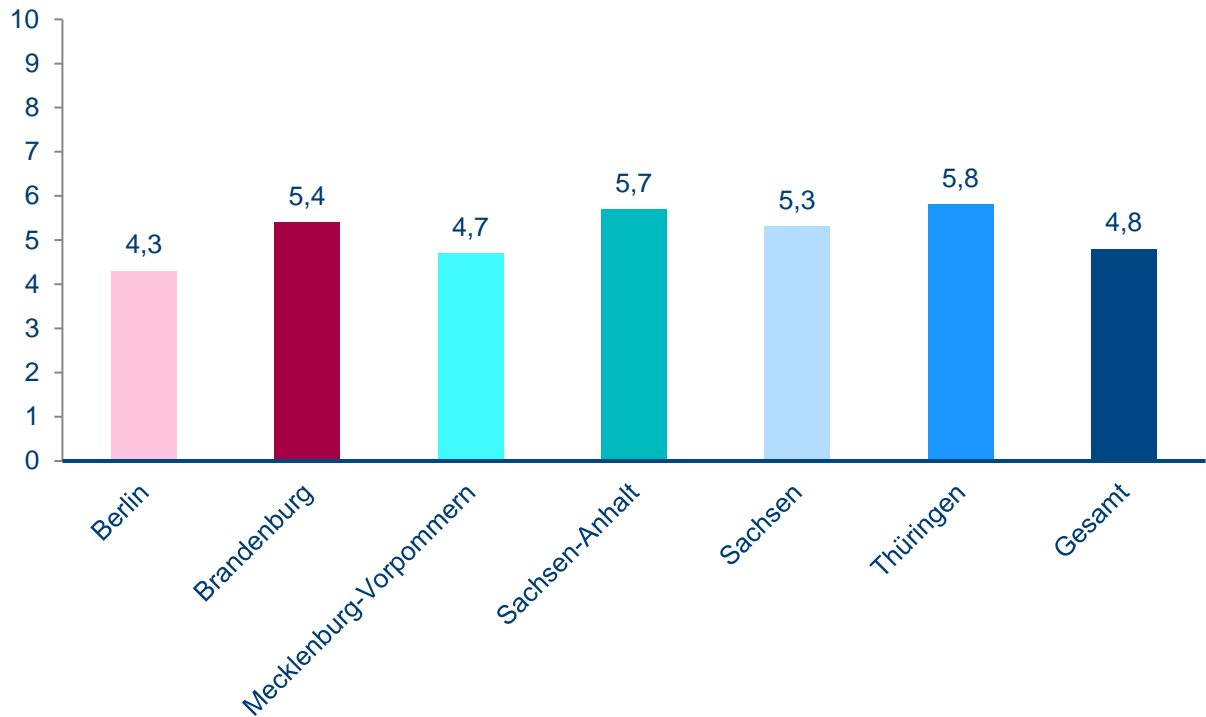


Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Abbildung 25: Zuwanderung in den ostdeutschen Bundesländern

Zuzug Ostdeutschland: Mittelwerte

Manche wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtern, andere wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer einschränken. Wie stehen Sie dazu?

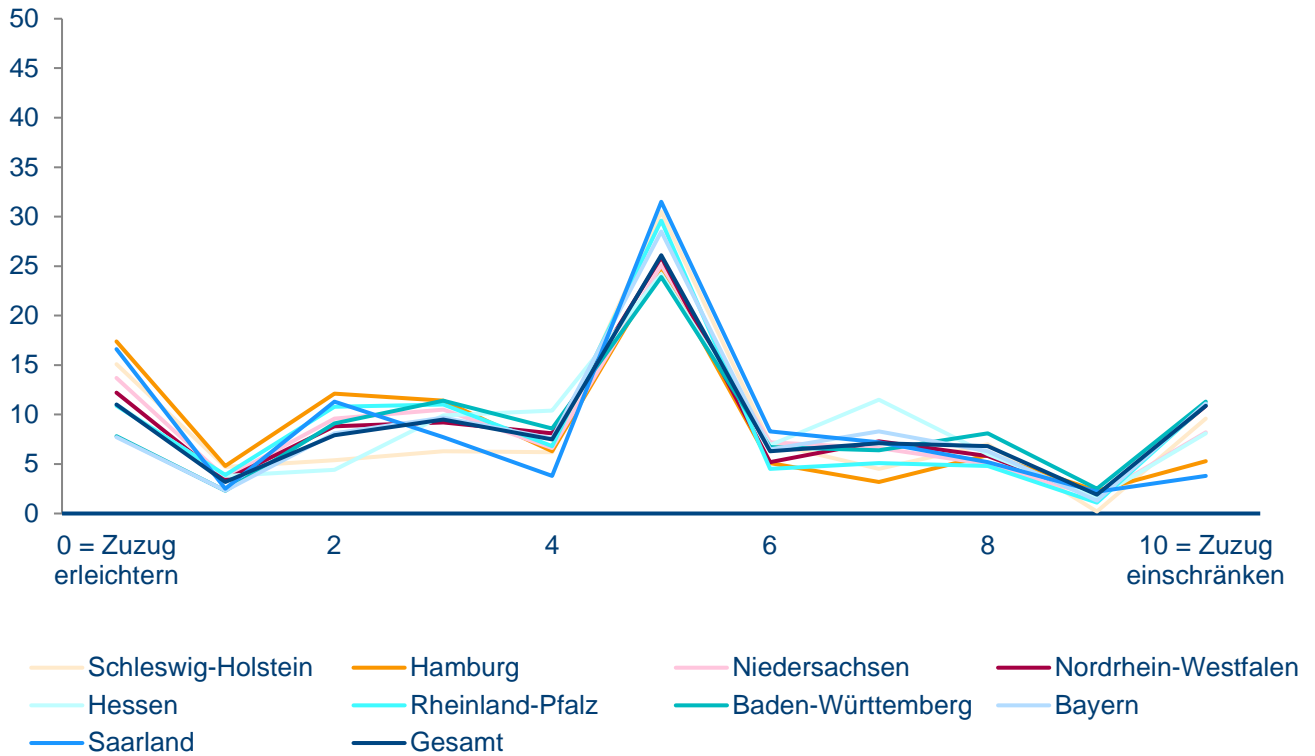


Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020.

Abbildung 26: Zuwanderung in den westdeutschen Bundesländern

Zuzug Westdeutschland

Manche wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtern, andere wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer einschränken. Wie stehen Sie dazu?

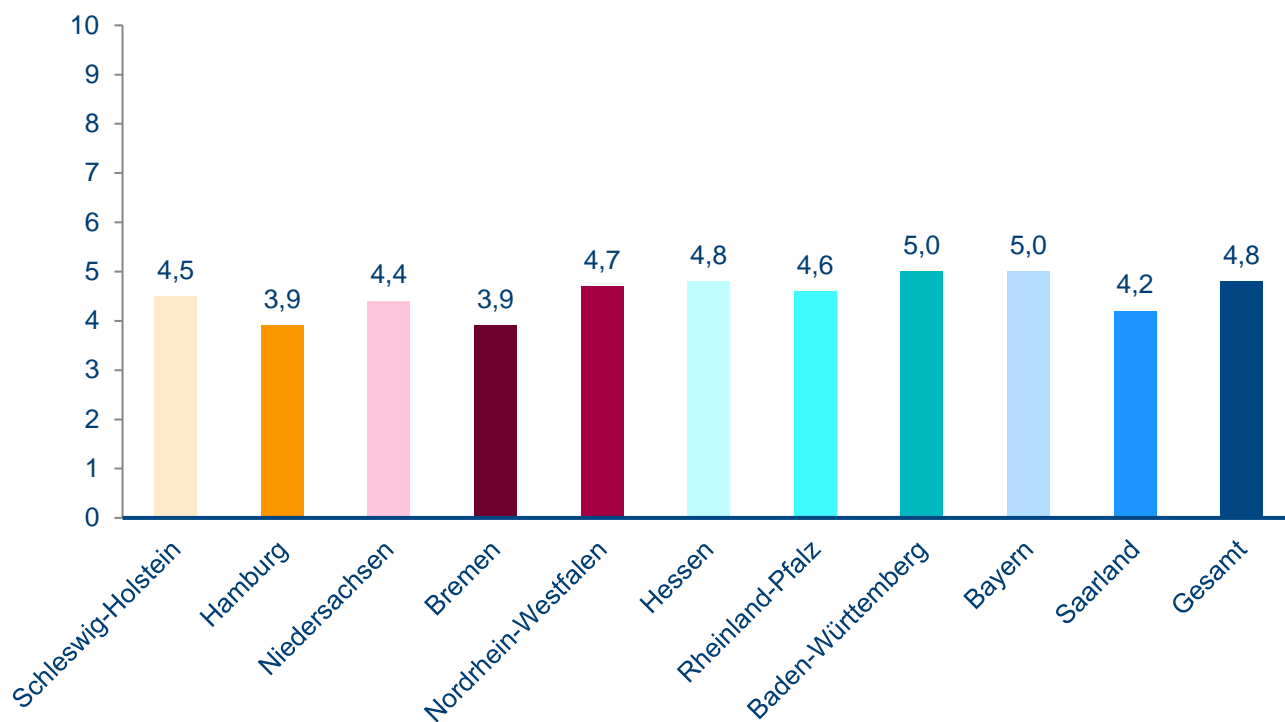


Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Abbildung 27: Zuwanderung in den westdeutschen Bundesländern

Zuzug Westdeutschland: Mittelwerte

Manche wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtern, andere wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer einschränken. Wie stehen Sie dazu?



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020.

Klima versus Wirtschaftswachstum

Die ökologische Streitfrage wurde ebenfalls mit einer Skala von 0 bis 10 erhoben. 0 bedeutet dabei „Vorrang für die Bekämpfung des Klimawandels, auch wenn es dem Wirtschaftswachstum schadet“, und 10 steht für „Vorrang für das Wirtschaftswachstum, auch wenn es die Bekämpfung des Klimawandels erschwert“. Im Durchschnitt plädieren die Wahlberechtigten mit einem Wert von 3,7 eher für einen Vorrang des Klimaschutzes vor dem Wirtschaftswachstum. Auch der äußerste Skalenwert 0 ist mit 20 Prozent recht stark besetzt.

Die deutlichste Präferenz, den Klimaschutz vor dem Wirtschaftswachstum zu bevorzugen, zeigen die Wählerinnen und Wähler der Grünen mit einem Durchschnittswert von 2,3. Auch die Wählerschaft der Linken (2,6) spricht sich deutlich für die Bekämpfung des Klimawandels aus. Bei beiden Wählerschaften zeigt sich das auch in einer starken Ausprägung des Skalenendpunktes 0, den jeweils über 30 Prozent der Wählerinnen und Wähler der Grünen und der Linken angegeben haben. Die Mittelkategorie ist vor allem bei der Grünen-Wählerschaft eher gering besetzt und alle Werte zwischen 6 und 10 werden von der Grünen-Wählerschaft kaum genannt.

Die Wählerschaft der SPD liegt mit einem Durchschnittswert von 3,5 nah am Gesamtmittelwert, während die Wählerschaft von CDU und CSU (4,3) zwar rechts vom Gesamtmittel der Wahlberechtigten liegt, aber immer noch links des Skalenmittels. Auch die Unionswählerschaft zeigt somit eine leichte Tendenz für den Vorrang des Klimas vor der Wirtschaft. Insgesamt ist bei der Unionswählerschaft die Mittelkategorie stark ausgeprägt. Eine relative Mehrheit der Wählerinnen und

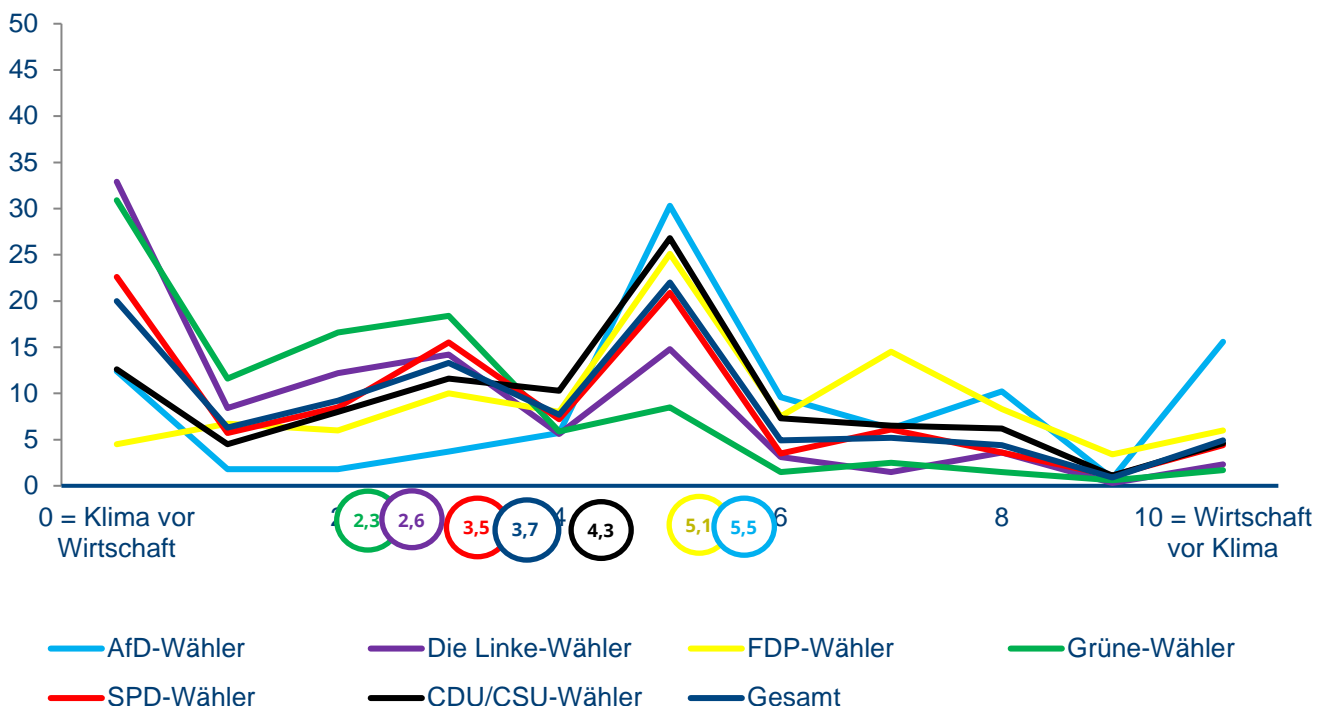
Wähler der Union spricht sich folglich für einen Ausgleich zwischen Klimaschutz und Wirtschaftswachstum aus.

Ebenfalls sehr mittig positionieren sich die Wählerinnen und Wähler der FDP (5,1). Bei ihnen gibt es aber, anders als bei der Union, auch eine gewisse Häufung von Positionierungen rechts der Mitte, also in einem Skalen-Bereich, der einen Vorrang der Wirtschaft vor dem Klimaschutz darstellt.

Auch die Wählerinnen und Wähler der AfD liegen mit einem Durchschnittswert von 5,5 recht nah an der Skalenmitte und damit an einer ausgleichenden Position zwischen Klimaschutz und Wirtschaftswachstum. Die Verteilung über die Gesamtskala zeigt auch tatsächlich eine sehr hohe Ausprägung der Mittelkategorie. Gleichzeitig ist aber auch der äußerste Skalenwert 10 recht stark besetzt. Damit finden sich unter der Wählerschaft der AfD mehr Menschen, die der Wirtschaft Vorrang vor dem Klimaschutz einräumen wollen, als in allen anderen Wählerschaften.

Abbildung 28: Klima nach Sonntagsfrage
Klima versus Wirtschaft

Manche meinen, dass die Bekämpfung des Klimawandels auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das dem Wirtschaftswachstum schadet. Andere meinen, dass das Wirtschaftswachstum auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das die Bekämpfung des Klimawandels erschwert. Wie stehen Sie dazu?



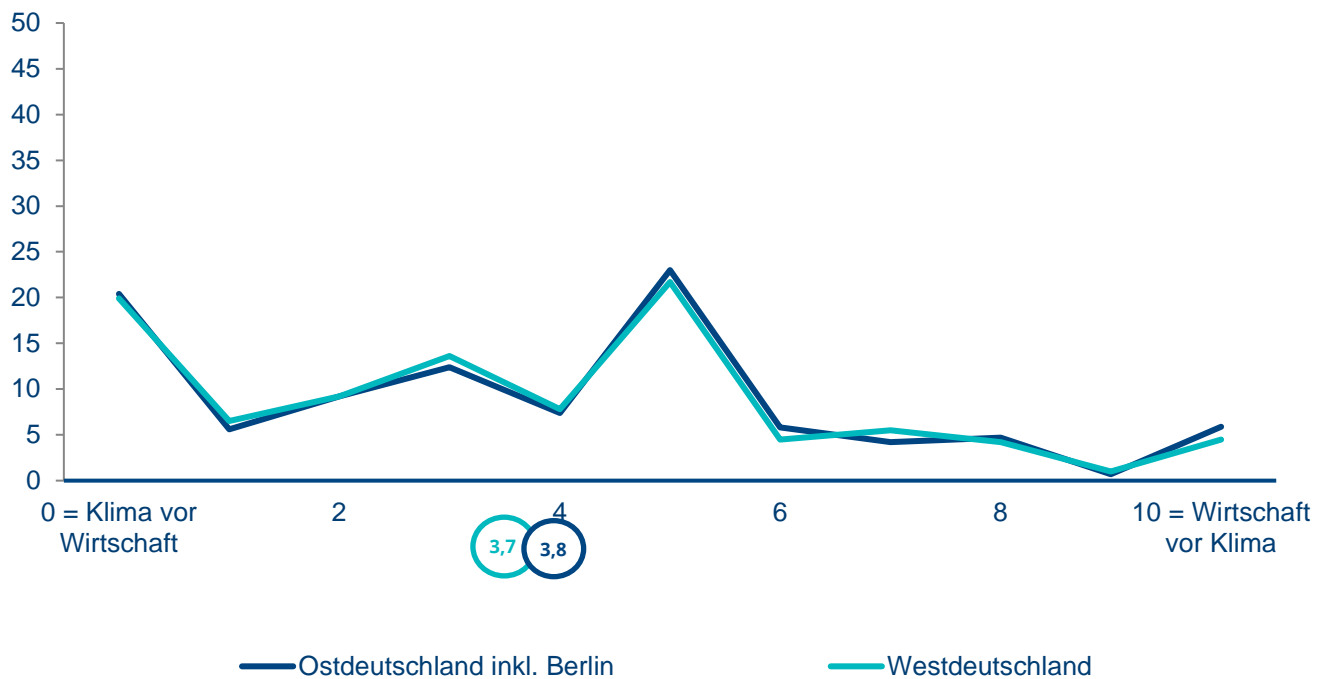
Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Zwischen Ost- und Westdeutschland gibt es in der Frage Klimaschutz versus Wirtschaftswachstum keinen Unterschied. Die Ostdeutschen positionieren sich im Mittel bei 3,8, die Westdeutschen bei 3,7. Die Verteilung über die gesamte Skala zeigt Häufungen beim Skalenmittelwert, beim Skalenendpunkt 0 sowie leicht links des Mittels bei 3. Insgesamt gibt es also in beiden Landesteilen eine Tendenz, dem Klimaschutz Vorrang vor oder mindestens den gleichen Rang wie dem Wirtschaftswachstum einzuräumen.

Abbildung 29: Klima in Ost- und Westdeutschland

Klima versus Wirtschaft

Manche meinen, dass die Bekämpfung des Klimawandels auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das dem Wirtschaftswachstum schadet. Andere meinen, dass das Wirtschaftswachstum auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das die Bekämpfung des Klimawandels erschwert. Wie stehen Sie dazu?



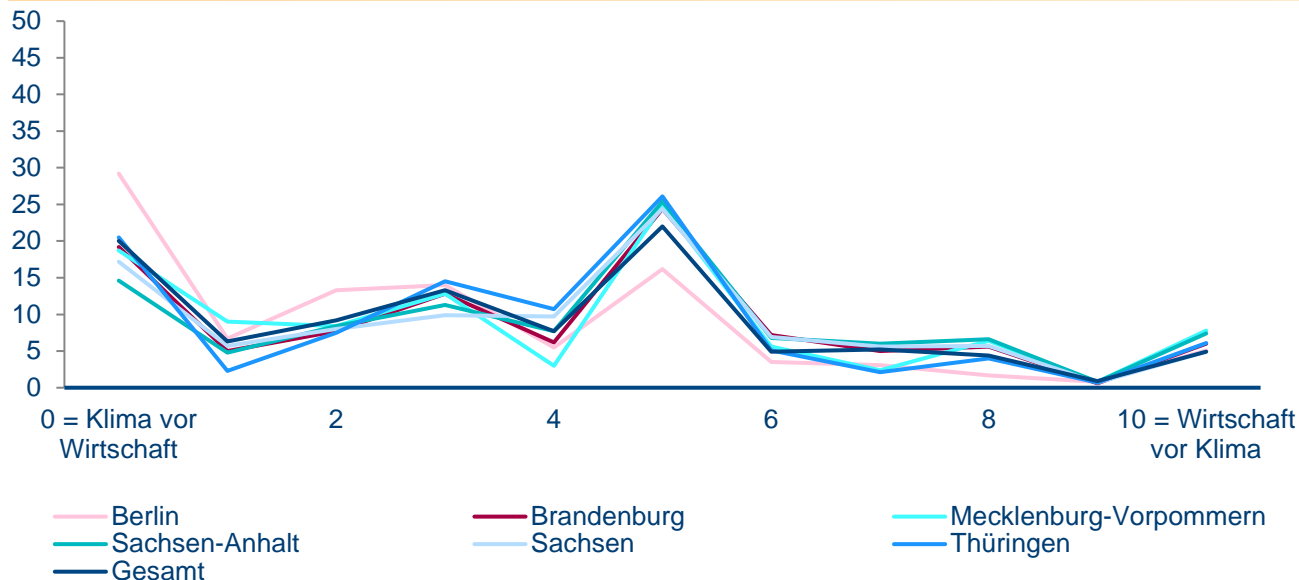
Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Grundsätzlich fallen die Unterschiede zwischen den ostdeutschen Bundesländern nicht allzu groß aus. Lediglich Berlin fällt mit einem wesentlich niedrigeren Durchschnittswert auf. In Berlin (3,0) gibt es die deutlichste Präferenz dafür, dem Klimaschutz Vorrang einzuräumen vor der Wirtschaft. Sachsen-Anhalt weist mit 4,3 den höchsten Mittelwert auf, liegt damit aber auch noch im Bereich „Klima vor Wirtschaft“. In den westdeutschen Bundesländern ist die Spannweite geringfügig höher. In Hamburg (3,0) und Bremen (3,2) sprechen sich die Menschen am deutlichsten für eine Bevorzugung des Klimaschutzes aus. Den höchsten Durchschnittswert gibt es im Saarland mit 4,5. Die Saarländer positionieren sich damit am nächsten an der Skalenmitte von 5,0. In keinem Bundesland wird im Durchschnitt dem Wirtschaftswachstum vor dem Klimaschutz Vorrang gewährt.

Abbildung 30: Klima in den ostdeutschen Bundesländern

Klima Ostdeutschland

Manche meinen, dass die Bekämpfung des Klimawandels auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das dem Wirtschaftswachstum schadet. Andere meinen, dass das Wirtschaftswachstum auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das die Bekämpfung des Klimawandels erschwert. Wie stehen Sie dazu?

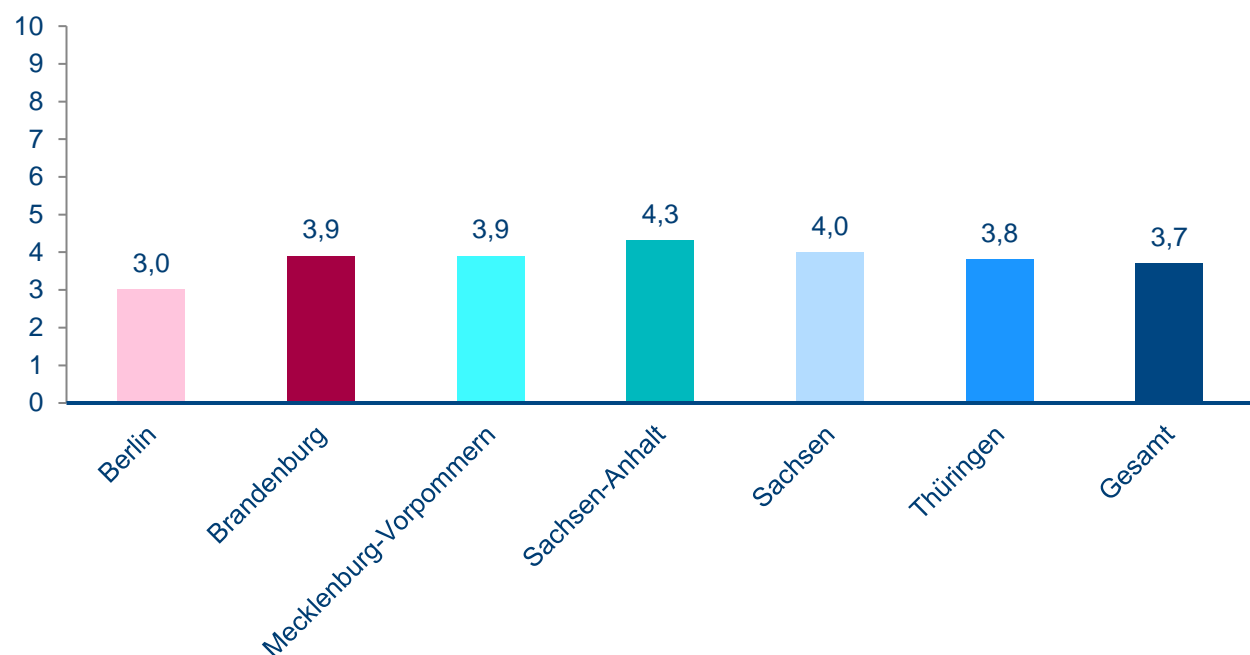


Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Abbildung 31: Klima in den ostdeutschen Bundesländern

Klima Ostdeutschland: Mittelwerte

Manche meinen, dass die Bekämpfung des Klimawandels auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das dem Wirtschaftswachstum schadet. Andere meinen, dass das Wirtschaftswachstum auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das die Bekämpfung des Klimawandels erschwert. Wie stehen Sie dazu?

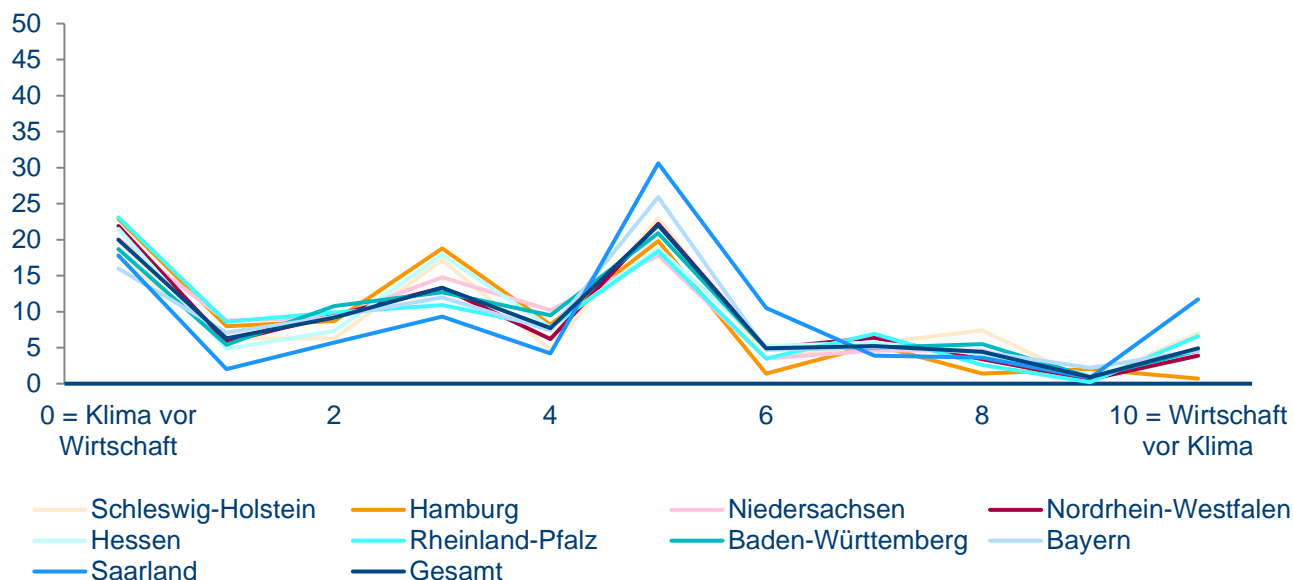


Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent.

Abbildung 32: Klima in den westdeutschen Bundesländern

Klima Westdeutschland

Manche meinen, dass die Bekämpfung des Klimawandels auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das dem Wirtschaftswachstum schadet. Andere meinen, dass das Wirtschaftswachstum auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das die Bekämpfung des Klimawandels erschwert. Wie stehen Sie dazu?

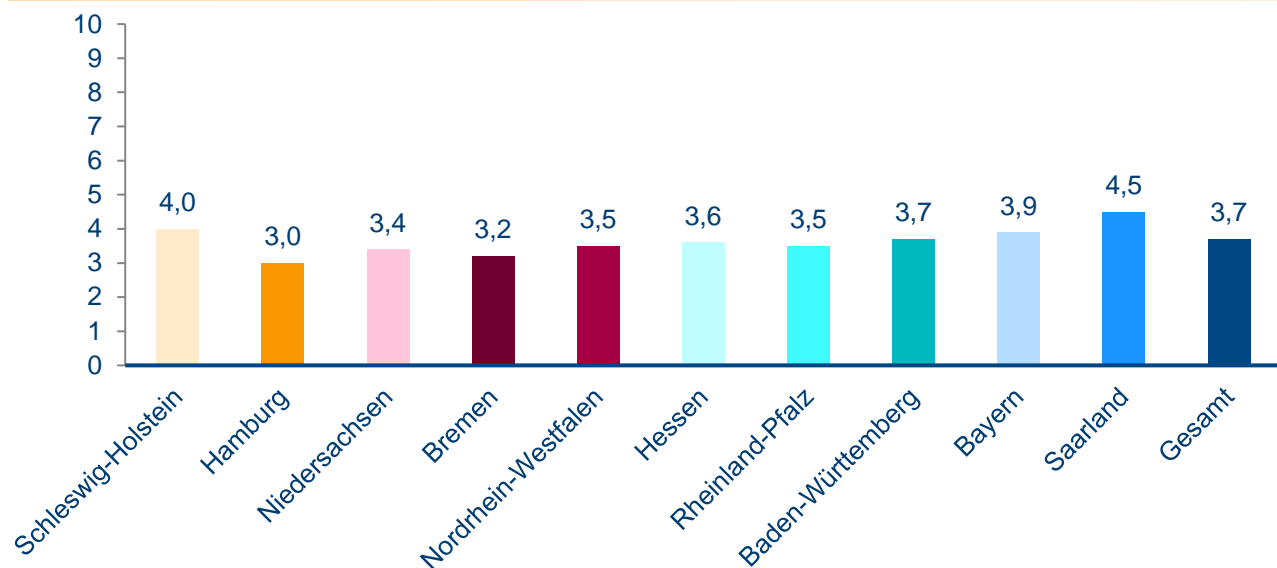


Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Abbildung 33: Klima in den westdeutschen Bundesländern

Klima Westdeutschland: Mittelwerte

Manche meinen, dass die Bekämpfung des Klimawandels auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das dem Wirtschaftswachstum schadet. Andere meinen, dass das Wirtschaftswachstum auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das die Bekämpfung des Klimawandels erschwert. Wie stehen Sie dazu?



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent.

Politische Themen

Zwei Themen der öffentlichen Diskussion hat die Konrad-Adenauer-Stiftung genauer untersucht. Beide Themen ergeben sich aus einer qualitativen Vorstudie (Neu 2021). Zum einen beklagten einige Befragte, Politikerinnen und Politiker kümmerten sich nicht um die Belange der Bürgerinnen und Bürger. Zum anderen wurde mehrfach ungestützt, also ohne gezielte Frage des Interviewers, die Angst vor einer mangelnden finanziellen Absicherung im Alter angesprochen. Die Ergebnisse der repräsentativen Umfrage ergeben hier eine überdurchschnittliche Politik(er)verdrossenheit bei den Wählerschaften der AfD und der Linken, während die Wählerinnen und Wähler von CDU/CSU und Grünen am wenigsten politik(er)verdrossen sind. Auch bei der Altersvorsorge blicken vor allem die Wählerinnen und Wähler der AfD pessimistisch in die Zukunft, während die Wählerinnen und Wähler der Grünen ihre Altersvorsorge weniger ausweglos bewerten.

49 Prozent und damit knapp die Hälfte der Befragten stimmt der Aussage zu „Politiker sagen einmal dies, einmal jenes, je nachdem, wie es ihnen in den Kram passt“. Besonders hoch fällt die Zustimmung unter den Wählerinnen und Wählern der AfD aus. 70 Prozent der AfD-Wählerschaft meinen, Politiker würden ihre Aussagen je nach Bedürfnis anpassen. Auch unter den Wählerschaften der FDP (56 Prozent) und der Linken (55 Prozent) findet sich eine überdurchschnittliche Zustimmung. Leicht unterdurchschnittlich stimmen die Wählerschaften der SPD (45 Prozent), der Union (44 Prozent) und der Grünen zu (40 Prozent).

Zudem meinen 38 Prozent der Wahlberechtigten, die Abgeordneten interessierten sich kaum für die Probleme der Leute, von denen sie gewählt werden. Erneut stimmen dem überdurchschnittlich viele AfD-Wählerinnen und -Wähler zu. Zwei Drittel der AfD-Wählerschaft sprechen Abgeordneten ein Interesse an ihren Wählern ab. Unterdurchschnittliche Zustimmung erfährt diese Aussage bei den Wählerschaften der Union (33 Prozent) und der Grünen (28 Prozent). Alle anderen Wählerschaften unterscheiden sich kaum vom Durchschnitt aller Wahlberechtigten.

Ähnlich hoch fällt mit 37 Prozent die Zustimmung zur Aussage „In der Politik geschieht selten etwas, was dem kleinen Mann nützt“ aus. Auch hier stimmen die Wählerinnen und Wähler der AfD mit 56 Prozent erneut überdurchschnittlich häufig zu. Auch die Wählerinnen und Wähler der Linken meinen mit 45 Prozent häufiger als der Durchschnitt, Politik nütze dem kleinen Mann nur selten. Die Wählerinnen und Wähler von Union (31 Prozent) und Grünen (30 Prozent) halten diese Aussage wiederum unterdurchschnittlich häufig für zutreffend. Die Wählerschaften von SPD und FDP liegen etwa im Durchschnitt.

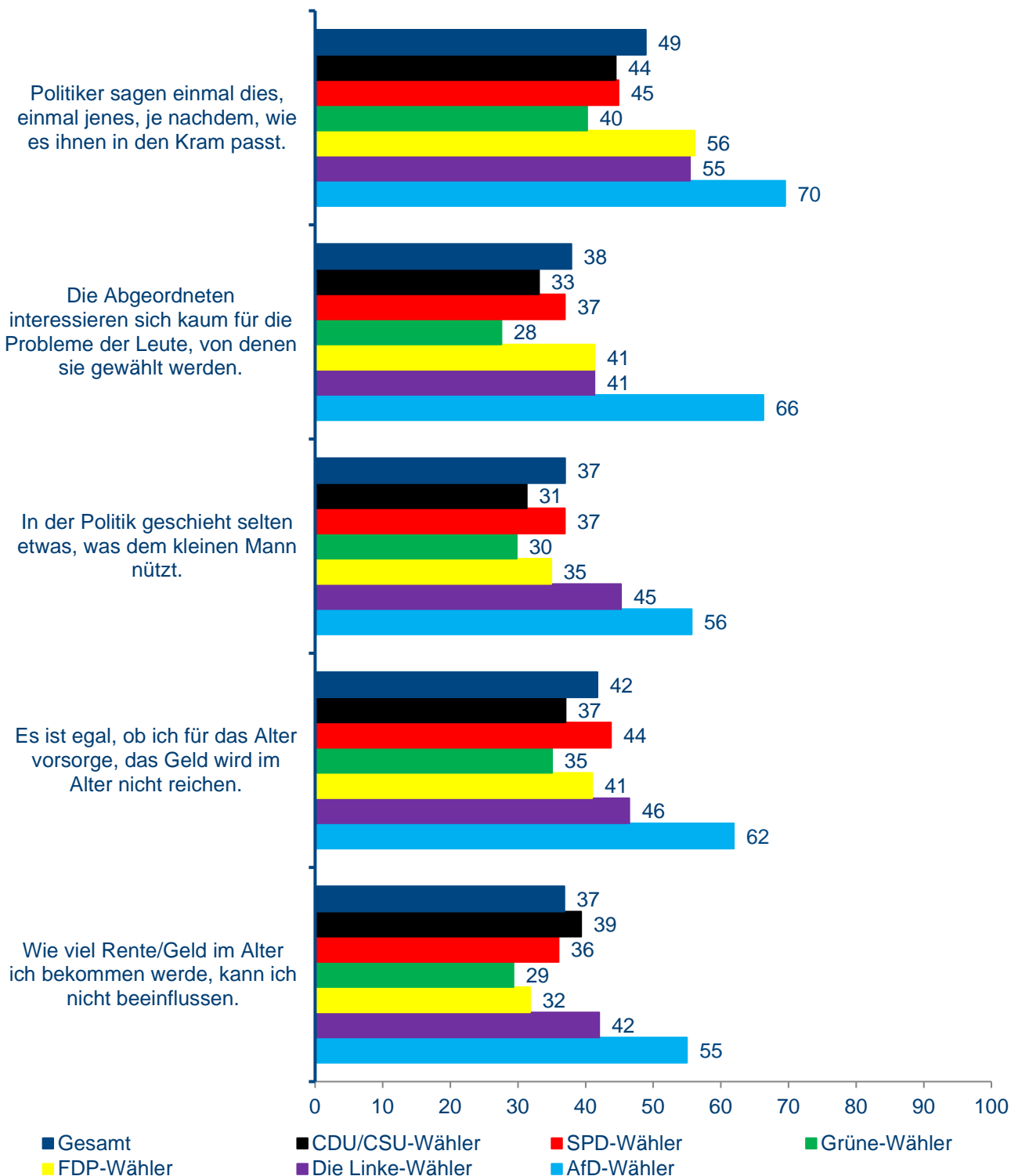
Die beiden Aussagen zur Altersvorsorge bekamen nur Befragte, die noch keine Altersbezüge oder Erwerbsminderungsbezüge erhalten. 42 Prozent stimmen der Aussage zu „Es ist egal, ob ich für das Alter vorsorge, das Geld wird im Alter nicht reichen“. Auch hier stimmen AfD-Wählerinnen und -Wähler (62 Prozent) überdurchschnittlich häufig zu. Seltener als der Durchschnitt meinen die Wählerinnen und Wähler von CDU/CSU und Grünen, sie könnten sich auch durch eigene Vorsorge nicht ausreichend für das Alter absichern. Alle anderen Wählerschaften weichen nur geringfügig vom Durchschnitt ab.

In eine ähnliche Richtung geht die zweite Aussage zur Altersvorsorge: „Wie viel Rente/Geld im Alter ich bekommen werde, kann ich nicht beeinflussen“. Dem stimmen 37 Prozent der Befragten ohne Altersbezüge zu. Mit 55 Prozent meinen mehr als die Hälfte der AfD-Wählerschaft, sie hätten keinen Einfluss auf ihre Altersbezüge. Auch unter den Wählerinnen und Wählern der Linken (42 Prozent) fällt die Zustimmung leicht überdurchschnittlich aus. Unter den Wählerinnen und Wählern der FDP (32 Prozent) und der Grünen (29 Prozent) ist diese Haltung hingegen unterdurchschnittlich verbreitet. Die Wählerschaften der Union und der SPD meinen etwa durchschnittlich häufig, sie könnten ihre Altersbezüge nicht beeinflussen.

Abbildung 34 Themen öffentlicher Diskussionen

Themen öffentlicher Diskussion

Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen zustimmen. (Antworten "stimme voll und ganz zu" und "stimme eher zu")



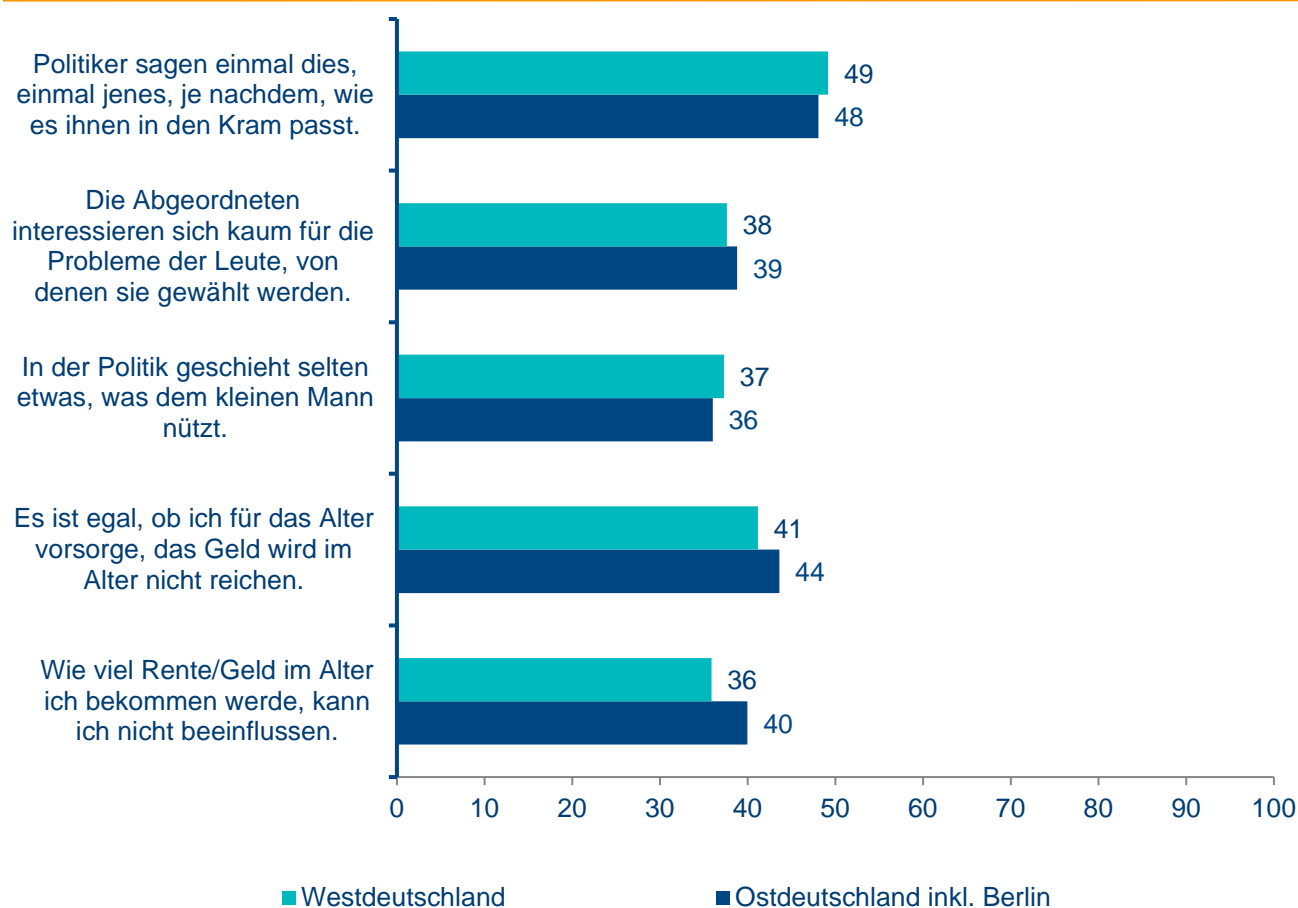
Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent.
 Antwortkategorien: „stimme voll und ganz zu“, „stimme eher zu“, „teils/teils“, „stimme eher nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“.

Zwischen Ost- und Westdeutschland gibt es bei allen Aussagen nur sehr geringe Unterschiede. Die Differenzen sind so gering, dass sie im Grunde nicht inhaltlich interpretiert werden sollten.

Abbildung 35 Themen öffentlicher Diskussionen

Themen öffentlicher Diskussion

Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen zustimmen. (Antworten "stimme voll und ganz zu" und "stimme eher zu")



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent.

Antwortkategorien: „stimme voll und ganz zu“, „stimme eher zu“, „teils/teils“, „stimme eher nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“.

Die Wahrnehmung politischer Begriffe

Nachdem wir zunächst in einer qualitativen Umfrage den inhaltlichen Assoziationsbereich unterschiedlicher politischer Begriffe untersucht hatten,⁴ haben wir in dieser Umfrage konkret nachgefragt, welche Partei mit dem jeweiligen Begriff in Verbindung gebracht wird. Die Begriffe der qualitativen und quantitativen Umfragen sind nur zum Teil identisch und in der repräsentativen Umfrage zudem deutlich erweitert. Aufgrund der Vielzahl an Begriffen haben wir uns entschieden, einen sogenannten Split-Half durchzuführen. Hier erhält jeweils die Hälfte der Befragten die Hälfte der Begriffe vorgelegt, wodurch sich die Fallzahlen für die Einzelnennung halbieren. Die eine Hälfte der Begriffe haben 4.030 und die andere Hälfte der Begriffe 4.012 Befragte beantwortet. Es wurden alle Begriffe für alle Parteien, die im Bundestag vertreten sind, abgefragt.

Über die Hälfte der Befragten bringt die **CDU** mit den Begriffen Stabilität, Konservativ, Beständigkeit, Ordentliches Regieren, Sicherheit und Wohlstand in Verbindung. Nennungen zwischen

46 und 30 Prozent erhält die CDU bei Bürgerlich, Bodenständig, Verlässlichkeit, Heimatverbunden, Berechenbarkeit, Realistisch, Mittelstand, Gleichgewicht und Weltoffen. Unter 30 Prozent nennen die Befragten die CDU bei den Begriffen Pragmatisch, Ausgleichend, Tolerant, Nachhaltig, Entlastung, Mutig, Modern und Wischiwaschi. Alle anderen Begriffen erhalten Nennungen im einstelligen Bereich.

Da die **CSU** ausschließlich in Bayern gewählt werden kann, sie aber von allen Befragten bewertet wurde, sind die Werte nicht mit den Nennungen für andere Parteien vergleichbar. Gleichmaßen konnte hier nicht die Union abgefragt werden, da sie aus zwei Parteien besteht. Die häufigste Anzahl von Nennungen erhält bei der CSU der Begriff Konservativ mit 39 Prozent gefolgt von Heimatverbunden mit 36 Prozent. Auch Bodenständig wird mit 23 Prozent besonders häufig mit der CSU in Verbindung gebracht. Zweistellige Ergebnisse zwischen 20 und 10 Prozent erhält die CSU bei den Begriffen Beständigkeit, Sicherheit, Bürgerlich, Wohlstand, Stabilität, Ordentliches Regieren, Verlässlichkeit, Mittelstand, Berechenbarkeit, Realistisch, Gleichgewicht und Pragmatisch.

Betrachtet man nun die Anhänger der Unionsparteien bei der Zuordnung der Begriffe zur CDU und CSU (ohne grafische Darstellung), ergeben sich interessante Unterschiede. Für die Anhänger von CDU/CSU steht die CDU an erster Stelle für Ordentliches Regieren, Sicherheit, Stabilität, Beständigkeit und Verlässlichkeit. Diese Eigenschaften schreiben über 70 Prozent der Unionsanhängerschaft der CDU zu. Anders verhält es sich bei der CSU. Ihre höchsten Werte erhält sie von den Wählern der CDU/CSU bei den Begriffen Heimatverbunden (42 Prozent), Konservativ (37 Prozent), Bodenständig (34 Prozent), Sicherheit (32 Prozent) und Beständigkeit (31 Prozent). Damit haben die Schwesterparteien in ihren Anhängerschaften ein unterschiedliches Profil.

Anders stellt sich die Situation der **SPD** dar. Die häufigsten Nennungen von ca. einem Drittel der Befragten erhält die SPD bei den Begriffen Bürgerlich, Mittelstand und Ausgleichend. Die Begriffe Gleichgewicht, Tolerant, Entlastung, Ordentliches Regieren, Realistisch, Weltoffen, Bodenständig, Stabilität, Sicherheit und Verlässlichkeit werden von 29-20 Prozent der Befragten den Sozialdemokraten zugeordnet.

Innerhalb der Wählerschaft der Sozialdemokraten (ohne grafische Darstellung) zeigt sich, dass die SPD bei vielen Begriffen Konkurrenz hat und die CDU und die Grünen häufig stark mit den jeweiligen Begriffen in Verbindung gebracht werden. Mit 61 Prozent der Nennungen werden die Begriffe Ausgleichend und Tolerant am häufigsten mit der SPD in Verbindung gebracht. Zwischen 50 und 60 Prozent werden die Begriffe Realistisch, Bürgerlich, Stabilität, Ordentliches Regieren, Weltoffen, Gleichgewicht, Verlässlichkeit, Bodenständig, Sicherheit und Entlastung der SPD zugeschrieben. Bei den Begriffen Stabilität und Sicherheit entscheiden sich die Anhänger der SPD etwa gleich häufig für SPD und CDU. Deutlich häufiger wird die CDU bei den Begriffen Wohlstand und Beständigkeit genannt. Die Grünen werden von den SPD-Anhängerinnen und -Anhängern hingegen bei den Begriffen Nachhaltig, Modern und Neugierig häufiger als die SPD genannt.

Ein völlig anderes Image haben die **Grünen**. 53 Prozent bringen die Grünen, wenig verwunderlich, mit dem Begriff Nachhaltig in Verbindung. Dies ist mit großem Abstand ihr bester Wert. Mit Nennungen zwischen 39 und 31 Prozent folgen die Begriffe Modern, Weltoffen, Neugierig, Tolerant und Mutig. Im zweistelligen Bereich befinden sich die Begriffe Realistisch, Ausgleichend, Gleichgewicht, Verlässlichkeit, Bodenständig, Bürgerlich, Ordentliches Regieren, Berechenbarkeit, Wischiwaschi, Chaos, Streit, Pragmatisch und Beständigkeit.

In der eigenen Anhängerschaft (ohne grafische Darstellung) werden die Grünen mit 88 Prozent vor allem mit Nachhaltig und mit Modern (80 Prozent) in Verbindung gebracht. 76 Prozent attestieren den Grünen Weltoffen zu sein und weitere 74 Prozent beschreiben ihre Partei mit dem Begriff Tolerant. Werte zwischen 65 und 53 Prozent erhalten die Begriffe Neugierig, Mutig und Realistisch. Die CDU wird hingegen in der Anhängerschaft der Grünen mit Werten zwischen 72 und 56 Prozent bei den Begriffen Konservativ, Stabilität, Beständigkeit, Sicherheit, Ordentliches Regieren

und Wohlstand in Verbindung gebracht. Bei den Grünen findet das negative Image der AfD (Angst, Spaltung, Chaos und Streit) besonders starke Resonanz.

Die **FDP** hat mit 25 Prozent der Antworten vor allem das Image Mittelstand. 20 Prozent verbinden den Begriff Wischwaschi mit den Liberalen. Nennungen im zweistelligen Bereich erhalten die Begriffe Wohlstand, Bürgerlich, Tolerant und Pragmatisch.

Aus der Perspektive der Wählerinnen und Wähler der FDP (ohne grafische Darstellung) ist die FDP Realistisch (54 Prozent). Die Hälfte der FDP-Anhängerinnen und -Anhänger nennt die Begriffe Mittelstand, Wohlstand und Modern. Mehr als die Hälfte der Nennungen erhält die Union bei den Begriffen Stabilität, Sicherheit, Beständigkeit, Ordentliches Regieren, Konservativ und Bürgerlich.

Die **Linke** erhält nur Nennungen von unter 20 Prozent. Am besten – mit 18 Prozent – schneidet sie bei dem Begriff Tolerant ab. Ebenfalls zweistellig werden die Begriffe Weltoffen, Chaos, Streit, Mutig, Neugierig, Entlastung, Spaltung, Wischwaschi und Ausgleichend genannt.

In der Anhängerschaft der Linken (ohne grafische Darstellung) gilt die Linke vor allem als Tolerant (64 Prozent) und Weltoffen (60 Prozent). Nennungen über 40 Prozent erhält die Partei bei den Begriffen Realistisch, Mutig, Verlässlichkeit, Ausgleichend, Bodenständig, Neugierig und Entlastung.

Die **AfD** weicht am stärksten in ihrem Image von allen anderen Parteien ab. 59 Prozent verbinden den Begriff Angst, 56 Prozent Chaos und 54 Prozent den Begriff Spaltung mit der AfD. Mit 44 Prozent folgt der Begriff Streit und 23 Prozent assoziieren die Partei mit Wischwaschi. Zweistellige Nennungen erhält die Partei bei Heimatverbunden, Berechenbarkeit, Mutig und Konservativ.

In der Wahrnehmung des Images der AfD in der eigenen Anhängerschaft erhalten die Begriffe Heimatverbunden (71 Prozent) und Mutig (69 Prozent) die häufigsten Nennungen. Sicherheit und Bodenständig ordnet etwa die Hälfte der AfD-Anhängerinnen und -Anhänger der AfD zu. Nennungen unter 50 und über 40 Prozent erhalten die Begriffe Realistisch, Bürgerlich und Konservativ. Während alle anderen Anhängerinnen und Anhänger den Begriff Chaos stark mit der AfD in Verbindung bringen, wird dieser Begriff in der Anhängerschaft der AfD mit den Grünen, der Linken und der CDU in Verbindung gebracht. Bei Angst nennen die Anhängerinnen und Anhänger der AfD die Grünen und die CDU. Das Misstrauen gegenüber anderen Parteien zeigt sich auch darin, dass häufig keine Partei einem Begriff zugeordnet wird. Dies gilt insbesondere für die Begriffe Ordentliches Regieren und Verlässlichkeit, bei denen 41 bzw. 38 Prozent keine Partei nennen.

Mit 25 Prozent der Nennungen wird der Begriff Verlässlichkeit überdurchschnittlich häufig **keiner Partei** zugeschrieben. Auch Neugierig, Ordentliches Regieren, Entlastung und Modern kann etwa ein Fünftel der Befragten keiner Partei zuschreiben.

Auffällig ist, dass Parteien nur selten Nennungen über 50 Prozent erhalten, was als recht einhelliges Image der Partei bei den Wahlberechtigten interpretiert werden kann. Die CDU hat die bei den Begriffen Stabilität, Konservativ, Beständigkeit, Ordentliches Regieren, Sicherheit und Wohlstand Werte von über 50 Prozent. Bei den Grünen ist der Begriff Nachhaltig mit 53 Prozent besonders stark mit der Partei verwachsen. Bei der AfD sind es negative Images, die über 50 Prozent kommen: Angst, Chaos und Spaltung.

Zudem zeigt sich, dass jede Partei ein sehr spezifisches Imageprofil hat. Bereits bei den Tiefeninterviews stellte sich heraus, dass die SPD stark mit dem Begriff Bürgerlich verbunden ist. Zwar liegt hier die CDU vor der SPD, aber auf die SPD bezogen ist es neben Mittelstand ein sehr starkes Image. Bei den Begriffen Nachhaltig, Modern, Weltoffen, Neugierig, Tolerant und Mutig liegen die Werte der Grünen zum Teil mit sehr großem Abstand vor allen anderen Parteien. Die Liberalen und die Linke haben hingegen eher eine diffuse Imagestruktur, bei der sowohl positive als auch negative Assoziationen sichtbar sind. Die AfD ist dagegen die Partei, die jenseits ihrer eigenen Anhängerschaft vor allem mit negativen Begriffen besonders stark assoziiert wird.

Abbildung 36: Zugeschriebene Parteicharakteristika

Begriffe

Welche Partei oder Parteien verbinden Sie mit folgenden Begriffen?

	CDU	CSU	SPD	Grüne	FDP	Die Linke	AfD	alle Parteien	keine davon
Stabilität	57	17	23	8	5	3	3	1	14
Konservativ	56	39	9	2	9	2	11	1	7
Beständigkeit	55	20	19	10	5	4	2	1	12
Ordentliches Regieren	52	15	25	12	5	4	2	1	21
Sicherheit	52	20	22	8	6	4	5	1	15
Wohlstand	52	18	15	5	18	3	3	2	12
Bürgerlich	46	19	33	12	13	9	5	1	9
Bodenständig	43	23	24	12	6	7	4	1	13
Verlässlichkeit	40	14	20	13	4	6	3	1	25
Heimatverbunden	37	36	13	9	3	3	16	2	9
Berechenbarkeit	36	12	19	12	7	7	12	4	17
Realistisch	35	11	25	18	9	8	4	1	19
Mittelstand	34	12	32	9	25	6	3	0	10
Gleichgewicht	33	11	29	14	8	7	2	1	16

Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent.

Abbildung 37: Zugeschriebene Parteicharakteristika

Begriffe

Welche Partei oder Parteien verbinden Sie mit folgenden Begriffen?



Zusätzlich haben wir danach gefragt, wie verschiedene Begriffe auf die Befragten selbst passen. Bei der Selbstbeschreibung fällt auf, dass fast alle Begriffe bei den Befragten eine sehr hohe persönliche Wertschätzung genießen. Nur zwei Begriffe erhalten Nennungen von unter 50 Prozent: Wohlstand wird von 39 Prozent und Konservativ von 29 Prozent von den Befragten als auf sie selbst passend empfunden.

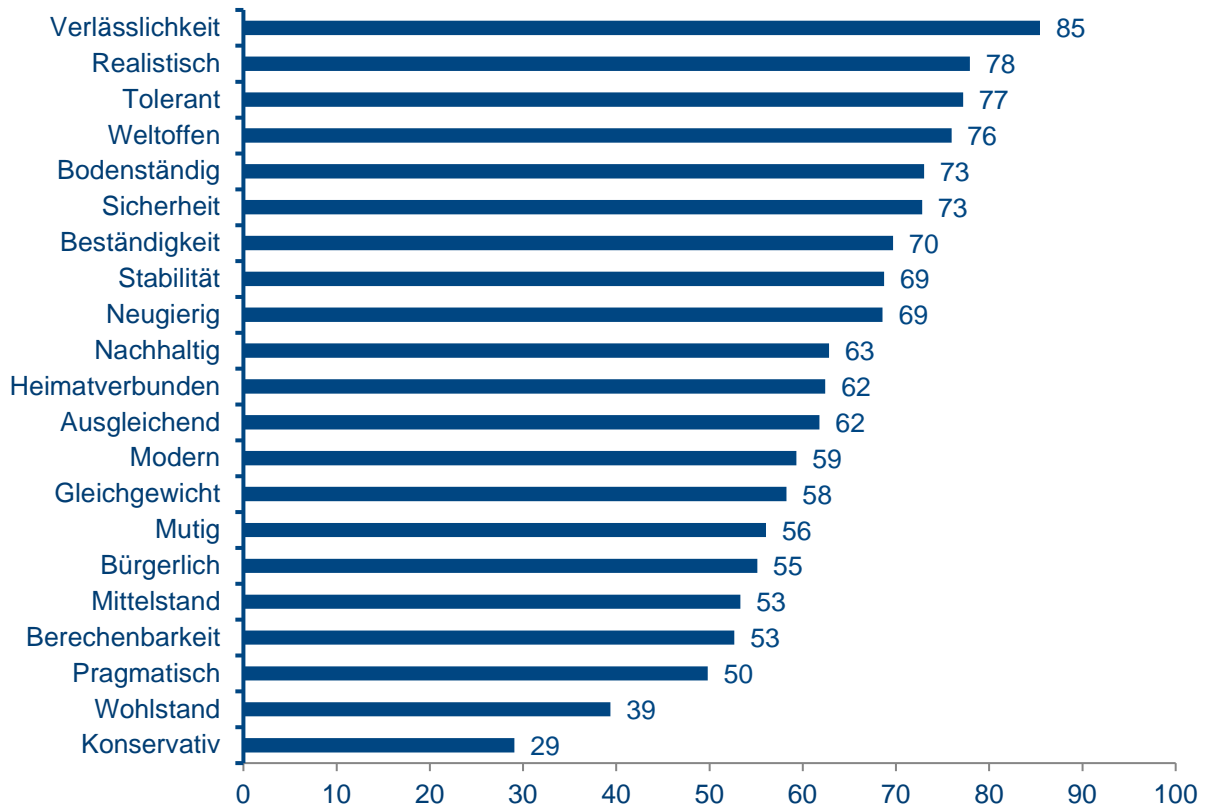
Mit 85 Prozent erhält der Begriff Verlässlichkeit die höchste Zahl an Nennungen. Mit einer Häufigkeit zwischen 70 und 78 Prozent werden die Begriffe Realistisch, Tolerant, Weltoffen, Bodenständig, Sicherheit und Beständigkeit genannt. Mit unter 70 und über 60 Prozent folgen die Begriffe Stabilität, Neugierig, Nachhaltig, Heimatverbunden und Ausgleichend. Mit Nennungen zwischen 50 und 59 Prozent folgen die Begriffe Modern, Gleichgewicht, Mutig, Bürgerlich, Mittelstand, Berechenbarkeit und Pragmatisch.

Auch die Unterschiede zwischen den Anhängerschaften der Parteien sind gering, daher werden hier nur die stärkeren Abweichungen dargestellt. Die Anhängerinnen und Anhänger der Linken und Grünen finden den Begriff Sicherheit deutlich seltener passend. Dies zeigt sich ebenfalls in diesen Anhängerschaften bei dem Begriff Bodenständig. Die Anhängerschaften der Linken und der Grünen nennen den Begriff Beständigkeit seltener als andere Anhängerschaften. Die Anhängerinnen und Anhänger der AfD sagen weniger häufig, der Begriff Tolerant würde zu ihnen passen. Bei Stabilität sind es vor allem die Anhängerinnen und Anhänger der Linken, die den Begriff als weniger stark passend empfinden. Besonders selten sagen die Anhängerinnen und Anhänger der AfD, sie seien Weltoffen. Heimatverbunden findet vor allem bei den Anhängerinnen und Anhängern der Grünen wenig Resonanz, gefolgt von einer ebenfalls großen Zurückhaltung in den Anhängerschaften der Linken und der Liberalen. Besonders selten empfinden die Anhängerschaften der Grünen und der Linken den Begriff Bürgerlich als zu ihnen passend. Bei Nachhaltig sind die Anhängerschaften der FDP und der AfD deutlich zurückhaltender. Mittelstand empfinden die Anhängerschaften der Linken, der Grünen und der SPD seltener als passend. Gleichgewicht wird von Anhängerinnen und Anhängern der FDP seltener als Selbstzuschreibung verwendet. Wohlstand verbinden die Anhängerinnen und Anhänger der Linken, Grünen und der SPD eher nicht mit sich selbst. Bei Konservativ ist die größte Spreizung bei den Anhängerschaften der Parteien zu erkennen. Während er bei AfD und Union noch (wenn auch auf niedrigem Niveau im Vergleich zu den anderen Begriffen) Akzeptanz findet, sind bei den Anhängerschaften der FDP zwar noch leichte Zuordnungen zu finden, aber bei SPD, Grünen und Linken finden sich nur marginale Anteile, die den Begriff für sich passend finden.

Abbildung 38: Selbstbeschreibung

Selbstbeschreibung

Wie stark passen diese Begriffe zu Ihnen? (Antworten "sehr stark" und "stark")



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent.
Antwortkategorien: „sehr stark“, „stark“, „teils/teils“, „weniger stark“, „gar nicht“.

Abbildung 39: Selbstbeschreibung

Selbstbeschreibung

Wie stark passen diese Begriffe zu Ihnen? (Antworten "sehr stark" und "stark")



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent.
 Antwortkategorien: „sehr stark“, „stark“, „teils/teils“, „weniger stark“, „gar nicht“.

Abbildung 40: Selbstbeschreibung

Selbstbeschreibung

Wie stark passen diese Begriffe zu Ihnen? (Antworten "sehr stark" und "stark")



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent.
 Antwortkategorien: „sehr stark“, „stark“, „teils/teils“, „weniger stark“, „gar nicht“.

Politisches Interesse

Das Interesse an Politik ist insgesamt recht stark ausgeprägt. 18 Prozent der Wahlberechtigten interessieren sich sehr stark für Politik, weitere 35 Prozent stark. Insgesamt interessieren sich damit mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten (sehr) stark für Politik. Ein gutes Viertel gibt an, teils/teils interessiert zu sein. Nur eine kleine Minderheit von 13 bzw. 6 Prozent interessiert sich weniger stark bzw. gar nicht für Politik.

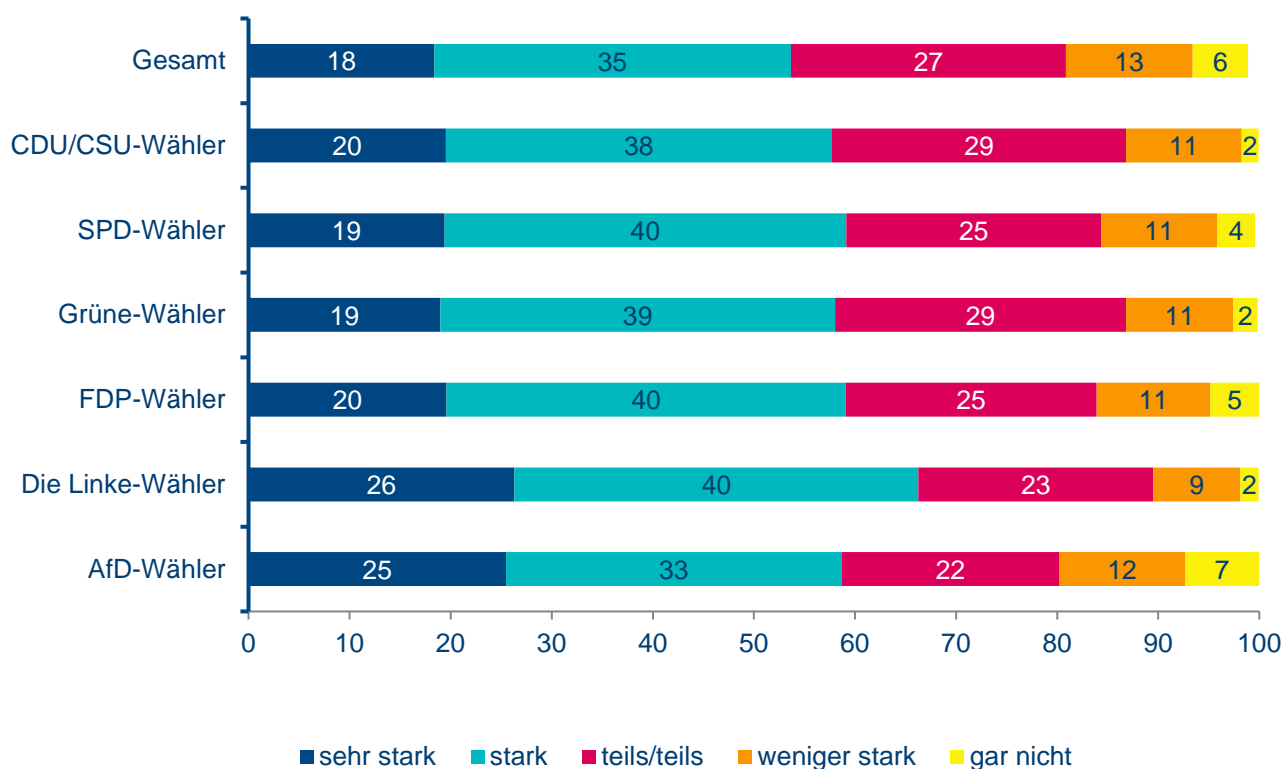
Zwischen den Wählerschaften gibt es kaum Unterschiede im politischen Interesse. Lediglich die Wählerinnen und Wähler der Linken weisen insgesamt ein höheres Politikinteresse auf. Zwei Drittel der Linken-Wählerschaft sind sehr stark oder stark politisch interessiert. Bei den Wählern der AfD fällt zwar das sehr starke Politikinteresse mit 25 Prozent etwas häufiger aus, kombiniert mit dem starken Interesse ergibt sich aber kein nennenswerter Unterschied zu den anderen Wählerschaften.

Zugleich fällt auf, dass alle Wählerschaften ein geringfügig höheres politisches Interesse haben als die Gesamtheit der Wahlberechtigten. Das liegt an den Befragten, die angaben, sie würden nicht oder ungültig wählen, sie wüssten nicht, wen sie wählen würden oder die die Angabe verweigerten (grafisch nicht ausgewiesen). In dieser Gruppe liegt das politische Interesse deutlich niedriger als im Durchschnitt. Unter den Nicht- bzw. Ungültig-Wählerinnen und -Wählern geben nur 18 Prozent an, sich sehr stark oder stark für Politik zu interessieren. Unter denjenigen, die sich für weiß nicht oder keine Angabe entschieden, sind 33 Prozent (sehr) stark an Politik interessiert.

Abbildung 41: Politikinteresse

Politisches Interesse

Einmal ganz allgemein gesprochen ... Wie stark interessieren Sie sich für Politik?



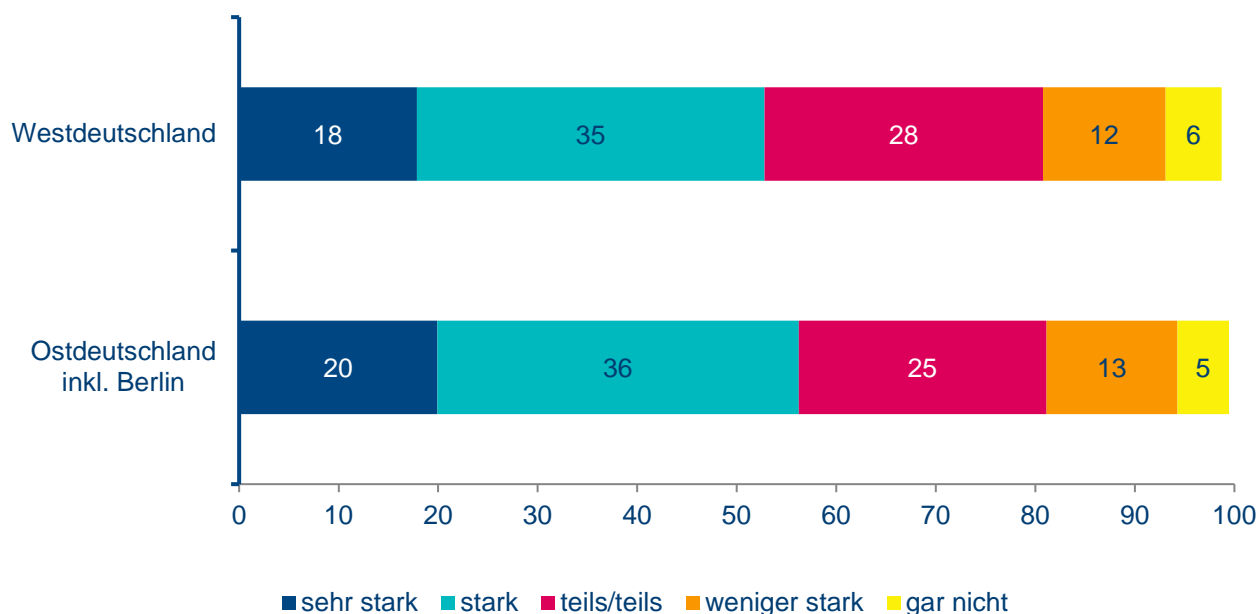
Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Zwischen Ost- und Westdeutschland gibt es keinen nennenswerten Unterschied im politischen Interesse. Die Prozentpunktdifferenzen liegen jeweils nur im Bereich von 1 bis 3 Prozentpunkten und damit innerhalb der Fehlertoleranz der Umfrage.

Abbildung 42: Politikinteresse

Politisches Interesse

Einmal ganz allgemein gesprochen ... Wie stark interessieren Sie sich für Politik?



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Der Wählerraum

In einer Anfang 2021 veröffentlichten Studie (Neu, 2021) wurde eine Potenzialmessung der Wahlberechtigten vorgestellt. Hierzu wurden zwei Fragen miteinander kombiniert: Zum einen die klassische Sonntagsfrage (Welche Partei würden sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre), zum anderen wurde bei denjenigen, die eine Partei genannt haben, nachgefragt, ob sie sich vorstellen könnten, auch eine andere Partei zu wählen. In der breit angelegten Studie zur Wählervermessung haben wir diese Fragen erneut gestellt.

Wer in beiden Fragen die gleiche Partei nennt, scheint eine festere Anbindung zu haben als andere Wahlberechtigte. Vermutlich reicht dies noch nicht aus, von dieser Gruppe als Stammwähler zu sprechen. Wer bei beiden Fragen zwei Parteien nennt, ist eher als volatil einzustufen, da hier im Minimum zwei Optionen vorliegen.⁵ In qualitativen Studien stellte sich zudem heraus, dass auch weitere Parteien in die Wahlentscheidung miteinbezogen werden und die Wahlbiografie auch sehr unterschiedliche Präferenzen in bestimmten Lebensphasen hervorgebracht hat. Daher stellt dieses Vorgehen nur eine Annäherung an die komplexe Wirklichkeit dar.

Doch zuerst zur Sonntagsfrage. In der Zeit von Juli bis Dezember 2020 wurden über 8.000 Interviews geführt. Aufgrund des langen Erhebungszeitraums können die Daten nicht mit monatlich erhobenen Daten verglichen werden, wie man sie z.B. bei der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap findet (s. Daten und Methodik). Hier stehen nicht aktuelle Veränderungen in der Wahlabsicht im Zentrum, sondern langfristige Veränderungen des Parteienraums. Betrachtet man im langen Trend die Wählerwanderungsbilanzen von Infratest dimap, so hat sich die Wechselaktivität zwischen der Union und den Grünen ausgeweitet. Gegenüber der FDP und der SPD besteht

hingegen schon lange eine umfangreiche Wechselwählerschaft, ebenso wie zwischen SPD und Grünen.

Zunächst zu den Ergebnissen der sogenannten Sonntagsfrage, bei der gefragt wird, welche Partei man wählen würde, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre. Eine Unterscheidung in Erst- und Zweitstimme findet bei telefonischen Umfragen in der Regel nicht statt. In unserer Umfrage kommt die CDU auf 28 und die CSU auf 7 Prozent. Die SPD würden 17, die Grünen 25, die FDP 5, die Linke 10 und die AfD 7 Prozent wählen. Dabei stellt sich der Wählermarkt für die Parteien in den alten und neuen Bundesländern unterschiedlich dar. Während sich für die CDU, die SPD und die FDP kaum Unterschiede in der Wahlpräferenz ergeben, ist die Wählerschaft der Grünen in den alten Bundesländern 10 Prozentpunkte größer als in den neuen Bundesländern (28:18). Die Linke verfügt nach wie vor über einen weit überproportionalen Zuspruch in den neuen Ländern von 19 Prozent, während sie in den alten Ländern auf 6 Prozent kommt. Damit besteht für die Linke von allen Parteien nach wie vor das größte Ungleichgewicht in den Landes-teilen. Bei der AfD ist ebenfalls ein Überhang in den neuen Ländern von 9 Prozent zu 6 Prozent in den alten Ländern auszumachen. Die 2 Prozent Nennungen für die CSU in den Ländern können damit zusammenhängen, dass Befragte unterschiedliche Erst- und Zweitwohnsitze haben oder die CSU in den neuen Ländern Unterstützer hat, auch wenn sie dort nicht zur Wahl steht. Aufgrund der starken medialen Präsenz der CSU in Berlin, dürfte einigen Befragten nicht immer bewusst sein, dass die CSU ausschließlich in Bayern gewählt werden kann.

Uns hat neben dieser Fragestellung erneut interessiert, wie sich überschneidende Parteipräferenzen auf den fluiden Wählermarkt auswirken. Daher haben wir neben der Sonntagsfrage danach gefragt, ob man sich auch vorstellen könnte, eine andere Partei zu wählen. Die Kombination der beiden Fragen gibt Aufschluss über die Potenziale von Parteien. Aufgrund der hohen Volatilität finden sich bei der SPD, FDP und der Linken erhebliche, z.T. sogar größere Anteile bei Wählern, die eine Zweitpräferenz für diese Parteien haben. So könnte die SPD weitere 18 Prozent der Wahlberechtigten mit einer gültigen Antwort bei der Sonntagsfrage mobilisieren, die FDP 8 und die Linke ebenfalls 8 Prozent. Die Union hat ein zusätzliches Wählerpotenzial von 17 Prozent und die Grünen von 18 Prozent. Lediglich bei der AfD scheinen zusätzliche Wählerpotenziale mit 2 Prozent nur in geringem Ausmaß zu bestehen.

Betrachtet man nun, wie sich diese Wählerpotenziale parteipolitisch sortieren, fällt auf, dass die frühere klassische Lagerbildung wie z.B. Rot-Grün oder Schwarz-Gelb zwar vorhanden ist, aber gleichzeitig auch politische Lager übergreifende Präferenzen stark ausgeprägt sind.

Nur eine Minderheit derjenigen, die eine Parteipräferenz genannt haben, hat keine Zweitpräferenz. Oder anders ausgedrückt: Alle Anhängerschaften (außer der der AfD) bestehen aus ca. drei Vierteln Wechselwählern. Lediglich eine Wahlalternative haben 27 Prozent der Unions-, 23 Prozent der SPD-, 24 Prozent der Grünen-, 28 Prozent der FDP- und 25 Prozent der Linken-Wählerschaft. 45 Prozent der AfD-Anhängerinnen und -Anhänger nennen keine andere Partei als die AfD.

Jeweils ca. ein Fünftel der **Unionsanhängerinnen und -anhänger** könnte sich für die SPD oder die Grünen entscheiden. Weitere 13 Prozent haben eine Zweitpräferenz zugunsten der FDP. Andere Parteien spielen in der Unionsanhängerschaft keine Rolle. In den neuen Ländern gibt es in der Unionsanhängerschaft eine etwas größere Tendenz, die SPD zu wählen und eine geringere Tendenz, den Grünen die Stimme zu geben.

36 Prozent der **SPD**-Wähler geben als Zweitpräferenz die Grünen an, gefolgt von 24 Prozent, die sich vorstellen können, die CDU/CSU zu wählen. Die Linke könnte 10 Prozent aus der SPD-Wählerschaft mobilisieren. In den alten Ländern verschieben sich bei der SPD die Zweitwahlpräferenzen zugunsten der Grünen und zulasten der Linken.

Bei den **Grünen** könnte sich etwa jede/jeder dritte Wählerin und Wähler vorstellen, für die SPD zu stimmen. Etwa jede/jeder fünfte Wählerin und Wähler hat eine Zweitpräferenz zugunsten der

Union oder der Partei die Linke. In den alten Ländern besteht eine größere Zweitpräferenz für die Union und eine kleinere Abwanderungstendenz zu der Linken.

Von den **FDP**-Wählerinnen und -Wählern können sich 40 Prozent vorstellen, ihre Stimme der Union zu geben. Für weitere 11 Prozent wäre die Wahl der Grünen möglich. Bei der FDP gibt es kaum Unterschiede in der Zweitpräferenz zwischen den alten und neuen Bundesländern.

Das größte Abwanderungspotenzial besteht bei der **Linken** gegenüber den Grünen. 34 Prozent der Linken-Wählerinnen und -Wähler erwägen, die Grünen zu wählen. Weitere 21 Prozent könnten für die SPD stimmen. In den neuen Ländern könnte die Linke wesentlich mehr Wähler an die SPD verlieren, in den alten Ländern besteht eine ungleich größere Wechselbereitschaft gegenüber den Grünen.

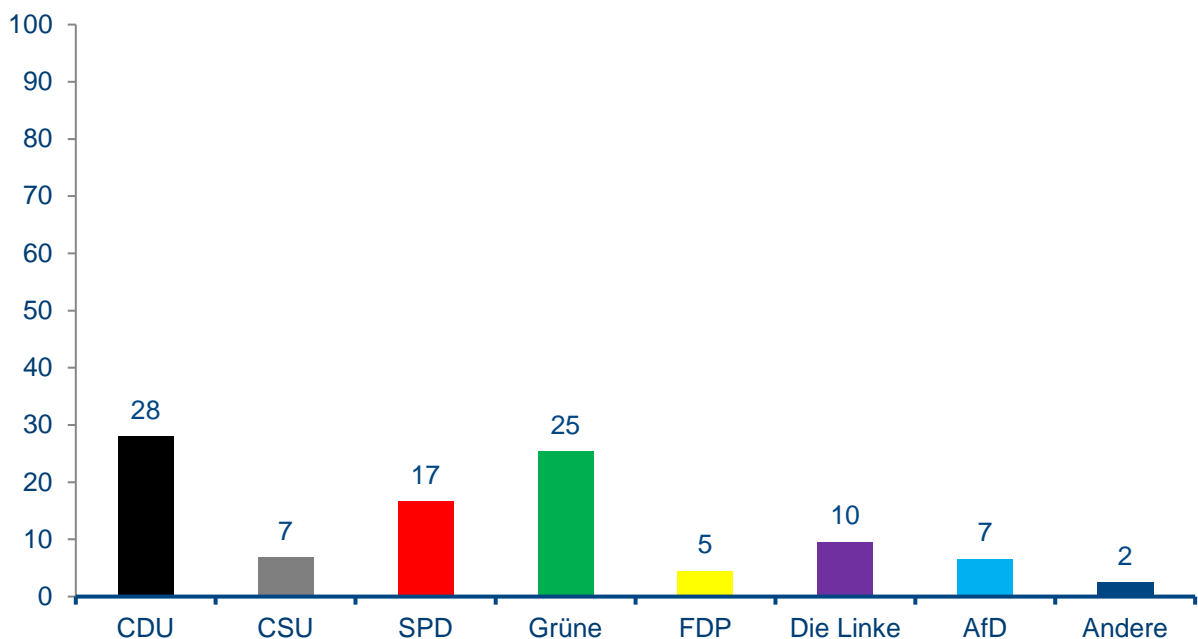
Etwa jede/jeder fünfte **AfD**-Anhängerin und -Anhänger könnte sich auch vorstellen, die Union zu wählen. Weitere 12 Prozent würden die Wahl der FDP in Erwägung ziehen. In den neuen Ländern ist das Wechselwählerpotenzial kleiner als in den alten Ländern. Größer ist die Zweitpräferenz zugunsten der CDU.

Aufgrund der unterschiedlichen Größen der Anhängerschaften würden sich die Zweitpräferenzen, kämen sie voll zum Tragen, sehr unterschiedlich auf ein Wahlergebnis auswirken. Würde die Union z.B. ein Fünftel der Grünen-Anhängerinnen und -Anhänger für sich gewinnen können, könnte sie ihr Wahlergebnis um 5 Prozentpunkte verbessern. Würde sie ein Fünftel der AfD-Anhängerinnen und -Anhänger für sich gewinnen, würde sich das Wahlergebnis um 1,4 Punkte verbessern.

Abbildung 43: Wahlabsicht (Feldzeit: 08. Juli bis 30. Dezember 2020)

Sonntagsfrage

Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann wählen?

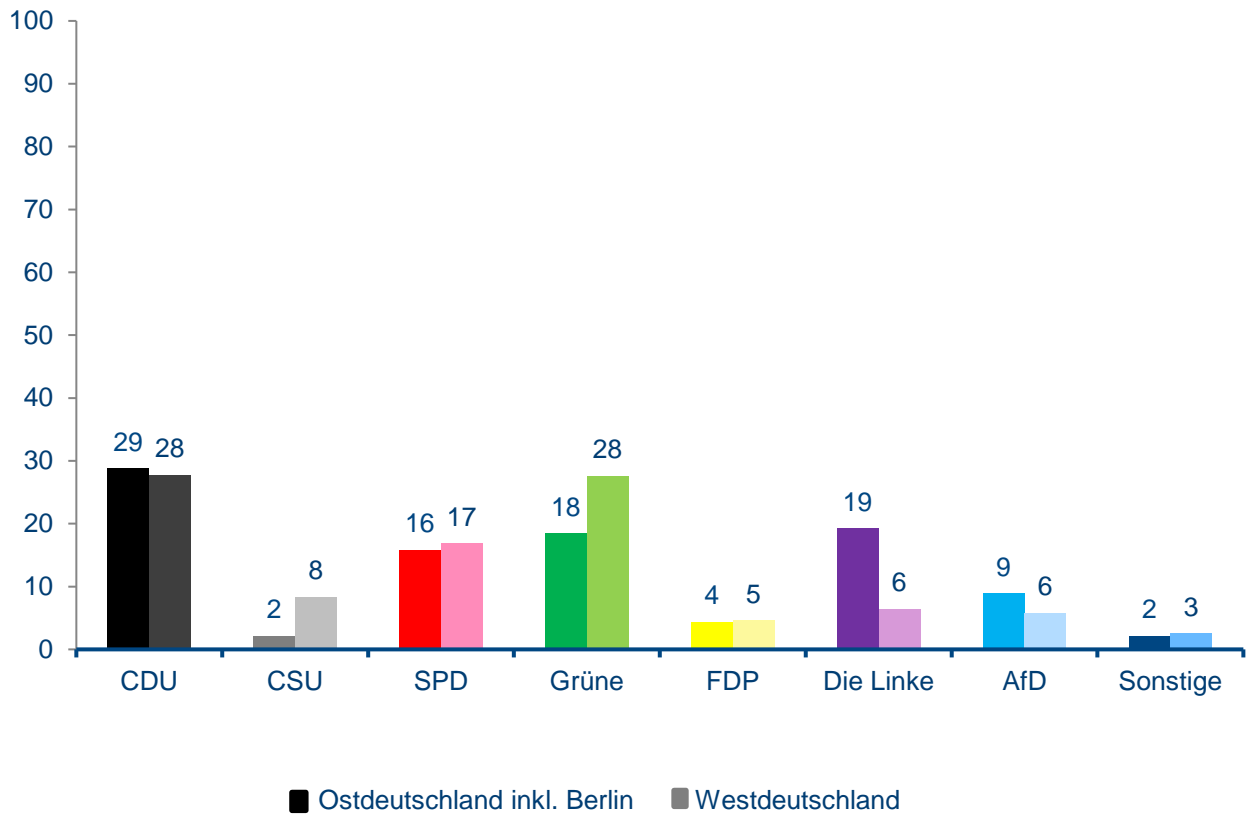


Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „würde nicht/ungültig wählen“, „weiß nicht/keine Angabe“.

Abbildung 44: Wahlabsicht (Feldzeit: 08. Juli bis 30. Dezember 2020)

Sonntagsfrage

Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann wählen?



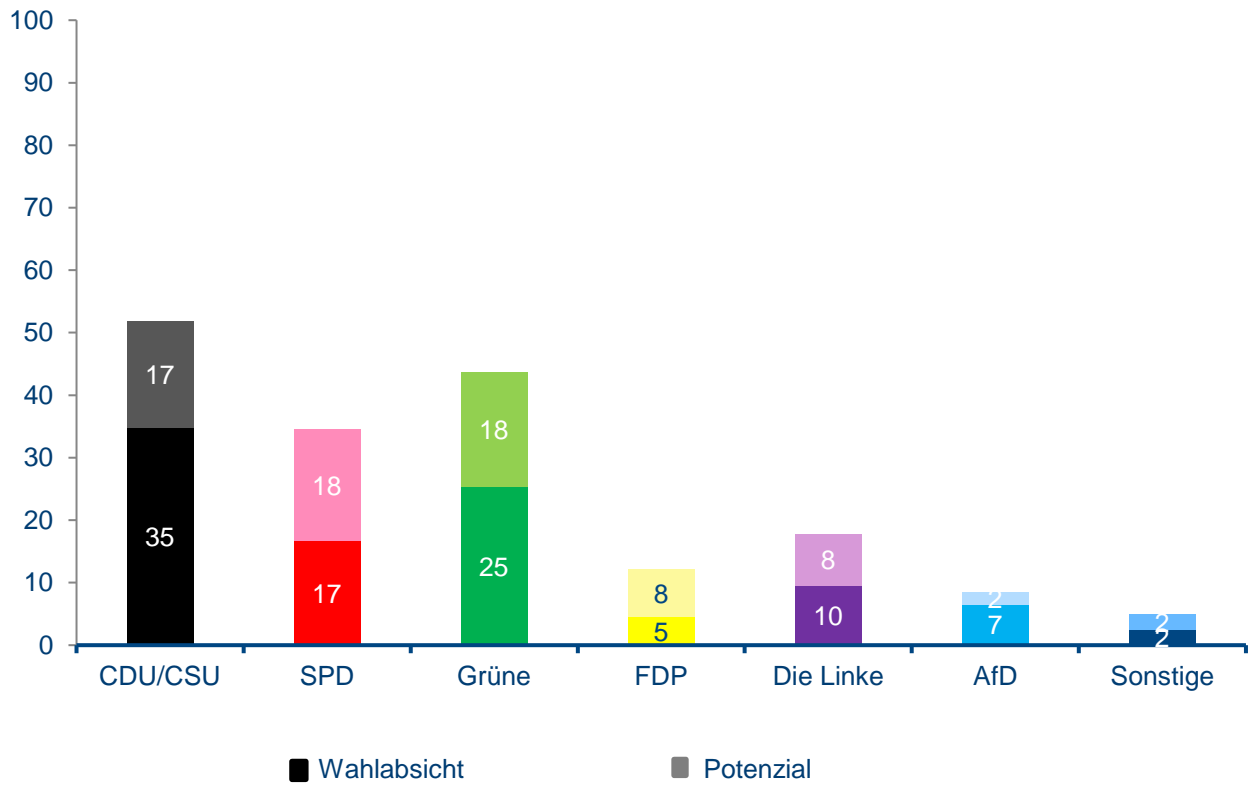
Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „würde nicht/ungültig wählen“, „weiß nicht/keine Angabe“.

Abbildung 45: Politische Stimmung

Sonntagsfrage und alternative Wahlabsicht

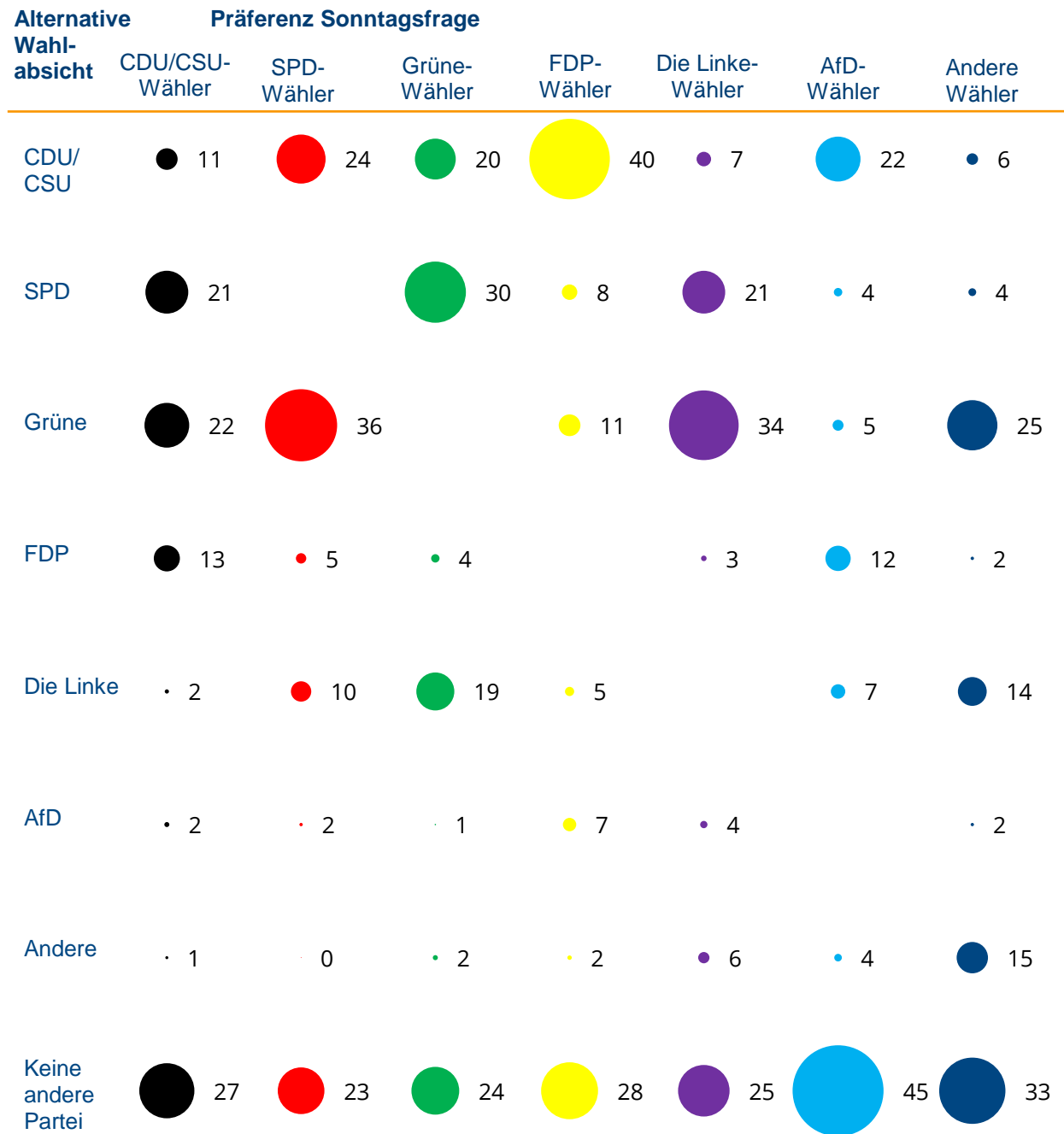
Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann wählen?
(bezogen auf die Zweitstimme)

Und könnten Sie sich vorstellen, gegebenenfalls auch eine andere Partei zu wählen? Wenn ja, welche?



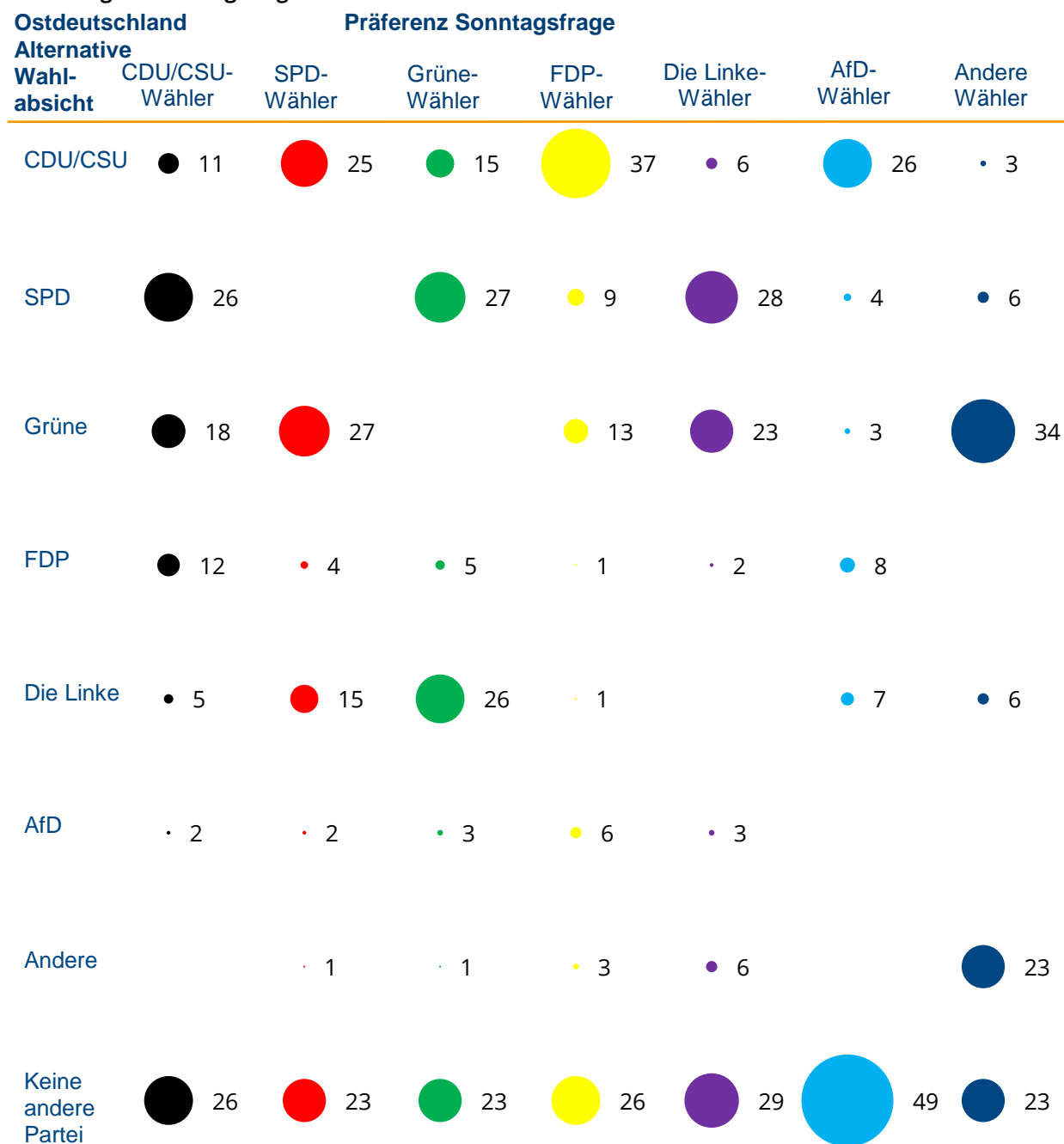
Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „würde nicht/ungültig wählen“, „weiß nicht/keine Angabe“.

Abbildung 46: Sonntagsfrage und alternative Wahlabsicht



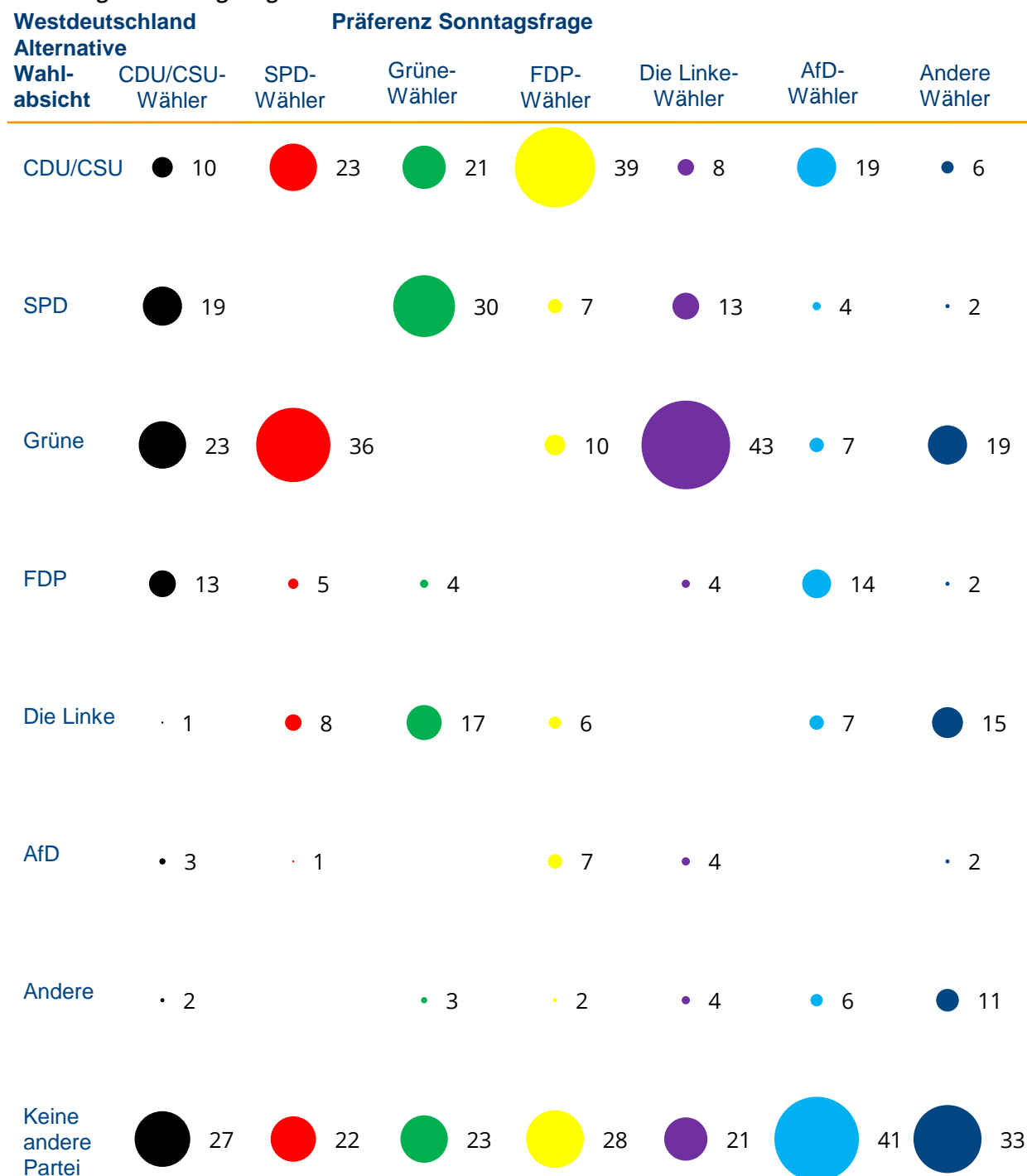
Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent.

Abbildung 47: Sonntagsfrage und alternative Wahlabsicht in Ostdeutschland



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent.

Abbildung 48: Sonntagsfrage und alternative Wahlabsicht in Westdeutschland



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent.

Die Studie

Mit dem Projekt „Vermessung der Wählerschaft“ geht die Konrad-Adenauer-Stiftung den politischen Grundströmungen in der deutschen Gesellschaft nach und analysiert die Haltung der Menschen zu den Parteien. Ziel ist die Betrachtung längerfristiger Loyalität und Abneigung gegenüber

Parteien, jenseits der kurzfristigeren Einflüsse von aktuellen Themen und Personalentwicklungen.⁶

Dafür wurde eine repräsentative, standardisierte Telefonbefragung mit insgesamt 8.042 Interviews durchgeführt, die ein breites Themenspektrum rund um Parteien abdeckt (Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung).⁷ Die Befragung einer so großen Anzahl von Personen erfordert eine längere Befragungszeit, in diesem Fall vom 8. Juli bis 30. Dezember 2020. Deshalb erfasst die Umfrage keine kurzfristigen, stark schwankenden, sondern grundsätzliche Einstellungen, die langfristig stabil und damit weniger abhängig von tagespolitischen Entwicklungen sind. Die Umfrage wurde von der USUMA GmbH im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführt (Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.). USUMA gehört zu den führenden unabhängigen Meinungsforschungsinstituten Deutschlands. Zu den Kunden gehören u.a. das Robert Koch-Institut (RKI) und die sozialwissenschaftliche Forschung. USUMA steht für „Unabhängige Serviceeinrichtung für Umfragen, Methoden und Analysen“ und arbeitet seit 1990 als eingetragenes Markt- und Sozialforschungsinstitut nach anerkannten wissenschaftlichen Methoden. Der Sitz ist in Berlin.⁸

Der Fragebogen wurde von der Konrad-Adenauer-Stiftung erstellt. Auch die Auswertung der Rohdaten erfolgte durch die Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Befragung erfolgte telefonisch im Dual-Frame-Modus. 40 Prozent der Interviews wurden über Mobilfunk und 60 Prozent über Festnetz geführt. Die Stichprobe wurde nach dem Zufallsprinzip aus den ADM-Auswahlrahmen für Festnetz- und Mobilfunkstichproben gezogen. Eine gezogene Telefonnummer wurde bei Nichterreichen bis zu zehnmal kontaktiert, um auch schwer erreichbare Personen in der Befragung zu berücksichtigen.

In jedem der 401 Landkreise und kreisfreien Städte wurden mindestens 15 Personen befragt, mit einzelnen Ausnahmen, in denen diese Fallzahl nicht ganz erreicht wurde.⁹ Dadurch sind regionalisierte Analysen möglich (siehe hierzu Pokorny 2021). Zusätzlich wurden in Ostdeutschland insgesamt 2.067 Interviews geführt, sodass ausreichend Fälle für Analysen, getrennt nach Ost- und Westdeutschland, vorhanden sind.

Die Daten wurden nach sozialstrukturellen Merkmalen gewichtet. Zusätzlich wurde die durch die Stichprobe entstandene Überrepräsentation bestimmter Landkreise sowie die leichte Überrepräsentation Ostdeutschlands durch Gewichtung ausgeglichen.¹⁰ Die Analyse erfolgt ausschließlich mit den gewichteten Daten. Die Umfrage ist repräsentativ für die deutsche wahlberechtigte Bevölkerung ab 18 Jahren.

Wenn nicht anders ausgewiesen, wird bei allen Analysen, in denen nach West- und Ostdeutschland differenziert wird, Berlin zu Ostdeutschland gerechnet.

Literatur

Neu, Viola, 2021: Des Wählers Herz. Emotionale Parteienbewertung aus repräsentativen und qualitativen Umfragen. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Pokorny, Sabine, 2021: Regionale Vielfalten vor der Bundestagswahl 2021. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Roose, Jochen, 2021: Lebensstilvielfalten vor der Bundestagswahl 2021. Eine repräsentative Umfrage zu Lebensstilen und Wahlverhalten. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

¹ Roose (2021).

² Pokorny (2021).

³ Für Bremen ist nur der Mittelwert aufgeführt. Aufgrund einer etwas geringeren Fallzahl in Bremen, ist eine Gesamtverteilung über alle zehn Skalenpunkte nicht sinnvoll.

⁴ Neu (2021).

⁵ In einer weiteren Publikation werden wir uns der Frage der Wählerpotenziale widmen.

⁶ Siehe zu dem Projekt auch Pokorny (2021) und Roose (2021).

⁷ Zusätzlich wurden qualitative Studien durchgeführt, die hier nicht in die Analyse eingehen. Siehe dazu unter anderem Neu (2021). Bei den methodischen Erläuterungen der Studie ergeben sich wortgleiche Überschneidungen mit anderen Publikationen aus diesem Projekt, die nicht jeweils durch Anführungszeichen kenntlich gemacht sind.

⁸ <https://www.usuma.com/>

⁹ Wolfsburg: 14, Oldenburg: 14, Ammerland: 13, Friesland: 13, Wittmund: 14, Bremerhaven: 14, Birkenfeld: 14, Eifelkreis Bitburg-Prüm: 13, Kaiserslautern: 14, Zweibrücken: 14, Aschaffenburg: 14, Mittenberg: 14.

¹⁰ Eine „politische“ Gewichtung nach Parteipräferenzen erfolgt nicht. Daher können die Ergebnisse insbesondere von der Präferenz bei einer angenommenen Bundestagswahl am kommenden Sonntag („Sonntagsfrage“) von den Ergebnissen anderer Umfragen abweichen. Abweichungen entstehen auch dadurch, dass die vorliegenden Umfragen mit mehr Befragten durchgeführt werden als bei Umfragen zur politischen Stimmung üblich. Daraus ergibt sich auch ein längerer Zeitraum der Erhebung, der wiederum im Vergleich zu sehr kurzfristig durchgeführten Umfragen zu Unterschieden führen kann.

Impressum

Die Autorinnen

Dr. Viola Neu ist stellvertretende Leiterin der Hauptabteilung Analyse und Beratung und Leiterin der Abteilung Wahl- und Sozialforschung in der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Dr. Sabine Pokorny ist Referentin in der Abteilung Wahl- und Sozialforschung in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Viola Neu

Stellvertretende Leiterin Analyse und Beratung
Leiterin Wahl- und Sozialforschung

T +49 30 / 26 996-3506

viola.neu@kas.de

Dr. Sabine Pokorny

Referentin Wahl- und Sozialforschung

T +49 30 / 26 996-3544

sabine.pokorny@kas.de

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).